

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Verhandlungen in Frankfurt a. M. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Jahresberichte der Bauverbände: Berlin, Dresden, Bielefeld, Verträge. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterchutz, Subventionen etc. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Verhandlungen in Frankfurt a. M.

„Eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden darf nur nach einem vorausgegangenem und für die Unternehmer vorteilhaftem Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes bewilligt werden.“  
„Eine allgemeine Lohnerhöhung soll nicht bewilligt werden.“

Das sind zwei Nummern aus dem Programm des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“, das er auf seiner außerordentlichen Generalversammlung im Herbst vorigen Jahres aufgestellt hat und mit dem er glaubt, den Frieden im Baugewerbe erzwingen zu können. Es war vorauszufragen, daß sich die einzelnen Orts- und Bezirksverbände des Bundes strikte an den Beschluß der Generalversammlung halten und bei den nun überall beginnenden Unterhandlungen über die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bezu. Tarifverträge gar keine oder so gut wie keine Verbesserungen zugehen lassen. Wenn aber der Unternehmerbund geglaubt haben sollte, daß er nur zu diktieren brauche, um die Arbeiter zu veranlassen, schlenkt er „Mistertarif“ des Bundes anzuerkennen, so hat er sich doch stark geirrt. Überall, wo bisher verhandelt worden ist, haben die Arbeitervertreter dem „Mistertarif“ ein ungewisses Nein entgegengelegt, und sofern die Unternehmer es nicht vorziehen, auf weitere Verhandlungen überhaupt zu verzichten und vom 1. April an ohne Vertrag zu arbeiten oder ihrerseits die Arbeit einzustellen, werden sie von der nächsten Generalversammlung des Bundes, die für diese Woche geplant war, andere Instruktionen verlangen müssen, die sie in den Stand setzen, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen.

Mit diesem Wunsch ging auch die Unterhandlungskommission auseinander, die in der verflochtenen Woche in Frankfurt a. M. drei Tage lang über die Vertragsbedingungen diskutierte, ohne zu einem anderen Resultat zu kommen, als das Nein gegen Nein stand.

Hier handelte es sich zunächst um die Entscheidung einer wichtigen Vorfrage, um die Abgrenzung des Vertragsgebietes. Als im Sommer 1908 die Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter mit dem im Frankfurt domizilierenden Mitteldeutschen Unternehmerverband einen Tarifvertrag abschlossen, wurden neben dem Mainau, von Hanau bis Mainz, noch die Städte Homburg v. d. S., Friedberg-Naheim, Wiesbaden und Darmstadt in das Vertragsgebiet einbezogen. Zwischen hat der Mitteldeutsche Unternehmerverband sein Organisationsgebiet ausgedehnt nach Norden auf Gießen, Hersfeld, Cassel, Marburg, Kassel, und nach Süden auf Worms, Mannheim, Ludwigshafen und andere Orte, und der „Mitteldeutsche“ dekretiert nun kurzerhand, daß auch für alle diese Orte die Arbeitsbedingungen in Frankfurt festgelegt und daß für diesen großen Bezirk, der wirtschaftlich gar nicht zusammenhängt, ein in seinen Allgemeinbestimmungen und auch in bezug auf die Arbeitszeit einheitlicher Vertrag geschlossen werden soll. Dagegen haben die Arbeitervertreter mit aller Entschiedenheit protestiert und haben den Unternehmervertretern keinen Zweifel darüber gelassen, daß auf dem von ihnen gewählten Wege wohl kein Vertrag zu Stande kommen.

Die Vertreter des Zimmererverbandes erklärten bestimmt, daß sie weder den Auftrag noch den Willen hätten, in diesem Zusammenhange über das Gebiet des alten Vertrags hinaus die Arbeitsbedingungen zu beraten, während die Vertreter der übrigen Verbände sich vorbehalten, für die Außenbezirke entweder an Ort und Stelle oder wenn in Frankfurt, dann nur unter Hinzuziehung von mehreren Vertretern der jeweiligen Bezirke zu verhandeln.

Von den materiellen Fragen stand die Arbeitszeitverkürzung in dem Vordergrund. Hier ist zunächst eine Dissonanz zwischen den Arbeiterorganisationen selbst zu erwähnen: Während die Verbände der Maurer, der baugewerblichen Hilfsarbeiter und der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter (letzterer auch für die ihm angehörenden Zimmerer) in den Arbeitsbezirken Frankfurt, Offenbach, Hanau, Höchst, Mainz, Darmstadt, Mannheim-Ludwigshafen, Wiesbaden und Cassel die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden fordern, nimmt der Zimmererverband hiervon Abstand. Im Prinzip ist ja auch der Zimmererverband für die Verkürzung der Arbeitszeit, aber aus Opportunismus (des geringen Lohnes wegen) glaubten seine Vertreter die Forderung nicht erheben zu dürfen. Nun ist ja gewiß der Lohn in Frankfurt und den anderen in Betracht kommenden Orten, der durch die jetzigen Forderungen erst von 54 auf 60 A. (in Mannheim-Ludwigshafen 65 A.) gebracht werden soll, viel zu niedrig, nichtsdestoweniger ist aber die Arbeitszeitverkürzung eine unabwendbare Notwendigkeit, wenn irgendwo, dann ist sie gerade in den in Rede stehenden Bezirken infolge der ganz eigenartigen Verhältnisse begründet.

Für die Unternehmervertreter war dieser Zwiespalt unter den Arbeitern, der sich leider auch noch in einigen anderen Punkten bemerkbar machte, und der, wie es scheint, andernorts seine Fortsetzung findet, gewiß nicht unbeachtlich; aber grundlegend für die Verweigerung der Arbeitszeitverkürzung ist dieser Zwiespalt nicht. Die Unternehmer sind aus Prinzip Gegner der Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden; sie sehen darin den Anfang vom Achthundentag, und sie wollen den Arbeiter an dem Aufstieg in eine höhere Kulturphase hindern. Das haben sie freilich jetzt nicht ausgesprochen, es ist aber der Niederschlag ihrer so vielfachen mündlichen und schriftlichen Kundgebungen, daß die gelegentlichen schönen Reden von der Arbeiterfreundlichkeit nicht darüber hinwegtäuschen können.

Bei den Verhandlungen waren die Unternehmervertreter die lebenswichtigsten Leute, die allen Menschen und natürlich auch ihren Arbeitern ein behagliches und angenehmes Leben gönnten. Aber, aber: wir armen Unternehmer sind ja abhängig vom Geldmarkt, von der Konjunktur, von der Konkurrenz usw. Das Gewerbe kann nicht die geringste weitere Belastung ertragen, die Bauten werden jetzt schon zu teuer, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter ist zurückgegangen und noch etliche andere Klagen wurden vorgebracht. Die Geldknappheit und verminderte Bautätigkeit sind natürlich auch den Arbeitern nicht unbekannt geblieben; das sind ja aber doch nur vorübergehende Erscheinungen, die wahrscheinlich schon in diesem Sommer wieder verschwinden. Aber wenn das nicht der Fall wäre, wenn selbst ein dauernder Rückgang der Bautätigkeit möglich wäre, so daß vielleicht an 50 Proz. der jetzigen Bauhandwerker faktisch keine Beschäftigung im Baugewerbe fänden, wäre es dann gerechtfertigt, daß die noch Beschäftigten dann fortgesetzt für Hungerlöhne bei übermenschlich langer Arbeitszeit ihre Knochen zu Markte tragen sollten? Ganz gewiß nicht. Selbst wenn die Bauten durch den Arbeitslohn stark verteuert würden, was wir entschieden bestreiten, dann hätten alle Nutznießer des Gewerbes die erhöhten Kosten als eine

unerläßliche Notwendigkeit zu tragen. Wenn aber schon der Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen von den Konjunkturen abhängig sein sollen — ein Standpunkt, den der Dresdener Arbeitgeberverband für das Baugewerbe schon vor bald zehn Jahren als menschenunwürdig erklärte —, wie können dann die Unternehmer die Forderung erheben, und mit Ausperrungsandrohungen vertreten, daß der geringe Lohn, die schlechten Arbeitsbedingungen auf zwei, drei und vier Jahre vertraglich festgelegt werden sollten. Heute kann doch kein Mensch mit guten Gründen dagegen streiten, daß im nächsten Jahre in sehr vielen Gegenden Deutschlands eine verhältnismäßig gute, ja eine glänzende Bautätigkeit sein kann. Und auch heute ist doch die Konjunktur nicht überall gleich schlecht. Ist sie vielleicht in Cassel und Frankfurt mittelmäßig, so ist sie schon in Darmstadt besser und in Mannheim-Ludwigshafen beinahe sehr gut. Selbst in den Einzelbezirken, und in diesen wieder für die einzelnen Unternehmer, ist die Konjunktur wieder verschieden. Sehr viele Unternehmer machen in den letzten Jahren ein glänzendes Geschäft, aber wir haben nie etwas davon gehört, daß sie ihre Arbeiter an dem erhöhten Gewinn haben teilnehmen lassen. Wenn man Konjunkturen berücksichtigen will, dann ist es einfach eine Frivolität, sondergleichen, große Gebiete jahrelang in einen Tarifvertrag zusammenzufassen und den angeleglichen Tiefstand des Gewerbes als Maßstab für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu nehmen.

Der Einwand, daß die vertragsschließenden Unternehmer konkurrenzunfähig würden, bei der Verminderung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und der Erhöhung des Tagelohns um 30 bis 50 A. ist ja überhaupt undiskutabel. Wenn viele Arbeiterverbände und ein Unternehmerverband, die das ganze Gebiet beherrschen, sich darüber einig sind, daß zur menschenwürdigen Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiter das Arbeitsprodukt etwas verteuert werden muß, dann ist es einfach ausgeschlossen, daß da eine unläutere Konkurrenz aufkommen kann.

Dies und vieles andere, besonders auch die weitreichende und in ihren Zahlen und Schlussfolgerungen unanfechtbare Statistik unseres Verbandes über Wohnstätten, Arbeitsorte, Familienverhältnisse etc. der Maurer im Bereich des Mitteldeutschen Unternehmerverbandes, wurde den Vertretern dieses Verbandes in wohlgeleiteten Worten und mit Nachdruck vorgebracht. Aber alle schönen Reden und auch impulsive Hinweise auf die Notlage der Arbeiter und den unhaltbaren Standpunkt der Unternehmer blieben ohne jede Wirkung. Die Unternehmervertreter wiederholten immer mit demselben Gleichmut: Wir können nicht! was man sich auch überlegen kann: Wir dürfen und wollen nicht, da unsere Bundesversammlung und wir selbst beschlossen haben, den Arbeitern gar nichts zu bewilligen.

Dasselbe Spiel wiederholte sich bei der Beratung des Lohnes. Auch nicht einen Pfennig wollen die Unternehmer zulegen. Die Arbeiter sollen froh sein, wenn der Lohn nicht gekürzt wird. Und das mag man den Arbeitern zu bieten in Städten, wo der Jahresverdienst der Maurer und Bauarbeiter mindestens um M. 300 zu niedrig ist.

Damit hätten die Verhandlungen eigentlich zu Ende sein können. Um aber dem Unternehmerverband und auch dem Gesamtbund keinen Zweifel zu lassen, daß selbst wenn in späteren Verhandlungen eine Verständigung über die Arbeitszeit und den Lohn erzielt werde, noch genug Differenzen blieben, die einen Vertrag unmöglich machen, wurden auch noch die anderen anstößigen Punkte des Mistertarifs besprochen. Hier waren es besonders das Wort „tüchtig“ und die Beschränkung der Baubefreiheit, die von den Vertretern



aller Arbeiterverbände ohne Einschränkung als unannehmbar bezeichnet wurden.

Eine Entscheidung konnte auch hierüber nicht gefällt werden, weil die Unternehmervertreter nicht von dem Beschluß ihrer Bundesgeneralversammlung abweichen durften. Da sie aber doch in Aussicht stellten, daß die bevorstehende Generalversammlung andere, weniger scharfe Beschlüsse fassen könnte, sollen die Verhandlungen vorläufig nicht als gescheitert betrachtet, sondern nur vertagt werden.

Mitte März werden die Unterhändler wieder zusammenzutreten, um erneut zu den strittigen Fragen Stellung zu nehmen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die Berliner Handelskammer über Arbeitgeberverbände und Streiklausel. — Das Baujahr 1907 nach Arbeiterdarstellungen: Allgemeines, Geldverwertung, öffentliche Bauten, faches Land.

Aus dem eben erschienenen Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin verdient für die Gewerkschaften eine Ausführung besonders hervorgehoben zu werden: nämlich der Hinweis auf die sich sich ausdehnenden und ihre Kampfmittel wesentlich verbessernden Arbeitgeberverbände.

Nach der Handelskammer hätten zunächst die Arbeiterorganisationen einen Vorprung vor den Unternehmern gehabt. Doch gleiche sich das mehr und mehr, und zwar mit zunehmender Beschränkung, auf. Für einzelne Berufsstände, bald lokal begrenzt, bald über größere Gebiete sich erstreckend, wachsen immer neue Verbände empor. Dies geschieht häufig im Anschluß an Kartelle oder ähnliche Gebilde, da es nahe liegt, daß diejenigen Unternehmer, welche für ihr geschäftliches Verhalten gegenüber der Kundenschaft eine Verständigung untereinander gefunden haben, nunmehr auch ein gemeinsames Vorgehen gegenüber ihren Arbeitern betreiben. Auch der umgekehrte Fall, daß ein Arbeitgeberverband den Anstoß zur Kartellbildung gibt, kommt vor. Als im Berichtsjahre neu entstandene Arbeitgeberverbände werden erwähnt: die der deutschen Glasinstrumentenfabrikanten, der deutschen Eisgießwerke, der Klempner, Installateure und brennender Berufsstände, der Wärmeschichtungsarbeiten, der Berliner Spektreure, die ihren seit lange bestehenden Lokalverein zu einem Arbeitgeberverband ausgebaut haben.

Mit der Streiklausel glauben die Unternehmer gleichfalls eine immer wirksamere Kundenbedingung für den Fall von Lohnkämpfen erzielen zu können. Am Anfang erschienen die Streiklausel als einseitig auf das Interesse des Lieferers, im Gegenzug zum Abnehmer des fertigen Erzeugnisses, zugeschnitten. Der Lieferer wurde durch den Streik von der Pflicht zur rechtzeitigen Vertragserfüllung befreit, während die Abnehmer, wenn bei ihnen ein gleicher Konflikt die Verarbeitung der Rohstoffe und Vorfabrikate und die Warenfertigung unterbrochen, gleichwohl, wie vorher vereinbart, abnehmen und bezahlen mußten. Eine größere kapitalistische Parität hat man jetzt durch eine Reformulierung der Streiklausel für gewahrt, und die Berliner Handelskammer selber empfiehlt eine Grundbestimmung ähnlich der folgenden, die zwischen Vertretern der beschiedenen Interessentengruppen der Textilindustrie und ihren Abnehmern Annahme fand:

„Arbeiteranstände, Auspöhrungen und Betriebsstörungen, soweit letztere auf höhere Gewalt (§ 275 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) beruhen, berechtigen den davon Betroffenen, seine Verpflichtungen zur Lieferung oder Abnahme hinauszuverschieben, und zwar um die Zeit der Störung des Betriebes und hinsichtlich des Quantums, dessen Lieferung oder Abnahme durch die Störung unmöglich gemacht wird. Bei laufenden Verträgen wird demgemäß die Zeit für die Lieferung oder Abnahme jeder einzelnen Rate entsprechend verdrückt. Inwieweit Streiks oder Auspöhrungen in dritten Betrieben zur Herausziehung oder Aufhebung der Lieferung berechtigen, entscheidet im Zweifelsfalle das Schiedsgericht.“ (Wird länger als drei Wochen dauernd der Störung sind Rücktrittsrechte des anderen Teiles vorbehalten.)

Es wäre übrigens ungerath, nicht auch an dieser Stelle den Versuch der Mauer zu erwähnen, das Baujahr 1907 nach Arbeiterdarstellungen zu schildern („Grundstein“ vom 4. bis 25. Januar 1908). Das zunehmende Interesse und Verständnis der Gewerkschaften für das Auf und Ab der Produktion und des gesamten Wirtschaftslebens hat hier einen neuen Ausdruck gefunden; und wenn die Arbeiter des von den Bauvorständen gelieferten Materials selber auf die Läden und Unbestimmtheiten dieses ersten größeren Rundblicks hinweisen, so ist doch mit jedem weiteren Jahre eine zunehmende Verbollständigung und Zuverlässigkeit der Berichterstattung zu erwarten.

Die Wangerwerbe mit ihrer örtlichen Verbreitung über alle Einzelstaaten, Provinzen und Kreise, über industrielle und landwirtschaftliche Bezirke, mit ihrer starken Inanspruchnahme auch für Brode, die außerhalb der unmittelbaren Produktion liegen (für Schul-, Amts-, Krankenhäuser, Kasernen, Theater, Gerichte, Kirchen, Zusperrnbauteile), werden natürlich niemals eine so gleichförmige Aufwärts- und Abwärtsbewegung darbieten, wie etwa die großen Montagerwerke, die auf bestimmte Betriebe in kompakten Massen zusammengeordnet sind und auf die — man denke an Röhre und Hohlstein — die Gesamtunterkunft sehr einheitlich und eindeutig zurückwirkt. Es ist deshalb kein Wunder, daß wir in den Arbeiterberichten auf ein sehr mannigfaltiges, hier helleres, dort dunkleres Bild stoßen, ja, daß in dem gleichen Gau die größten Unterschiede zwischen den verschiedenen Städten, und alsdann abermals zwischen Stadt und plattem Land ausfallen.

Genosse Schippel schildert dann einzelne Artikel und Mitteilungen aus unseren Bauberichten. Seine Meinung über unseren ersten Versuch faßt er zum Schluß noch einmal dahin zusammen:

„Ist die Tragweite vieler dieser Einzelmitteilungen läßt sich selbstverständlich streiten. Der Versuch einer solchen

Berichterstattung ist jedoch nur mit Freuden zu begrüßen. Jeder weitere Anlauf wird später um so leichter sein und um so vollkommener ausfallen.“

Berlin, 9. Februar 1908.

Mag Schippel.

### Politische Umschau.

Aus dem Reichstage. Das Haus begann seine Geschäfte in veröffentlichter Sitzung mit der Erledigung der dritten Lesung der Präfektur-Zuckerkonvention. Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage der Herabsetzung der Zuckersteuer von der Budgetkommission mit der Frage der Reichsfinanzreform in der Beschlusse, daß diese Majorität auf Antrag des national-liberalen Abgeordneten Wasser mann beschloß: „Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 von 100 kg Meinkgewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Geleise zu hande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Geleise erst nach dem 1. April 1909 zu hande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.“

Die Sozialdemokraten stimmten aus folgenden, vom Abgeordneten Dr. S. dem Haus vorgelegten Gründen gegen diesen Antrag: Auch sie wollten eine Verbilligung des Zuckers durch Herabsetzung der Zuckersteuer. Aber was der Antrag Wasser mann will, ist Unsin. Was soll es denn heißen, daß die Zuckersteuer vom 1. April 1909 herabgesetzt wird, sofern bis dahin Geleise zu hande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Wenn also durch diese Geleise eine Erhöhung der Reichseinnahmen nur um 34 Millionen Mark bezweckt wird, so wird die Zuckersteuer nicht herabgesetzt. Was heißt überhaupt der Ausdruck „bezwecken“? Dieser vorläufige Ausdruck erinnert an das Fiasco der vorigen Reichsfinanzreform, wobei der Voranschlag aus erheblich anders war als das Ergebnis. Dazu kommt noch etwas anderes. Dem Zucker kann man nicht ohne andere Substanzen zu sich nehmen, er ist nur eine Zutat, und je mehr man Butter, Öhl, Mehl, Eier, etc. zusetzt, um so weniger kann man Zucker genießen. Nur dann kann der Konsum des Zuckers steigen, wenn man die Lebensmittel verbilligt, zu denen man ihn als Zutat genießt. Dann wurde die zweite Beratung des Militärärzts erledigt. Hierzu lagen folgende Resolutionen der Budgetkommission vor:

1. „Den Reichstagsrat zu ersuchen, Arbeiten für die Militärverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche bei den Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften befolgen und nicht hinter den Bestimmungen etwaiger Tarifverträge der Branche am Orte zurückbleiben, sowie die Militärverwaltung anzuweisen, die Festlegung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.“

2. Forderung der Gewährung des Lohnes auch für die gesetzlichen Feiertage durch die Militärverwaltung.

3. Die verbündeten Regierungen werden ersucht: a) zu prüfen, ob die Löhne der bei der Heeresverwaltung — ausschließlich der Feldzeugmeister — beschäftigten Personen mindestens den ortsüblichen Sätzen entsprechen und im Bedarfsfalle das Nothige zu veranlassen; b) hiemitens im nächsten Etat Maßnahmen zu treffen, für die in der Feldzeugmeister beschäftigten Personen den Kennzahlentag einseitig für die bezogenen Bauern durchzuführen zu können.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Bögle führte aus, daß die Heeresverwaltung keineswegs mit einem besonderen Maß sozialpolitischer Einsicht ausgestattet ist. Das zeigt wieder deutlich die Statistik der Löhne aus dem Jahre 1906; man ersieht daraus, daß die Heeresverwaltung gar kein Verhältnis hat zum Lohn der Arbeiter und der Arbeiterbevölkerung hat. Wir finden in der Statistik angegeben, daß unter A. 800 Lohn 2962 männliche Arbeiter und 4521 weibliche Arbeiter hatten. Größer ist nicht angegeben, bis wie weit unter A. 800 der Lohn beträgt. Von A. 800 bis 899 Lohn hatten 534 männliche und 295 weibliche Arbeiter, von A. 900 bis 999 Lohn 1264 männliche und 77 weibliche Personen angestellt, und schließlich einen Lohn über A. 1000 hatten 1923 männliche und 1 weibliche Person.

Die untere Lohngrenze kann man herausrechnen aus den Nachweisungen, betreffend die Vertragsgeldzahlung zur Invaliditätsversicherung. Es waren im ganzen 1643 Personen, welche Verträge der ersten Lohnklasse zahlten; diese haben also ein Einkommen von unter A. 850. Daß man dem Arbeiter zu zusetzt, mit einem Einkommen von A. 850 jährlich auszukommen, ist doch ein starkes Stück. Die Folge dieser falschen Entlohnung ist, daß überall, wo Militärverwaltungen vorhanden sind, die Städte der Militärverwaltung unter die Arme greifen müssen, indem die bei der Militärverwaltung beschäftigten Personen vielfach die Armenverwaltung in Anspruch nehmen müssen. Die Militärverwaltung erklärt, sie richte sich nach dem ortsüblichen Tagelohn, aber dieser wird für einen ganzen Bezirk nach der Auffassung einer der wirtschaftlichen Verhältnisse oft nicht beachtenden Aufsichtsbehörde festgelegt; die Militärverwaltung sollte sich an die Städteverwaltungen wenden und die Löhne nach denjenigen Sätzen festlegen, welche die städtischen Arbeiter erhalten. Der Redner trat energisch dafür ein, daß eine gute Lohnaufbesserung erfolgt, daß den Arbeitern die gesetzlichen Feiertage bezahlt werden und daß ihnen Pensionsberechtigung zuerkannt wird.

Die Abstimmung über die Resolutionen wurde bis zur dritten Lesung vertagt.

Am Mittwoch, den 12. Februar, hatte das Haus einen Schwerinssitz. Es gelangte zunächst der Initiativantrag des Abgeordneten B. N. Hofen-Damshorst (kons.) zur Beratung. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf, bet. die Pensions- und Hinterlassenenversicherung; so zu fördern, daß derselbe bei Beginn der nächsten Reichstagsession zur Vorlage gelangen kann.

Der Redner der Sozialdemokraten, Abgeordneter Lehmann-Wiedebach, betrat den von seiner Partei stets eingenommenen Standpunkt, daß die Versicherung der Arbeiter in so weitestem Sinne des Wortes, die Beamten usw. eingeschlossen, umfassen muß.

Der Antrag fand Annahme. Es folgte die Beratung des Antrags von S. d. n. d. C. Carolath (nat.-lib.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf betreffend

Regelung des Automobilwagenverkehrs im Deutschen Reich dem Reichstag vorlegen zu wollen.

Sowohl vom Antragsteller wie auch von anderen Rednern wurden die Automobilschäden und der zu einem geradezu verheerenden Umfang ausgeübte Automobilschaden im allgemeinen einer gründlichen und scharfen Kritik unterzogen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leboucq sagte u. a.: „Höhe und höchste Herrschaften, Fürsten und Prinzen“, geben den anderen Automobilisten mit diesem Beispiel voran durch übermäßig schnelles Fahren. Die Sozialdemokraten stehen konsequent auf dem Standpunkt, daß stets der Angehörige einer Einrichtung oder eines Unternehmens für jeden Schaden haften soll, der durch diese Einrichtung, dieses Unternehmen verursacht wird, falls nicht höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten vorliegen, wobei die Beweislast dem Automobilbesitzer obliegen muß. Die Automobilbesitzer können sich gegen den Schaden ebenfalls versichern. Die Verletzung der Automobilfahrer muß auch auf die Automobilbesitzer ausgedehnt werden, wenn diese beim Selbstfahren die Bestimmungen nicht einhalten. Von einem neuen Lebensum der Chauffeurs kann nicht die Rede sein, denn diese hängen von ihrem Herrn ab und werden nicht übermäßig schnell fahren, wenn der Herr es nicht will.“

Zur Annahme gelangte folgende, den Antrag S. d. n. d. C. Carolath einschließende Resolution des Abgeordneten Erdt und Genossen:

Die verbündeten Regierungen mögen baldmöglichst einen Gesetzentwurf, betreffend die Haftpflicht für den bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen entstehenden Schaden und die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen im Deutschen Reich, dem Reichstag vorlegen, nach welchem

1. für den bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen entstehenden Personen- und Sachschaden der Verkehrsunternehmer zu haften hat, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Verletzten oder des Sachinhabers verursacht ist;
2. Fahrer, welche den zur Erhaltung der Sicherheit auf den öffentlichen Straßen und Plätzen erlassenen polizeilichen Anordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zuwiderhandeln, mit wirksamen, bei Verfehlungen im Rückfall gezeigten Geld- und Freiheitsstrafen bestraft werden;
3. das Führen von Kraftfahrzeugen nur solchen Personen gestattet wird, welche sich durch eine Prüfung über die Befähigung zum Führen ordnungsmäßig ausgewiesen haben;
4. Fahrern, welche sich als unzuverlässig erwiesen haben, durch polizeiliche Verfügung die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen mit Wirkung für das ganze Reichsgebiet entzogen werden kann.

Die dritte Beratung eines Nachtragsatzes, welcher A. 800 000 zur Förderung von Versuchen auf dem Gebiete der Motorluftschiffahrt fördert, wurde ebenfalls mit Bewilligung erledigt.

Die drei Sitzungen in der letzten Hälfte der Woche wurden durch die zweite Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in Anspruch genommen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer liest eine sehr bemerkenswerte Kritik an der Tendenz und Praxis der Verwaltung, ohne Rücksicht auf die Hebung und Verbilligung des Verkehrs und die Notwendigkeit besserer Bezahlung der kleinen und mittleren Beamten und der Arbeiter möglichst hohe Ueberschüsse herauszuwirtschaften. Charakteristisch ist die projektierte „Telephonreform“, die darauf hinausläuft, die in erheblichem Maße vermehrt zu werden. Mit großer Entschiedenheit wendet der Redner sich gegen die Vertheuerung der Verwaltung, den Beamten den Gebrauch des Koalitionsrechtes und die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Der Staatssekretär Kraetke vertritt noch immer die Ansicht, daß den Beamten die Rechte nicht zuzumuten. Ja, er will ihnen nicht einmal das Recht zubilligen, ihre Beschwerden und Wünsche den Reichstagsabgeordneten zu unterbreiten! Unter diesen Umständen, wie Singer treffend sagte, die Beamten nicht mehr gleichberechtigter Staatsbürger, nicht mehr freie Männer, sondern Sklaven der Reichspostverwaltung.

Herr Kraetke war in seiner Einseitigkeit echter und rechter „Ordnungspatriot“. Er erklärte, solange die Sozialdemokratie eine staats- und ordnungsfeindliche (11) Partei sei, dürften Beamte als Sozialdemokraten nicht geduldet werden.

Singer brachte auch die ungenügende Bezahlung der Beamten, ihre übermäßig lange Arbeitszeit, die für viele mehr als 70 Stunden die Woche beträgt, obwohl sie höchstens 60 Stunden betragen soll, ihre Ueberbürdung mit Arbeit und sonstige Mißstände zur Sprache. Schließlich erhob er die Anfrage, daß von Postbeamten nicht selten das Briefgeheimnis verlegt werde. An Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gerichtete Briefe sind erbrochen, von Unberufenen gelesen und dann erbeutet worden. Es sei anzunehmen, daß die von der Polizei besetzten Spiegel darauf ausgehen, Postunterbeamte in Versuchung zu führen, entgegen dem Gesetz und entgegen ihrer Dienstpflicht das Briefgeheimnis zu verletzen. Der Staatssekretär sollte hier Wandel schaffen, oder mindestens durch eine neue Verfügung die Beamten vor diesem Verbrechen warnen.

Herr Kraetke legte den Entschluß einer solchen Verfügung ab, weil sie eine Verleumdung für die Beamten sein würde. Er konnte sich gehalten, ohne vom Präsidenten zur Ordnung gerufen zu werden, Singers Beschwörungen seien eine leichtfertige Verächtlichmachung und der freisinnige Abgeordnete Kopf unterlegte ihn in dieser Art Antwort.

Die Staatsberatung wird in einem Zuge fortgesetzt und vor den Osterferien wohl beendet werden. Sodumterfante Debatten sind beim Etat des Reichsfinanzamts und des Reichsamt des Innern zu erwarten.

Der Sprachenparagraf im Reichsvereinsgesetz. Wie der Sprachenparagraf, auch nach der von den Freisinnigen vorgeschlagenen Aenderung, wirken würde, zeigt die „Mannheimer Volkstimme“ an einigen Beispielen. Eine große Fabrik in einem Mannheimer Bezirk hatte mehr als 200 italienische Arbeiter und Arbeiterinnen importiert und sie bei der Annahme kontraktlich auf ein Jahr verpflichtet. Diese Arbeiter fanden die Arbeitsverhältnisse



aber nicht ihren Erwartungen und den ihnen gemachten Zusagen entsprechend und wollten deshalb von dem eingegangenen Arbeitsvertrag los. Es kam zur Niederlegung der Arbeit. In einer improvisierten Versammlung setzte ihnen ein deutscher Arbeiter selbst nur mangelhaft mächtiger Redner, so gut es ging, die Rechtslage auseinander und versprach, daß das Gewerkschaftsamt sich der Sache annehmen werde. Das geschah, bei den Verhandlungen mit der Fabrikleitung wurde eine beide Teile zufriedenstellende Einigung erzielt und die Arbeit alsbald wieder aufgenommen. Nach der neuen Vereinbarkeitsvorlage hätte die Versammlung voraussichtlich dreimal 24 Stunden vorher angemeldet werden müssen, also zu einer Zeit, wo die fremden Arbeiter noch gar nicht daran dachten, eine Versammlung abzuhalten. Selbst wenn das Ministerium die gewünschte Genehmigung zur Benutzung der italienischen Sprache erteilt hätte, wäre sie doch immer erst gekommen, wenn es bereits zu spät gewesen wäre. Denn die Aussprache, ob man in dem Streik verharren und welche Konsequenzen man eventuell machen wollte, konnte nicht bis nach dem Eintreffen der Antwort verschoben werden. Ähnlich lagen die Verhältnisse beim Streik der Arbeiter in der Zuckerspinnerei in Sandhofen im Jahre 1905. Dort mußten die Ausführenden in der Versammlung außer in deutscher auch in böhmischer und italienischer Sprache gemacht werden, um sich allen Streikenden verständlich zu machen. — Was hier von den Fabrikarbeitern gesagt ist, gilt erst recht von den vielen italienischen Erntearbeitern und fremdsprachigen Bergleuten, wovon die ersten den Arbeitsort häufig wechseln müssen und oft genug in Verhältnisse kommen, die eine gemeinsame Besprechung nötig machen. Es braucht sich hierbei nicht immer um Lohnforderungen zu handeln; es können auch Sicherungsmaßnahmen gegen Unfälle und ähnliches in Frage kommen.

Man sieht, wie Angelegenheiten von Wichtigkeit sehr rasch und verhältnismäßig leicht abgewickelt werden können, wenn nur die Möglichkeit sofortiger gemeinsamer Aussprache vorhanden ist. Das wird aber durch den Anmeldezwang erschwert und, insofern Ausländer in Frage kommen, ganz unmöglich gemacht. Schon aus diesen rein praktischen Erwägungen heraus stellt sich der Entwurf als jählich dar, ganz abgesehen davon, daß er als eine Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit grundsätzlich zu verworfen ist.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Ansperrungen, Masseregeln, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

##### Hansastädte:

**Spandau** (Sperre über Neben), **Ochsenwälder** (Sperre über A. Blecken), **Travemünde** (Sperre über Sörhmann), **Brommerhaven** (Streik der Stakkateure), **Cuxhaven** (Sperre über das Kinderheim, Unternehmer Vollmar aus Bremen);

##### Schleswig-Holstein:

**Kellinghusen**, **Wist**, **Wulfsmoor** (Streiks), **Apenrade** (Sperre über Callesen), **Wedol** (Sperre über Hatjio), **Husum** (Sperre über Petersen), **Itzehoe** (Sperre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf), **Tondern** (Streik der Bauarbeiter);

##### Mecklenburg:

**Güstrow** (Sperre über Thielke), **Brunsahlaupten** (Differenzen);

##### Brandenburg:

**Guben** (Aussperrung), **Senftenberg** (Sperre über Ulrich, Margakolonie), **Jüterbog** (Sperre über H. Niendorf in Malterhausen und Rüter Wwe. in Treuenbrietzen (im „Alten Lager“));

##### Pommern:

**Pyriz** (Sperre über Friedrich Berg), **Köslin** (Sperre über Schüttner), **Neustettin** (Sperre über Duske);

##### Posen — Schlesien:

**Muskau** (Sperre über Stälpaagel), **Weisswasser** (Sperre über die Opolenszwerke), **Friedewalde** b. Breslau (Sperre über Land in Wilschütz);

##### Königreich Sachsen:

**Leipzig** (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Bernat & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisenwerkerei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, in M. Steyskal, Sohrstrasse), **Nannhof** (Sperre über H. Goldsch, vormals Kälper & Schrot), **Chemnitz** (Sperre über Holler);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

**Halle a. d. S.** (Sperre über den Fabrikneubau von Prinzler & Söhne und über die Hallische Zementfabrik);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

**Celle**, **Norderney** (Aussperrung), **Braunschweig** (Sperre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel), **Blankenburg a. H.** (Sperre über den Steinbruch der Firma Beck), **Wunstorf** (Differenzen);

##### Hessen und Waldeck:

**Glessen** (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), **Schmalkalden** (Sperre über Peter);

##### Bayern:

**Soll** (Sperre über Jäger & Werner), **Diessen** (Streik), **Wasserburg** (Sperre über Nabauer), **Ansbach** (Sperre über Reuter);

##### Fliesenleger:

**Duisburg** (Sperre über Gehr, Bönning).

## Forderungen in München.

Für die Stadt München und die zu dem Arbeitsgebiet gehörenden Vororte haben die Mitglieder unseres Verbandes, des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter und des Verbandes der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter (letzterer auch für Zimmerer), folgende Forderungen aufgestellt und am 15. Februar den Unternehmern überreicht:

### Arbeitszeit 9½ Stunden.

Stundenlohn für Maurer und Zimmerer 62  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für Zimmerer 67  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  und für Fassadenputzer 72  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für Bauhilfsarbeiter (allgemein) 60  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für Stein- und Mörtelträger 62  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für Einrichter 60  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für Mörtelträger und Tunnelarbeiter 65  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Für notwendige Ueberstunden werden 25 pSt. und für Nacht- und Sonntagsarbeiten 50 pSt. Zuschlag geleistet.

## Forderungen im Gau Köln.

Wie in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, so laufen auch die Tarifverträge in der Arbeits- bzw. Organisationsbezirk Düsseldorf-Neuss, Greifeld, M. Gladbach, Vonn, Köln, Siegen, Summersbach, Hilben, Wannen-Greifeld, Solingen und Melsdorf am 30. April d. J. ab, und bekanntlich will ja auch der neugegründete Verband der Verbände für das ganze Gebiet von Vonn über Mülheim hinaus einen in den allgemeinen Bedingungen und in der Abzahlung einheitlichen Vertrag erzwingen. Unsere Kollegen und mit ihnen ebenfalls die Bauhilfsarbeiter und die Mitglieder des christlichen Verbandes haben nun ihre Forderungen den zuständigen Unternehmernverbänden und den einzelnen Unternehmern unterbreitet. Die Maurer (vom christlichen Verband aus die Zimmerer) fordern in Düsseldorf 67  $\frac{1}{2}$  (9) Stundenlohn, in Varmen-Elberfeld (hier auch für Zementreue und Altpoliture), Solingen und Köln 65  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  in Greifeld und Melsdorf 60  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  in Hilben 58  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  in M. Gladbach 57  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  in Vonn 55  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  in Siegen 53  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ .

Für Ueberstunden sollen 15  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  für Nacht-, Wasser- und Tiefbauarbeiten 50 pSt. und Sonntagsarbeiten und für Feuerungs- und Abfallarbeiten 100 pSt. Lohnzuschlag geleistet werden. Außerdem sind für andere schmutzige Arbeiten sowie für Arbeiten außerhalb des Arbeitsfeldes der betreffenden Stadt höhere Löhne vorgesehen. Der sogenannte Junggefellenslohn soll in seinem vollen Maße als 5  $\frac{1}{2}$  unter dem allgemeinen Lohn stehen.

Die Arbeitszeit soll in Greifeld, Hilben und Melsdorf auf 9½ Stunden verkürzt und damit auf die gleiche Länge wie in Solingen, Varmen-Elberfeld, Köln und Düsseldorf gebracht werden. In den übrigen Orten wird von einer Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden vorläufig Abstand genommen.

## Gau Berlin.

Auf den gepeinigten Bauten der Marga-Kolonie bei Senftenberg geht es wie in einem Zauberspiel zu. Püngerkolonnen reiten zu und wieder ab. Die Bauarbeiter und die die Bauten überwachende Polizei sind wieder im Druck. Eine Dresdener Kolonne reiste ihren heimatlichen Penaten wieder zu. Es sind jetzt nur noch vier Berliner hier. Doch diese aber das Kraut nicht fett machen, beweist, daß sämtliche Kolonnen seit vier Wochen kaum vier Wohnungen genutzt haben. Es nicht Herrn Müller nichts; trotz der polizeilichen Verhinderung der „Arbeitswilligen“ verschwinden sie ihm wie Seifenblasen unter den Händen. Wenn der Trudel so weiter geht, ist Müll bald gezwungen, mit uns Frieden zu schließen.

## Gau Bremen.

Wie aus Norddeutschland unter dem 15. Februar berichtet wird, haben die Zimmerer beschlossen, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen. Die Unternehmer haben jedoch von den Zimmerern verlangt, aus dem Zentralverband auszutreten und in den christlichen Verband einzutreten, sonst könnten sie die Arbeit nicht aufnehmen. Diese Zumutung haben die Zimmerer aber doch abgelehnt. Dasselbe würden die Unternehmer auch von uns verlangen; da aber Arbeit genug vorhanden ist, brauchen sich die Streikenden so etwas nicht bieten zu lassen. Die Kollegen haben denn auch am 14. Februar einstimmig beschlossen, den Kampf weiter zu führen. Jeder von uns sieben Kollegen in diesem Kampfe mitgenommen; sie wurden ausgeschlossen. Ihre Namen sollen im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Von auswärts ist bis jetzt kein Zug gekommen. Noch ein paar Wochen, und den Streikenden wird der Sieg sicher sein, denn die Arbeit drängt sehr, und mit den paar „christlichen“ Streikbrechern können die Unternehmer die Arbeit unmöglich fertig stellen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit feststellen, daß der Hauptvorwand des christlichen Verbandes dem Streikbruch auf Norddeutschland fernsteht. Die Streikbrecher sind gegen seinen Willen Mitglieder des christlichen Verbandes geworden. Zur Zeit schwören Verhandlungen der beteiligten Gewerkschaften untereinander.

Von Nordenham wird über starken Zug gelagt, der die herrschende Arbeitslosigkeit noch vergrößert. Die Kollegen stehen dort in Differenzen.

## Gau Breslau.

In Breslau ist der bestehende Vertrag von den Unternehmern gekündigt worden. Sie wagen es, den Organisationen einen „Vertrag“entwurf mit folgenden Hauptpunkten vorzulegen: Die bisher übliche Arbeitszeit von 9½ Stunden soll auf 10 Stunden verlängert werden. Der alte Stundenlohn von 55  $\frac{1}{2}$  soll bleiben, aber nur „für tüchtige Kräfte“ in Zukunft gelten. Ueberarbeit soll entgegen den bisherigen Abmachungen zulässig sein. Ebenso soll als neu die Verpflichtung der Maurer zur Ausführung von Beton- und Putzarbeiten eingeführt werden. Ueberstunden, die bisher nur bei Schabungen durch Naturereignisse, auf polizeiliche Anordnung und wenn ein öffentliches Interesse vorlag, verrichtet werden durften, sollen für künftig „in besonderen Fällen“ geleistet werden müssen. Die Breslauer Kollegen werden dies annehmen, wenn der letzte Pfennig in ihren Kassen ausgegeben und keine Hilfe mehr zu erwarten ist und wenn der Hunger sie dem Wahnsinn zugetrieben hat. Aber eher nicht.

## Gau Hamburg.

In Boizenburg haben sich die Unternehmer sechs Wochen lang geweigert, den vertraglich festgelegten Lohn zu zahlen; nunmehr haben sie sich aber doch dazu bequemen müssen, die 45  $\frac{1}{2}$  pro Stunde zu zahlen. Die Arbeit, welche seit dem 1. Januar

geruht hatte, ist nunmehr von unseren Kollegen wieder aufgenommen worden.

In Tondern haben die Unternehmer den Bauhilfsarbeitern 5  $\frac{1}{2}$  Lohnzuschlag gemacht. Die Arbeiter heilten die Arbeit ein, wodurch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen sind. Zugunsten Tonders ist fernzuhalten.

## Gau Hannover.

In Wunstorf bestehen die Differenzen noch immer fort. Der Unternehmer Borsold möchte wohl gern seine dringenden Arbeiten fertig haben, aber er will sich auch nicht länger von den Betreibern mit einem Stundenlohn von 90  $\frac{1}{2}$  bis 1  $\frac{1}{2}$  rublen lassen. Er hat nun die Ullmengen abgeleitet und haben wirklich einige Suchkollegen zu bewegen gesucht, ihn aus der Patsche zu reissen. Nachdem wir diesen Kollegen ihr Vernehmen vorgehalten hatten, legten sie schon einmal die Arbeit nieder, nahmen sie aber nach einigen Tagen wieder auf. Jetzt haben sie sich abermals ernsthaften Vorhalt zum zweiten Male die Arbeit eingelegt. Kasse hat kein Kollege geleistet, nach Wunstorf zu gehen, und wenn auch die Unternehmer goldene Berge versprochen!

Über den Stand der Aussperrung in Celle wäre zu berichten, daß die Kollegen nach den end- und resultatlosen Verhandlungen ihre Taktik dahin geändert haben, sich mit einzelnen Unternehmern in der Hofstraße zu einigen und auf alle weiteren Streitfragen gegenseitig zu verzichten. Es ist dies bei vier Unternehmern gelungen, dort ist auch die Arbeit aufgenommen worden. In der letzten Berichtswochen arbeiteten 88 Kollegen unter diesen Abmachungen, 62 Kollegen sind anderweitig untergebracht und 49 Kollegen mit 110 Kindern sind noch ausgesperrt. Mit diesem Resultat können wir zunächst zufrieden sein; um so mehr, als die Celler Sperrmacher an die Unternehmer eine schriftliche Aufforderung erteilen, alle zentralorganisierten Maurer zu entlassen und nur solche, die den „Müllertarif“ unterzeichnet hätten, durch den Arbeitsnachweis einzustellen. Wenn alle Kollegen auch ferner mit der bedauerlichen Treue zusammenhält, so wird der Ausspruch des „Ober-Schleifendörckers“ von Celle: „Der Streik kann nur noch 14 Tage dauern, die Maurer wissen vor Hunger nicht ein noch aus“, mit Glanz widerlegt, und es beweisen, daß sie selbst nach 40 Wochen Kampf und selbst im Winter nicht müde zu frischen sind. Dagegen weiß man, daß mancher Grophais schon todsüßig geschlagen ist. Hoch die Solidarität, jetzt und immer! Zugunsten ist streng fernzuhalten.

## Gau Nürnberg.

In Ansbach dauert die Sperre bei Reuter unabändert fort. Reuter macht zwar alle Anstrengungen, um von den umliegenden Ortschaften Streikbrecher zu bekommen, aber seine Bemühungen waren vergebens. Sogar bis halb nach Nürnberg, in die Gegend von Reudelsheim, kam Reuter auf seiner Suche nach den soviel begehrten Stützen, aber überall liegen die Kollegen den Herrn ab. Es ist dies um so erfreulicher, als in den frühesten Jahren die umliegenden Orte von Ansbach nach verschiedenen Streikorten „Arbeitswillige“ lieferten, was heute als ausgeschlossen bezeichnet werden muß.

In Ummert haben uns die Unternehmer mitgeteilt, daß sie unsere Forderung abgelehnt hätten, weil sie für die dortigen Verhältnisse zu hoch sei. Jedoch wollten die Unternehmer den jetzt bestehenden Vertrag bis zum 31. Dezember 1910 verlängern, mit der Maßgabe, daß jeder der Lohn wie bisher bleiben und im nächsten Jahre um 2  $\frac{1}{2}$  pro Stunde steigen soll.

In Hof a. d. Saale haben die Unternehmer von uns die Vorlage unserer Forderung bis zum 12. Februar gefordert. Das ist unmöglich, da die Mehrzahl unserer Mitglieder, die den Sommer über in Hof arbeiten, zur Zeit in ihren Heimatorten sind. Zur Aufstellung der Forderung bedarf es doch erst einiger Versammlungen. Dieses haben wir dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, wobei jedoch bemerkt, daß wir, falls die Unternehmer dieses wünschen, bereit seien, auf der Grundlage des bisherigen Vertrages in eine Unterhandlung einzutreten.

In Schweinfurt haben wir in einer auf Verlangen der Unternehmer statigehabten Unterhandlung unsere Abänderungsvorschläge zu dem bisherigen Vertrag unterbreitet, worauf die Unternehmer uns noch einigen Tagen die Kündigung des alten mit dem Entwurf eines neuen Vertrages zugesagt ließen. In einer Unterhandlung am 10. Februar wollten die Unternehmer ihren Entwurf als Grundlage benutzen, während wir nur auf Grund des geltenden Tarifs verhandeln wollten. Die Unternehmer mühten unseren Verlangen nachgeben, zumal da uns die Kündigung nicht vom Arbeitgeberverband, mit dem der Vertrag abgeschlossen ist, sondern von der Sitzung der Baugewerkschaften unterbreitet wurde. Diese zweite Unterhandlung verlief aber auch ergebnislos, da die Unternehmer bei den wichtigsten Punkten erklärten, keine Vollmacht zu haben, sondern darüber erst ihre Mitglieder fragen zu müssen. Den Lohn wollten sie für 1908 und 1909 um je 2  $\frac{1}{2}$  pro Stunde aufheben, dabei aber unter keinen Umständen den Lohn nach unten begrenzen, worauf wir nach den gemachten Erfahrungen bestehen mußten. Bei der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit von 90 auf 87 Stunden pro Woche erklärten die Unternehmervertreter, daß sie gegen eine mäßige Verkürzung der Arbeitszeit nichts einzuwenden hätten, aber sie seien an die Beschlüsse ihrer Bundesgeneralversammlung gebunden und könnten davon unter keinen Umständen abgehen. Wir hätten machen die Unternehmer das Geständnis, daß der abgelaufene Vertrag nur dann dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Berlin vorgelegt werden müsse, wenn in demselben eine Verkürzung der Arbeitszeit, der 1. Mai als Feiertag und ein Verbot der Ueberarbeit niedergelegt werden solle; in allen anderen Punkten hätten sie vollständig freie Hand.

## Gau Stettin.

In unserem Gau, der im Lohndurchschnitt an dritter Stelle von unten steht, wird, gestützt auf eine gute Bau-tätigkeit in den Randstreifen, die Lohnbewegung 1908 recht lebhaft werden. In 25 Lohnbezirken sind Forderungen gestellt und eingereicht. Die Unternehmer haben in keinem Bezirk die ablaufenden Verträge gekündigt. Darin kommt jedoch nur die Sommerarbeit. Die Dinge an sich herauskommen zu lassen, zum Ausdruck. Infolge Unternehmern sind in 53 Bezirken organisiert.



In **Alt-Damm** werden die Verhandlungen mit dem neuen Verband für Stettin und R. Randow geführt. Auf die gewöhnliche Forderung von 62½ % pro Stunde erfolgte nicht nur ein glattes Nein, sondern man wollte die jetzigen Bestimmungen noch verschärfen. Schließlich meinte man, der allgemein schlechten Lage der alte Vertrag auf ein Jahr verlängert werden.

In **Barth** bieten die Unternehmer auf eine Forderung von 48 % pro Stunde 40 % in der Stadt und 42 % über Land. Altmann Freund hat sein Geschäft verkauft. Goffenlich wird der neue Unternehmer, ein junger Angestellter, nicht in Schmachverträgen groß geworden sein.

In **Colberg** schwebten die Verhandlungen seit Oktober. Die Arbeitsausführer sind für den Ort leicht, was uns veranlaßt, schon im November v. J. unsere Forderung zurückzugeben. Dann teilten uns die Unternehmer Mitte Dezember mit, daß sie den alten Vertrag gütlich auf zwei Jahre verlängern wollten; wenn wir bis zum 15. Januar unsere Zustimmung gaben; in anderen Fällen wurde nach diesem Datum der Lohn um 4 % pro Stunde erhöht. Als Begründung war eine Notiz der „Berliner Abendpost“ beigelegt, wonach in Dortmund die Arbeiter des Metallgewerbes mit 16 p. Ct. Lohnzufuhr zufrieden seien, nur um Entlassungen und Forderungen zu vermeiden. Wir waren nun doch neugierig, wie man Lohnzufuhr und volle Beschäftigung der Ortsangestellten bei uns in die Praxis umsetzen wollte, und beantragten mündliche Verhandlung. Das Ergebnis war eine erneute Generalversammlung der Unternehmer, die uns nun für 1909 2 % Zulage anbot. Am 29. Januar erklärten sich unsere Kollegen in einer schwach besetzten Versammlung mit 41 gegen 39 Stimmen für das Angebot. Von 185 Mitgliedern waren nur 83 in der Versammlung. Montag, den 3. Februar, wurde dieser Vertrag durch Unterschrift vollzogen. Am selben Tage mußten aber 17 Kollegen auf den Bauten der Firma W. a. S. Colberg in Trepow a. d. Reg. die Arbeit einstellen, weil der sehr bösartige Herr Waack den Treppow-Vertrag so wenig wie den Colberger Vertrag anerkennen wollte. Als aber die Sperre über das ganze Geschäft des Waack verhängt wurde, mußte er kapitulieren, und am 12. Februar nahmen unsere Kollegen die Arbeit wieder auf. Der Vorstand des Arbeitgebersverbandes erklärte, daß er nur seinen moralischen Einfluß auf Herrn Waack ausüben könne; dieser war aber nicht hart genug, ihn zur Anerkennung des Tarifs zu veranlassen. Aber die Sperre half.

In **Grimmen** wurde uns ein Vertrag zugestellt, der den „Muttervertrag“ des Bundes nachahmt, ihn aber in kleineren Schritten noch übertrifft. Eine Verhandlung am 15. Januar führte zu keinem Resultat. Wir fordern bei zehnprozentiger Arbeitszeit 40 %.

In **Podejuch** teilte man uns auf einen Wunsch nach mündlicher Verhandlung mit, daß der „Neue Verband für Stettin und R. Randow“ das Rennen machen soll.

In **Wollg** bewilligten sechs Unternehmer; die anderen versuchen, Leute zum besten zu haben, indem sie die alten abgeleiteten Gründe für ihren ablehnenden Standpunkt ins Treffen führen.

In **Stargard i. P.** hat der Fachverein ebenfalls wie wir 50 % Stundenlohn gefordert. Herr Stieberg, Vorsitzender der Unternehmerorganisation, teilte uns mit, daß nur mit der Zustimmung des Fachvereins verhandelt würde. Dem Fachverein dagegen teilte er mit: „Bewilligt wird nichts, was nicht erlöst wird.“ Nichtig deutsch gelesen heißt das doch wohl: „Seid einig, und wir achten Euch!“ Ob die Fachvereinsler nun bald einrücken werden, daß nur mit uns und durch uns etwas zu machen ist?

In **Stettin** hat nun schon seit November recht interessante Verhandlungen; wir haben nun zwei „Arbeitgeberverbände“ am Ort. Mit dem alten Verband stehen wir seit zehn Jahren im Vertragsverhältnis, und von seinem Vorsitzenden, Herrn Reim, haben wir das Zugeständnis, daß in Stettin ein Maurer ein Einkommen von 1600 bis 1800 haben müßte, aber — „Rindfleisch und Plunnen sind ein schon Geruch.“ Unser Meister steht uns überhaupt ein feiner Herr gegenüber. Mit Sozialdemokraten will er seinen Vertrag mehr abschließen. Überstunden soll der „Arbeitsherr“ bestimmen. Der Lohn soll Klassenlohn werden. Mauthoff gegen Agitation und alle anderen Schönheiten des „Muttertarifs“ will Reim uns in Stettin auflösen. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. — Der „Neue Verband für Stettin und Randow“ markiert den Niederrhein. Am 23. Dezember v. J. bot er uns für 1909/10 67½ % und im übrigen den alten Vertrag. Inzwischen haben die Innungsmeister dem „Neuen“ wohl einige Konzeptionen gemacht, und am 6. Februar wollte der „Neue“ nur den alten Vertrag auf ein Jahr verlängern, aber auch nur, wenn gleichzeitig in Alt-Damm, Podejuch und Wollg die alten Verträge verlängert würden. Nun hat vorläufig wieder der „Alte“ das Wort, der wird aber nun gleich viel bieten, daß der „Neue“ einen gewaltigen Sprung machen muß, um mitzukommen.

In **Treptow a. d. E.** warteten die Unternehmer unsere Forderungen nicht ab. Sie bieten uns für 1908: 11 Stunden und 38 %, für 1909: 10½ Stunden und 38 % und für 1910: 10 Stunden und 40 %. Ein Abschluß ist noch nicht erfolgt.

In **Triebitz** bieten die Unternehmer bis zum 31. Dezember 1908 10½ Stunden und 38 %.

Bei allen Verhandlungen verlegten sich die Unternehmer auf ein jammervolles Feilschen: Meistzeit, Hochlegenheit, Quartier u. dgl. sollen bei Landarbeit bestimmten werden, obwohl schon bisher die Maurer wie Kulis umherliegen mußten. In unserer Gegend muß den Unternehmern aber die Pflicht auferlegt werden, bei Lieberlandarbeiten für Quartier und Hochlegenheit zu sorgen. Darüber hilft selbst eine Lohnhöhung, die ja auch nicht bewilligt werden soll, nicht hinweg, da selbst für Geld und gute Worte Logis in genügender Zahl und zu erschwinglichen Preisen nicht zu haben sind.

#### Gau Stralsburg i. Elß.

In **Vöhrsch** und in **Weg** laufen die bisherigen Verträge am 31. März d. J. ab. Die Unternehmer haben sie gekündigt und gleichzeitig neue Verträge nach Schema des Berliner Muttervertrages eingereicht. Eine Lohnhöhung soll es in beiden Orten nicht geben. Die Maurer Unternehmer waren sogar so lebensmüde, den Vertrag fix und fertig auszuarbeiten; unsere Kollegen sollen nur

unterscheiden. Am 8. Februar fand in Vöhrsch eine Versammlung statt; in dieser wurde beschlossen, den aus den Unternehmern zugesandten Vertrag nicht anzuerkennen, sondern den bis jetzt bestehenden Vertrag mit einigen kleinen Änderungen, die sich aus wirtschaftlichen und praktischen Gründen notwendig machen, zu verlängern. Verlangt wurde besonders eine Lohnhöhung von 48 auf 51 %. Am 13. Februar beschloß sich die Mehrzahl der Kollegen mit derselben Angelegenheit. Sie lehnten es ab, den Tarif der Unternehmer ohne weiteres zu unterschreiben, vielmehr erklärten sie, daß sich der jetzt bestehende Vertrag im allgemeinen gut bewährt habe; dieser soll deshalb ebenfalls wie der in Vöhrsch mit einigen Abänderungen verlängert werden. Verlangt wird eine Lohnhöhung von 52 auf 60 %. Den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß wir bereit sind, mit ihnen zu verhandeln.

#### Gau Stuttgart.

Der Vertrag in **Heidenheim a. d. Brenz** wurde unterseits ordnungsmäßig zum 1. April gekündigt. Der Grund dazu ist darin zu suchen, daß der Vertrag seinen bestimmten Lohnsatz enthielt.

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

**Sterbegeld** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterzählung auszusahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 9. bis 16. Februar 1908 für folgende Mitglieder erteilt:

Josef Wäcker-Gehrmann (Frank), Verb.-Nr. 241511; Emil Grabow-Samburg (Frank), 74718; Adam Diller-Rübenberg, 91948; Emil Hempel-Leipzig (Frank), 86227; Franz Brey-Strasbourg (Frank), 264084; Wilh. Woll-Bozenberg (Frank), 54982; Alb. Baumann-Starkbrunn (Frank), 310476; Karl Woll-Bozenberg (Frank), 5510; Aug. Frädrich-Berlin (Frank), 270443; Paul Kluge-Breslau (Frank), 179758; Karl Malina-Berlin (Frank), 270943; Friedrich Ernst-Wannheim, 111485; Otto Waack-Heide, 77672; Hermann Hildebrandt-Breslau (Frank), 18662; Aug. Leinhardt-Breslau (Frank), 29795; Clem. Frick-Gladbach (Frank), 169271; Karl Berlin-Salzwedel (Frank), 98190; Jakob Gerd-Wannheim, 652227; Hermann Jordan-Berlin, 808332; Wilhelm Eiser-Leipzig, 35842; Aug. Gerd-Wannheim (Frank), 35874; Otto Döring-Gommern (Frank), 183453; Gustav Schröder-Breslau, 63660; Sol. Engelmann-Wannheim, 240826; Wilhelm Höhn-Wiesbaden (Frank), 115861; Wilhelm Wöden-Oschmied (Frank), 92992; Karl Rode-Rost i. d. V. (Frank), 68746; H. B. Bräunle-Hamburg, 125112; Franz Werner-Berlin (Frank), 1121; Gottfried Michel-Heringen a. d. E., 230570; Wilh. Köhler-Polen (Frank), 474816; Alfr. Scholz-Deutsch Lissa, 270917; Heinrich Thiele-Hannover (Frank), 31567.

**Geldbesuchen** für die Hauptkasse sind nur an den Kassier **J. Köster, Hamburg 1, Venusblücherhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 10. Februar bis 16. Februar 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) **Für Beiträge und Eintrittsgelder.**  
Berlin A. 36983,36, Schwerdt 70, Wainburg 35, Verdes-  
gaben 15,30, Gießen 1434,92, Gersfeld 477,83, Kiel 10, Jaderid  
19,05, Klempen 2, Bregitz 83,98, Wurg a. F. 47,95, Waden-  
dorf 8,12, Grawow 40, Lützen 16,20, Cassel 81,71,68.

b) **Für Kasse.**  
Safawedel M. 1,50, Schönbach 3, Gersfeld 7,50, Cassel 100.

Vom **Verbandsvorstande** bestätigt sind die neu-  
gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger  
Woche das Wahlprotokoll eingeleitet haben und denen nicht  
brüchlich eine andere Mitteilung geworden ist.

**Als verloren gemeldet** sind uns die Mitgliedsbücher  
der Kollegen Wilh. Kirchhoff-Parman (Verb.-Nr. 51834), Wilh.  
Zeller-Stendal (303547), H. Rademacher-Meydel (314912), Wilh.  
Heide-Bochum (350046), Wilh. Gerd-Wannheim (374102), Aug.  
Frickmann-Wollstein (454743), Max Kähler-Leipzig (109810),  
Hermann Müller-Leipzig (384397), Karl Fränkel-Wera  
(97361), Fr. Weller-Göln (360718), Wilh. Woll-Bozenberg (311124),  
Max Richter-Wannheim (153399), Fr. v. d. Hövel-Gelsenkirchen  
(474903), Heinrich Woll-Schwering (194063), Gustav  
Schäfer-Nordenham (322986).

**Ausgeschloffen** sind auf Grund § 37 b des Statuts vom  
Zweigverein: Hermann Helbig (Verb.-Nr. 369644);  
Regensburger: Peter Glöckl (335938), Edward Rumer  
(366305), Sebastian Rumer (366322), Johann Gramann  
(366081), Johann Glöckl (324419); Gelsenkirchen:  
Valentin Bauer (340289); Rostock: H. Linde (303425);  
Nordhorn: Bruno Finken (337321), Robert Fischer  
(347716), Paul Hillmann (347240), Arnold Bries (91405),  
Theodor Woll (347703), Sam Poppinga (347719), Conrad  
Selle (347725).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rück-  
ständiger Beiträge ausgeschloffen sind, werden unter dieser  
Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Wichtig!** **Auszahlung der Reiseunterstützung.** Ge-  
schlossen worden sind die Mitgliedsbücher und Reise-Kontingents-  
karten der Kollegen Friedrich Faber, geboren am 2. Oktober 1887  
zu Alhey (Verb.-Nr. 120600); Wilhelm Kelle, geboren am  
28. März 1884 zu Wismar i. A. (303547).

Diese Bücher und Karten sind, falls sie vorgelegt werden,  
anzustellen und uns zuzusenden.

**Ausgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden  
vom Zweigverein Duisburg: Josef Seib, geboren am  
31. Mai 1876 zu Wernborn (Verb.-Nr. 20299); von der Orts-  
gruppe Leimberg des Rheinischen Maurerverbandes:  
Anton Reuhsen, geboren im Jahre 1880 zu Leimbach (Verb.-  
Nr. 69394 des Rheinischen Maurerverbandes); D o c u m e n t:  
Franz Betzel, geboren am 21. November 1876 zu Rauten  
(Verb.-Nr. 126604).

**Um Angabe ihrer Adresse** werden ersucht: vom  
Zweigverein Oldesloe: Karl Kell, geboren am 8. Juni 1888  
zu Oldesloe (Verb.-Nr. 277599), Paul Wollstein, geboren am  
17. April 1885 zu Schönhof (341846), Karl Schmidt, geboren  
am 13. März 1875 zu Hamburg (29377); Leimbach (Orla):  
Karl Krüger, geboren am 10. Oktober 1888 zu Leimbach (Orla)  
(376902); Gelsenkirchen: Valentin Bauer, geboren am  
15. Mai 1886 zu Nieder-Ralmdach (340289). Bauer hat Ver-  
bandsgebet unterzogen.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist,  
werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mit-  
teilung zu machen. **Der Verbandsvorstand.**

#### Jahresberichte der Gauverbände.

##### Gau Berlin.

Wie bereits in Nr. 2 und 3 des „Grundstein“ in den  
Versteilen „Das Baujahr 1907“ für die zu unserem Gau ge-  
hörenden Landesstellen dargelegt ist, bewegte sich die Arbeits-  
losigkeit bis Ende des dritten Quartals in absteigender  
Richtung. Derselbe Tendenz weist auch das vierte Quartal  
auf. Wie die Konjunktur in dem vor uns liegenden Baujahr  
werden wird, ist jetzt nicht völlig zu übersehen. Trotzdem  
müssen wir versuchen, auf Grund der vorhandenen Merkmale  
einen Ausblick zu tun. Neben der industriellen Laune und  
einigen mittleren Städten mit industriellen Charakter ist  
Berlin mit seinen Vororten der Hauptbeschäftigungsplatz der  
Maurer in unserem Gau. Hier finden in Zeiten guter Kon-  
junktur fast die Hälfte der Kollegen ihre Beschäftigung. Der  
Stand des Arbeitsmarktes ist darum für alle von hervor-  
ragender Bedeutung. Wie allgemein bekannt, ging hier die  
Konjunktur seit dem vierten Quartal 1906 zurück, und zwar  
infolge des ungenügend hohen Zinsfußes für Bausparer.  
Seit mehr denn 30 Jahren hat der Zinsfuß eine solche Höhe  
nicht mehr erreicht, und trotzdem kann heute konstatiert werden,  
daß diese Krise keine so tiefgehende Erschütterung auf den  
Baumarkt hervorgerufen hat als die im Anfang der 90er  
Jahre. Daraus erfolgte ein förmlicher Zusammenbruch, der  
das Vertrauen der Interessenten gänzlich erschütterte. Dies-  
mal haben die beteiligten Faktoren mehr Vorzicht geübt und  
mehr vorbeugend gewirkt. Die Gesetzmäßigkeit wurde frühzeitig  
gewahrt und die Spekulationen mehr eingedämmt. Als die  
Geldbeschränkungen größer und größer wurden und die Bau-  
tätigkeit infolge der schwierigen Geldbeschaffung merklich  
nachließ, wurden trotzdem die angefangenen Bauten nicht in  
den Vororten, fast alle fertiggestellt, wogegen in der oben  
angeführten Periode die Zahl der unvollendeten Gebäuden  
Bauten und die Zahl der Substitutionsen so groß war, daß  
Baugewerkschaften erregt wurden, die weit über das begründete Maß  
hinausgingen, und die sehr schädlichen und abschreckend wirkten.  
Der gegenwärtige Zustand erscheint also weniger gesund zu  
sein. Dann meinte sich die Frage, daß die Geldbeschränkung  
den Substitutionsen überlassen hat; und die Erfahrung, daß sich das  
Leichtkapital in Zeiten der Wertlosigkeit mehr den sicheren  
Anlagen in Hypotheken zuwendet, läßt die Hoffnung berechtigt  
erscheinen, daß eine Neubelebung des Baumarktes in nicht  
allzuweiter Ferne liegt. Eine Auffassung, die auch von anderen  
Leuten, auf deren Urteil man etwas zu geben gewohnt ist,  
geteilt wird. Für diese Auffassung spricht auch das Zurück-  
gehen des Zinsfußes, der Preisrückgang einiger Baumaterialien  
und die der Ausführung harrenden Bauprojekte aller Art.  
In den kleineren Städten und im Seidenberger Industrie-  
bezirk liegen immerhin ganz ansehnliche Auftragsarbeiten vor,  
und in den ländlichen Bezirken wird die Bautätigkeit ebenfalls  
wieder auf sein. Einer allzu großen Bausperre brauchen wir  
uns also nicht hinzugeben.

Die **Mitgliederbewegung** unseres Gaus weist  
seit Gründung des Vereins — 1. Juli 1891 — zum ersten Male  
einen Rückgang auf. Die Ursachen liegen zunächst in der  
verminderten Bautätigkeit in Groß-Berlin, wodurch viele  
Mitglieder gezwungen wurden, abzuweichen und andere, die  
alljährlich nach Berlin kommen, einen anderen Arbeitsplatz  
wählen mußten. Ein beträchtlicher Teil junger Mitglieder  
und solcher, die in die Heimat oder anderwärts hin abgewie-  
sen war, ist ebenfalls nicht wiedergekommen. Aus all diesen  
Gründen find dem Zweigverein Berlin 3400—3500 Mitglieder  
verloren gegangen und circa 1000 find dem Verbands unteren  
geordnet, indem sie Streik- oder Disziplinsbruch verübten oder  
aus anderen Gründen dem Verbands den Rücken kehrten.  
Die Mitgliederzahl des Vereins Berlin betrug am Schlusse  
des vierten Quartals 1906 15784 und zur gleichen Zeit des  
Jahres 1907 11124. Der Gau hatte am Schlusse des dritten  
Quartals 1906 in 195 Vereinen 34420 Mitglieder, an dem-  
selben Zeitpunkt 1907 in 189 Vereinen 30231. Der Rückgang  
betrug also 4009, wovon allein auf den Zweigverein Berlin  
3991 fielen. Auf die einzelnen Sektionen verteilt, haben  
die Maurer 2285, die Puffer 851 und hat die Gips-  
und Zementbranche 355 eingebüßt. Die durchschnittliche Mit-  
gliederzahl im Jahre 1906 betrug 35465 und sie wird im  
Jahre 1907 die Zahl kann sich nur noch um ein geringes  
verändern) 30707 betragen. Das wäre im Jahresdurchschnitt  
ein Mitgliederabgang von 2788. Fünf Vereine lösten sich  
auf: Deutsch Krone, Drossen, Meßeritz, Mühlhausen und Obornitz.  
Die Vereine Ull-Glienitz und Friedrichshagen schlossen sich  
Berlin als Zahlstelle an und nur ein Verein, „Liebenwerda“,  
wurde neugegründet.

Unter den bestehenden Sonderorganisationen  
im Gau war bisher die „freie Vereinigung“ die  
bedeutendste. Sie umfaßte 1906 in 14 Vereinen 2885 Mit-  
glieder und am Schlusse 1907 in 16 Vereinen 2438 Mit-  
glieder. Den Leuten des „Grundstein“ ist es bekannt, daß  
zwischen dieser Organisation und unserem Verbands Einigungs-  
verhandlungen geführt worden sind, die zu unserer aller  
Freude mit vollem Erfolge endeten. Unsere Freude darüber  
wird jeder teilen, insbesondere wenn man noch den weiteren  
„Reichtum“ an Sonderorganisationen und Verbindungen in  
Berlin ansieht. Man möchte rufen: „O Herr! hatte ein mit



deinem Segen! Weide nun zu einem gewaltigen Strom zusammenfließenden Organisationen können sich aufrecht erhalten, daß das unerschöpfliche Kapitel der Doppelorganisation gleichgültig als geschlossen betrachtet werden kann, und Aufgabe aller Mitglieder muß es nun sein, das hinter uns Liegende zu vergeffen und eifrig und offen und gegenseitig Vertrauen zusammenzuarbeiten für das gemeinsame Ziel. In diesem Sinne heißen wir unsere neuen Mitglieder, die eigentlich alte Kampfgenossen sind, in unserer Gauorganisation herzlich willkommen.

Von der „Freien Vereinigung der Kleinfertiger Deutschlands“ besteht in Berlin ein Ortsverein, der 300 Mitglieder zählt. Auch diese Organisation steht mit dem Verbande in Einigungsverhandlungen, die aber bis zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind. Aus der Sektion der Gips- und Zementbranche unseres Verbandes schied ein Teil der Betonarbeiter aus, weil sie sich von „der Last befreien wollten“, die statutenmäßigen Beiträge während des Streiks zu bezahlen. Sie gründeten eine lokale Organisation, die 50—60 Mitglieder zählt und sich der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ angeschlossen.

Der „Zentralverband christlicher Bauhandwerker“ hat im Bereiche unseres Gaues 1547 Mitglieder, und zwar im Posenen Gebiet in 11 Vereinen 924 (im Vorjahre 832) und in Berlin und 2 Vereinen der Provinz 623 (1906 691) Mitglieder. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen der ersten Halbjahrsabrechnung dieses Verbandes entnommen sind (siehe Nr. 41 der „Baugewerkschaft“), die vielleicht im zweiten Halbjahre noch einige Veränderungen erfahren dürften.

Der „Kirch- und Dürsch-Gewerksverein“ hat in der Stadt Posen nach seiner eigenen Angabe 120 Mitglieder. Damit ist die Organisation, die den Streik als Kampfmittel nicht prinzipiell verwerfen, erschöpft.

Wir haben aber noch eine weitere, und zwar recht bunte Reihe von Verbindungen, die sogar in diesem Jahre noch eine Bereicherung erfuhr. Da ist zunächst der Verein der Berliner Afformaurer. Der „Reichsbote“ in Berlin berichtete am 15. Mai 1907 folgendes:

Der Vorsitzende des Gewerkschaftlichen Vereines der Maurer Berlins schreibt uns:

„Die am 13. d. M. tagende Mitgliederversammlung des Gewerkschaftlichen Vereines der Maurer Berlins und Umgebung nahm folgende Resolution an: Die Versammlung nimmt Kenntnis vom Beschluß der Baugewerksmeister und spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Afformaurer von der Aussperrung betroffen werden sollen, da die Herren Meister sonst bei ihren Streitigkeiten mit den Lohnmännern doch immer zu den Afformaurern kamen, um ihn bitten zu lassen. Die Herren Baugewerksmeister irren sich, wenn sie glauben, daß ohne den Zentralverband der Maurer die Bauten liegen bleiben, denn der größte Teil der Mitglieder sind nur Willkäufer, welche jeden Tag bereit sind, in Afford zu arbeiten, da sie über die Ausbeutung ihrer Führer schon sehr laut murren; ferner sind in Berlin etwa 3000 Afformaurer. Die im christlichen Verein organisierten Maurer und noch einige kleine Organisationen sowie die Masse unorganisierter Maurer genügen für die jetzige Auftragsumkehr vollständig, die Bauten in Berlin fertigzustellen. Der Gewerkschaftliche Verein der Maurer Berlins hält die Ausführung des Baumeisters Geuer zur Begründung der Aussperrung für unzulässig und erbittet in derselben nur einen Gewaltakt der Baugewerksmeister.“

Dieser Verein hat sich somit dem Verbands der Baugewerkschaften zu Arbeitswilligen angeschlossen, und letzterer ließ sich auch erweichen und trat mit ersterem in Verhandlung, die, wie bekannt, zum Abschluß eines Affordtarifes führten. Sie wurden während des Streiks und auch noch nach demselben in jeder Weise protegiert. Allerdings scheint aber einigen dieser Maurer ihre Rolle nicht mehr zu begehnen. Sie meinen, daß die gemachten Versprechungen nicht erfüllt worden wären und daß sie in ihren Erwartungen bitter getäuscht worden seien. Nun, das ist vor ihnen schon anders, „braven“ Arbeitern zu ergangen. Ob sie in Zukunft den Willen und die moralische Kraft besitzen, andere Wege zu wandeln, muß abgewartet werden; in ihren und im allgemeinen Interesse wäre es dringend zu wünschen. Der Verein zählt zur Zeit zwischen 6—700 Mitglieder, von denen aber jetzt nur die Hälfte in Afford arbeitet. In Charlottenburg, Pantow, Hitzdorf und Westensee sollen noch kleine Klubs bestehen. Der Klub in Charlottenburg, erluchte umlagend den Verband der Baugewerkschaft, als Vertragskontingent anerkannt zu werden. Es ist ihm geraten worden, dem Berliner Verein beizutreten: das will der 28 Mitglieder zählende Verein aber nicht, weil er seine Selbständigkeit und seine 33 große Kassen nicht aufgeben möchte. Der Berliner Verein erhebt ein Eintrittsgeld von 2 und einen monatlichen Beitrag von 50 Pf. und besitzt einen Kassenbestand von 700. Neuerdings ist die Krankenunterstützung eingeführt worden; er will von der vierten bis zur zehnten Krankenvoche eine Unterstützung von 4 pro Woche zahlen. Tann kommt die „katholische Fachabteilung“, die in Berlin etwa 50 und in Schneidemühl 7 über 8 Maurer als Mitglieder besitzt.

Ihr folgt die sogenannte „gelbe Organisation“ unter Leitung des Gegenoffen Lebus und mit dem Fachorgan „Der Hund“. Diese wurde während des Streiks gegründet und begann ihre Tätigkeit mit recht großem Getöse: sie ist aber jetzt recht merkwürdig still geworden. Die Mitgliederzahl wird ein Bauernschopf nicht weit übersteigen.

Die im Posenen erbe bestehenden Sonderbinden, der „Verein der Harmlosen“ und die „Mauern“, der letztere zählte im vorigen Jahre 250 und der letztere 100 Mitglieder, dürften durch die Protektion, deren sie sich während des Kampfes als Arbeitswillige erfreuten, um ein Geringes zugenommen haben. Der „Baterländische“ Arbeiterbund hat auch 50 Maurer unter seinen Mitgliedern.

In Cottbus gehörten dem Meisterverein ungefähr 100 Maurer an. Ein gleiches Gebilde entwickelt sich in Forst, es führt den Namen „Alles Gewerks“ und ist mehr eine Unterstützungskasse. Ursprünglich von den Meistern gegründet zu dem Zwecke des Unternehmenschutzes gegen die Bestrebungen des Verbandes, entwickelt sie sich doch nicht recht nach dieser Seite. Im Sorau besteht immer noch neben dem Zweigverein unseres Verbandes der alte jüdischeste Gesellenverein, dem 40 alte Maurer und Poliere angehören. Ein gleiches Gebilde wie in Cottbus und Forst wurde in Schrimm im Anschluß an eine Lohnbewegung errichtet, das aber kaum noch leben

dürfte. Der Polnische Berufsverband, der in Posen als Streikbrecherorganisation während der Aussperrung 1905 errichtet wurde, hat das Heilighaus verlassen. Dieser Verband hat noch in Schroda und Mieloslaw zusammen einige 20 Mitglieder. Damit dürfen wir diese Musterkassen schließen.

Der Verlauf der Lohnbewegungen im ganzen Gau stand wesentlich unter dem Einfluß des Berliner Kampfes. Bei der engen Interessengemeinschaft zwischen den Mitgliedern in der Provinz und in Berlin ist dies auch leicht erklärlich. Aus weit über 100 Zweigvereinen des Gaues arbeiten Mitglieder im ganzen Jahre oder teilweise im Sommer im Berliner Lohngewerbe. Für diese Zweigvereine ist es bei der Durchführung ihrer geplanten Lohnbewegungen von großer Bedeutung, ob ein Teil der Mitglieder im Berliner Gebiet seine gewohnte Beschäftigung finden kann oder infolge Aussperrungen und Streiks gezwungen ist, den alten Arbeitsplatz zu meiden und in dieser Zeit in der Heimat Beschäftigung zu suchen. Das Angebot von Arbeitskräften ist naturgemäß in der Provinz dann stärker und bei den Unternehmern wächst damit auch die Neigung, den gestellten Forderungen größeren Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Umstand machte sich schon bei den Verhandlungen bemerkbar. Während die Unternehmer in den früheren Jahren darauf drängen, daß die Verhandlungen möglichst schon in den Wintermonaten abgeschlossen werden, bemühen sie sich in diesen Jahren, die Verhandlungen hinauszuschieben. Man wollte erst den Verlauf der Berliner Bewegung abwarten. Auf die Berliner Bewegung selbst gehen wir nicht ein. Es ist nicht möglich, diese Bewegung erschöpfend in dem uns für den Bericht zur Verfügung stehenden Raum zu behandeln. Die Zweigvereinsleitung in Berlin beabsichtigt aber, in nächster Zeit eine Broschüre herauszugeben, in der der Kampf im Berliner Baugewerbe ausführlich geschildert wird.

Forderungen wurden in 78 Vereinen mit 82 Lohnbezirken eingereicht. Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen fanden in 60 Bezirken statt, die in 55 Fällen mit Vertretern der Organisation, in einem Falle direkt zwischen den Parteien geführt wurden. In 54 Vereinen, gleich 69,25 pZt., kam es zu einer Verständigung. Hierbei wurden 33 Arbeitsverträge abgeschlossen; in 21 Vereinen wurden mündliche Vereinbarungen getroffen. Durch Streiks wurden 16, gleich 10,26 pZt., und durch Jurisdiktion der Forderung 8, gleich 10,26 pZt., erledigt. Von den 11 Angriffstreiks, 3 Aussperrungen, 1 Aussperrung mit Angriffstreik und 2 partiellen Streiks endeten 7 mit vollem, 7 mit teilweisem und 2 ohne Erfolg. Arbeitsverträge wurden 10 abgeschlossen. Von den 13 Bewegungen hatten somit 68 gleich 87,18 pZt. mit ganzem oder teilweise Erfolg geendet. Hierzu dann noch 33 Angriff und Abwehrstreiks, von denen 20, gleich 60,60 pZt., mit Erfolg und 13, gleich 39,40 pZt., ohne Erfolg verliefen. In Mitleidenschaft gezogen wurden unsere Mitglieder in 10 Fällen und zwar: durch Bauarbeiterstreiks 7 mal, durch Streiks und Aussperrungen des Fabrikarbeiter und des Holzarbeiterverbandes je einmal und die Sektion der Gips- und Zementbranche anläßlich des Berliner Kampfes. Weiter war es möglich, bei 64 Landunternehmern in 23 Bezirken die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Es ist dies wieder ein Schritt vorwärts zu dem von der Konferenz aufgestellten Ziele, für die jedem Zweigverein zugewiesenen Lohnbezirke gleiche Löhne bei einheitlicher Arbeitszeit durchzusetzen. In 29 Bezirken stand noch, ohne offiziell Forderungen zu stellen, Lohnaufbesserungen und Verkürzungen der Arbeitszeit zu verapfassen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich in solchen Bezirken mit der Zeit der Einfluß der besser gestellten Nachbarbezirke geltend macht. Auch der Umstand, daß in diesem Jahre viele sonst in Berlin beschäftigte Maurer in der Heimat bleiben mußten und dort von den Unternehmern einige wenige an Lohn mehr erhielten, hat zu der „freiwilligen“ Erhöhung beigetragen. Insgesamt erstreckte sich die Lohnbewegung auf 29.545 Kollegen, ihr Erfolg war außer verschiedenen Werbestärkungen für 9763 Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3,96 Pf. pro Stunde.

Die nicht unbedeutende Zahl von Lohnbewegungen führt ganz von selbst dazu, daß ein großer Teil der Agitationsarbeit hierbei mit erledigt werden muß. Die Möglichkeit zur Bearbeitung von „Neuland“ ist außer im Bezirk Posen im übrigen Gau nicht vorhanden. Wo es sich noch um organisationslose Orte handelt, haben schon früher einmal Organisationen bestanden: leider waren die Kollegen dort auch in diesem Jahre nicht zu bewegen, wieder mit Hand aus Werk zu legen. Der Gauverband richtete deshalb seine Tätigkeit darauf, den Ausbau der vorhandenen Organisationen zu fördern. Im März wurden allen Vorständen in einem Rundschreiben einheitliche Leitfäden übermittelt, wonach bei der Flugblattverbreitung im Frühjahr und bei der damit verbundenen Hausagitation zur Gewinnung neuer Mitglieder gearbeitet werden sollte. Das Flugblatt des Gauverbandes kam in 42000 Exemplaren zur Verbreitung. Für die politisch sprechenden Kollegen im Bezirk Posen ist außerdem ein Flugblatt in polnischer Sprache in mehreren tausend Exemplaren ausgegeben worden. Die dann später über die Durchführung und den Erfolg dieser Agitation aufgenommene Statistik ergab, daß in allgemeinen gut gearbeitet worden war. Den noch vorhandenen Mängeln in der Zukunft abzuheben, muß Aufgabe der nächsten Konferenz sein. Anschließend daran wurden die 23 Lohnbezirke, in denen der Stundenlohn noch unter 35 Pf. betrug, sowie die 20 Bezirke, in denen am Anfang des Jahres noch eine Arbeitszeit über 10 Stunden bestand, schriftlich und mündlich bearbeitet, um die Kollegen zu veranlassen, die Beschlüsse der neunten Konferenz durchzuführen. In derselben Weise wurden auch wieder die Bezirke, wo noch bei den Landunternehmern eine längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne üblich sind als im Vorort des Zweigvereins angeregt, in geeigneter Weise die Zustände zu beseitigen. Durch Bauten- und Geschäftsbewegungen war es möglich, auch hier Werbestärkungen zu erreichen, auf die schon hingewiesen worden ist. Im Juli fanden sieben Bezirkskonferenzen statt, um den Vorständen nochmals die Gründe zu unterbreiten, die zur Ausschreibung des Extrabeitrages führten. Die Mehrheit der Delegierten, die gleichzeitig auch die überprozentige Mehrheit der Mitglieder des Gaues repräsentierte, verpflichtete sich, für strikte Durchführung der Beschlüsse einzutreten. Eine Anzahl Versammlungen, die sich aus diesem Grunde nötig machten, haben wesentlich zur Klärung beigetragen. Zur Belebung der Herbstagitation wurden 85 Versammlungen mit dem einheitlichen Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ abgehalten. Der

Zweck war, die Mitglieder von der veränderten Situation im Wirtschaftsbereich zu informieren und ihnen Ratsschlüsse zu geben, wie dem damit sehr leicht verbundenem Mitgliederverlust entgegen gearbeitet werden muß. Bei dieser Agitation ist besonders Gewicht darauf gelegt worden, gerade die Vereine zur Abhaltung von Agitationsversammlungen zu drängen, die nach Ansicht des Gauverbandes in dieser Beziehung nicht immer das Nötigste leisteten.

Außerdem wurden den Vorständen gleichzeitig mit den Quartalsberichten Rundschreiben überandt, die in zweck entsprechender Weise Anregungen zur Agitation und Organisation geben sollten. Dabei muß konstatiert werden, daß wir in einer Frage trotz aller Heden und Schreiben nicht vorwärts kommen. Nämlich in der Agitation zur Einführung der Hausflüssigkeit. Dieser Frage legen leider die meisten Vorstände zu wenig Bedeutung bei, obwohl es gerade jetzt in der Zeit der schlechten Konjunktur doppelt notwendig wäre, eine gut ausgebaute Hausflüssigkeit zu haben. Die Vereins- und Versammlungsstätigkeit gestaltete sich wie folgt: Mitgliederversammlungen wurden 2234 und öffentliche Versammlungen 152 abgehalten. Vorstandssitzungen fanden 1293 statt. Kassenrevisionen durch den Zweigvereinsvorstand wurden 969, durch die Revisionen 1014 vorgenommen. Seitens des Gauverbandes wurden zu Agitationsversammlungen und Besprechungen 470 mal Kollegen als Referenten entsandt. Weiter waren Vertreter des Gauverbandes bei Lohnbewegungen und zu ihren Beratungen und Verhandlungen 301 mal, bei statistischen Aufnahmen 18 mal, zur Herstellung von Verbindungen 17 mal und zu Extraversammlungen und Abrechnungen 85 mal tätig.

Nachdem in den letzten Jahren eine Besserung im Kassenwesen konstatiert werden konnte, scheinen die Vorstände in einer Reihe von Zweigvereinen ihre Tätigkeit nicht mehr mit dem genügenden Pflichtbewusstsein ausüben zu haben. Bei der Herbstagitation wurde vor jeder Versammlung eine Sitzung mit der örtlichen Verwaltung abgehalten, um den vorhandenen Mängeln in der Buchführung abzuheben und eine gründliche Revision vorzunehmen. Trotzdem wurden uns kurz nachher Unterschlagungen aus Vereinen gemeldet, wo die Kasse noch vordem in Ordnung befunden worden war.

Seit vier Jahren machen wir Erhebungen über Bibliotheken in den Zweigvereinsorten. Wenn auch unsere Kollegen dieser Sache bisher ziemlich reserviert gegenüberstanden, so ist in diesem Jahre doch eine Besserung festzustellen. Es sind wiederholt Ratsschlüsse zu zweckmäßiger Einrichtung kleiner Bibliotheken eingelegt und auch praktische Neuanordnungen gemacht worden. In den größeren Städten des Gaues geht man immer mehr dazu über, die vereinzelten kleinen Bibliotheken der Gewerkschaften zu karstell- oder Arbeiterbibliotheken zu vereinen. Dadurch ist unseren Kollegen jetzt die Möglichkeit geboten, in 21 Städten gemeinsame Bibliotheken mit 300 und mehr Bänden benutzen zu können, während 1904 nur neun solcher Einrichtungen im Gau vorhanden waren. Auch die Zahl der Vereine, die selbst kleine Bibliotheken haben, ist im letzten Jahr von 52 auf 67 gestiegen, ebenso die Zahl der Bände von 2400 auf 2825. Hierbei kann noch ganz bedeutend nachgeholfen werden.

Wie in den vorigen Jahren hatte der Gauverband auch diesmal einige statistische Arbeiten auszuführen resp. daran mitarbeiten. Es waren das: 1. Statistiken über Lohn- und Streikbewegung und deren Ergebnisse im Jahre 1907. 2. Statistik über Lohn und Arbeitszeit, Zahl der Gesellen und Lehrlinge bei allen im Gau wohnenden Unternehmern, einschließlich der Landunternehmer, geordnet nach Lohnbezirken und Namen der Unternehmer. 3. Einen Fragebogen betreffend: a) die Frühjahrshausagitation und die Flugblattverbreitung; b) die Meister. 4. Vier Quartalsberichte nebst Jahresgeschäftsbericht über Mitgliederzahlen, Mitgliederbewegung, Beitragszahlung und Beitragsfestsetzung, sowie mit allgemeinen Fragen, die die Bewegung des vergangenen Jahres betreffen.

Wenn es auch der häufige Wechsel in der Leitung der Zweigvereine mit sich bringt, daß einige Vorstände wiederholt gemacht werden müssen, die gewünschten Antworten präziser zu erledigen, so ist das in den Jahren gewonnene Material doch so wertvoll geworden, daß wir diese Hilfsmittel nicht entbehren können. Andererseits ist auch der Umstand, daß die Vorstände bei der Beantwortung der Fragen genötigt werden, sich eingehender mit der Materie zu befassen, für sie selbst außerordentlich wertvoll. Sie sehen die Mängel in ihren Bezirk klar vor sich und können mit einigermaßen gutem Willen befreit eingreifen.

Am 31. Januar 1907 richtete das Reichsversicherungsamt an die Vorstände der Baugewerks-Berufsgenossenschaften ein Rundschreiben, in dem auf die Notwendigkeit einer verschärften Bautenkontrolle hingewiesen und angeordnet wurde, in Zukunft Extraverordnungen seitens der technischen Beamten des Amtes anzuordnen. Dies Rundschreiben hat den ganzen Zorn des Herrn Feilsch entzündet. In einem Zirkular vom April 1907 sucht er nachzuweisen, daß diese Maßnahme überflüssig sei. Gleichzeitig benützt er dabei die Gelegenheit, um gegen die Forderung nach Beteiligung der Arbeiter an der Bautenkontrolle von neuem scharf zu machen. Es heißt in dem Zirkular: „Wann die Baugewerks-Berufsgenossenschaften Arbeiter als Bautenkontrolloren nun einmal nicht wollen, das haben sie im Laufe der Jahre hundertfach nachgewiesen. Der hauptsächlichste Grund besteht darin, daß sie von der Übertragung der Bautenkontrolle oder eines Teiles derselben an die Arbeiter mit Recht eine Beinträchtigung des Arbeiterchutzes, für den sie bisher soviel getan haben, befürchten. Bauaufsicht ohne hinreichende technische Vorbildung, die lediglich die praktische Erfahrung eines Arbeiters besitzen, würden nicht in der Lage sein, eine einigermaßen zutreffende Kontrolle auszuüben.“ — „Es wäre an sich auch wünschenswert, Meister durch Poliere, Gesellen oder Arbeiterkontrolloren zu lassen.“ Das ist der ganze Feilsch!

Der „Runderlaß des preussischen Staatsministeriums“ vom 17. Juli 1907 an die Regierungspresidenden: „Erweiterte Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend Arbeiterflüssigkeit auf Bauten“ scheint den Behörden in unserem Gau wenig zu imponieren. Aus 21 Bezirken wurde uns gemeldet, daß die Behörden keinerlei Kontrollen auf Bauten ausüben. Mißstände beim Wohnungsbaue sowie an sanitärer Hinsicht sind dort aber besonders stark vorhanden. Die Kollegen in Cöpenick und Senftenberg haben diesbezügliche Anträge an den Magistrat und die Polizeibehörden gestellt; Antworten sind darauf nicht gegeben, ebenso wenig ist etwas unternommen worden, das geeignet wäre, dem alten Schandnamen



abzuhelfen. In Frankfurt a. d. O., Wittenberge und einigen anderen Orten waren unsere Kollegen gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen und die betreffenden Bauten so lange zu sperren, bis bessere Mäntungen gebaut wurden. Wir können unseren Kollegen nur empfehlen, mehr als bisher darauf zu dringen, das Amt der Mäntungen im Sinne des Ministerialerlasses an die örtlichen Behörden gestellt werden.

Der Gau müßte nicht preussisches Gebiet sein, wenn wir nicht auch der polizeilichen Maßnahmen gedenken wollten.

Die Lokalabtreiberer steht im Bezirk Posen immer noch in der Blüte. Nur ganz wenige Orte genießen den Vorzug, von der „Freiheit des Versammlungsrechtes“ Gebrauch machen zu können. Die meisten Zweigvereine müssen auf alle erdenkliche Arten versuchen, ihre Vereinsangelegenheiten zu erledigen. In allen Fällen stehen sich die Polizeibehörden hinter die Wirtin, drohen mit Herabsetzung der Polizeistunde und erreichen damit, daß uns die Lokale verweigert werden. In Schmiegel führten wir einen Streit. Ein Gendarm veranlaßte den Gastwirt Schwarz in Robaczyn, uns sein Lokal zu verweigern. Dieser eilt preussische Befehl wurde prompt ausgeführt und der Streit ging verloren, weil keine Möglichkeit war, mit den Kollegen zusammenzukommen. Der Grünberger Zweigvereinsvorstand und der Vertrauensmann des Gaus aus Posen wurden vor Gericht gestellt, weil sie eine Versammlung in einer Wohnung abhielten; sie mußten aber freigesprochen werden, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert worden waren.

Aus Magdon erhielt unser Vertrauensmann einen Strafbefehl über vier Wochen Gefängnis, weil er mit einigen Maurern gemeinsam Bier getrunken und sich mit den Maurern unterhalten hatte. In den weiteren beiden gerichtlichen Verfahren wurde die „Strafe“ auf 50 Geldstrafe ermäßigt. Ausschlaggebend war zur Bestrafung das politische Glaubensbekenntnis des Angeklagten. Danach würde jede Anwesenheit von bekannten Persönlichkeiten strafbar sein. Gegen dies Urteil wurde Berufung beim Kammergericht eingelegt, das die Sache wegen einiger Formfehler an die erste Instanz zurück verwies.

In Pinne haben sich die Kollegen seit Jahren ohne Versammlungen behelfen müssen, da ihnen kein Lokal zur Verfügung steht. Der Bürgermeister hat den Gastwirten persönlich in seinem Bureau eröffnet, wie gemeingefährlich Maurerversammlungen seien und ihnen im Falle von Zuwiderhandlungen die Beschränkung der Polizeistunde in Aussicht gestellt. Die Kollegen bekamen aber ein Lokal im benachbarten Chorchemo. Der zur Überwachung amesende Distriktskommissar mit zwei Gendarmen, ersterer in der Uniform eines Referendents, verlangte die sofortige Entfernung sämtlicher Stühle und Bänke. Als die Kollegen das Lokal abermals haben wollten, teilte ihnen der Wirt mit, daß sein Lokal nach dem Befunde durch den Distriktskommissar nicht mehr „vorschriftsmäßig“ sei und daher keine Versammlung stattfinden könne. (Siehe auch Nr. 8, Bericht von Pinne.) Im übrigen Teil des Gaus können wir in 20 kleinen Landstädten kein Lokal zu Versammlungen bekommen. Auch hier müssen die Mitglieder ihre Geschäfte recht und schlecht in den Wohnungen erledigen. Die Arbeiterschaft in Lübben verfuhr durch Boykott ein Lokal zu erringen. Sie verbreitete Flugblätter und stellte Posten aus. Für diese Handlung verurteilte das Amtsgericht neben anderen Arbeitern auch zwei Maurer zu je 100 Geldstrafe. Gegen dieses Urteil ist selbstverständlich Berufung eingelegt. Insgesamt stehen uns im Gau in 25 Bezirken keine Lokale zur Verfügung.

Unklüglich des Kampfes im Berliner Baugewerbe waren 41 Kollegen mit dem Staatsanwalt in Konflikt geraten. Die Anlagen lauteten wie üblich: „Vergehen gegen § 153 G.O.“, „Mittägen“, „Verleumdung“, „Grober Unfug“ usw. In 8 Fällen wurden die Kollegen freigesprochen, 1 Fall endete mit einem Vergleich und in 27 Fällen erfolgte die Verurteilung. Insgesamt wurden über diese Kollegen 3 Jahre, 6 Monate, 6 Wochen und 16 Tage Gefängnis und 4.758 Geldstrafe verhängt. Außerdem erhielt die Polizeibehörde 145 Strafmandate im Betrage von 8.175,50.

Die Geschäfte des Gausvorstandes wurden in 11 Sitzungen erledigt. Revisionen der Gausliste fanden 7 statt. Die Korrespondenz umfaßt zusammen 932 Sendungen. Der Eingang betrug 3592, der Ausgang 5440 Sendungen aller Art.

Mitgliedschaften des deutschen Arbeitgeberbundes und lokale Unternehmervereinigungen bestanden im Gau:

Im Jahre 1903 an 23 Orten mit 932 Mitgliedern	
1904	32
1905	34
1906	34
1907	32

Diese 32 Vereine erstreckten sich auf 39 Lohnbezirke. In 10 Vereinen blieb die Mitgliederzahl die alte, 7 Vereine nahmen an Mitgliedern zu, während 15 Vereine eine Abnahme der Mitgliederzahlen aufwiesen. Die Organisation in Wronowitz ist neu gegründet. Bernau löste sich auf; Treuenbriezen war schon 1906 ein Verein ohne Mitglieder; in diesem Jahr ist er wohl deswegen im Verzeichnis nicht mehr aufgeführt. Die früheren lokalen Unternehmerverbände in Freienwalde, Fürstberg a. d. O., Meseritz und Bieleznitz haben sich in diesem Jahre dem „Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ angeschlossen. Die Arbeitgeber in Forst dagegen sind aus der Zentralisation ausgeschieden und bilden wieder einen Unternehmerverband für sich. Insgesamt sind der Zentralisation 29 Vereine angeschlossen; drei Vereine bilden lokale Organisationen.

Wir schließen mit der Abrechnung der Gausliste:

Einnahme	
Kassenbestand vom Jahre 1906	M. 20898,62
Auslagen für Leitung und Überwachung von Streiks	1194,25
Beiträge der Zweigvereine	5912,96
Sonstige Einnahmen:	
a) durch Silberbachmidt zurück M. 934,65	
b) Zinsen	652,28
Summa	M. 29687,78

## Ausgabe.

Beamteneigenschaft	M. 6710,—
Eingegangener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	2945,25
Däten	4881,—
Fahrtgeld	3819,70
Druckkosten	186,45
Porto und Schreibmaterial	554,28
Beschaffung an Vertrauensleute zur Agitation	298,50
Bureauunterstützung, Reinigung, Licht, Heizung	924,79
Veränderung der Angehörigen	88,—
Zeitung und Bücher	115,78
Revisionen und Sitzungen des Vorstandes	118,—
Summa	M. 19576,76

## Abchluss.

Einnahme	M. 29687,78
Ausgabe	19576,76
Bestand	M. 10010,98

Davon sind per Bank belegt M. 7073,61.

## Der Gausvorstand:

H. Silberbachmidt, Vorsitzender, Otto Lehmann, Kassierer.

## Die Revisoren:

Mag Anton, Wilhelm Lemm.

## Gau Dresden.

Die Lohnbewegung im Jahre 1907 sowie der jetzige Stand des Lohnes und der Arbeitszeit sind den Kollegen in dem im Herbst herausgegebenen Flugblatt geschildert worden. Ueber die Bautätigkeit ist in Nr. 2, Seite 17, des „Grundstein“ bereits berichtet worden. Die Mitgliederzahl und Finanzverhältnisse werden die Mitglieder nach einigen Wochen im Vorstandsbereich finden. Wir haben daher nur noch zu berichten, daß 307 Briefe, 234 Karten, 8 Telegramme, 9 Pakete und 17 Drucksachen eingegangen und 556 Briefe, 232 Karten, 26 Telegramme, 6 Postanweisungen, 48 Pakete und 1462 Drucksachen versandt worden sind.

Die Kassenverhältnisse sind folgende:

## Einnahme.

Kassenbestand am Jahreschlusse 1906	M. 6139,88
Vom Vorstand an Beiträgen auf Grund des Statuts	4579,28
Beiträge der Zweigvereine	13-6,80
Für Streikleitung zurück	189,35
An Zinsen	130,—
Summa	M. 12424,51

## Ausgabe.

Für Beamteneigenschaft	M. 1900,—
entgangener Arbeitsverdienst	361,73
Däten	1979,40
Fahrtgeld	1236,83
Wiese, Heizung und Heizung	284,65
Druckkosten	113,82
Porto und Schreibmaterial	240,98
Sonstiges	21,95
Summa	M. 6139,36

## Abchluss.

Einnahme	M. 12424,51
Ausgabe	6139,36
Kassenbestand	M. 6285,15

H. Friedrich, Vorsitzender, P. Bürger, Kassierer.  
Oskar Weisner, Ernst Glöckner,  
August Schneider, Friedrich Gottschalk, Revisoren.

## Gau Gurlitz.

Wie das Jahr 1906, stand auch das Berichtsjahr im Zeichen industrieller Misserfolge. Infolgedessen war auch die Bautätigkeit mit wenigen Ausnahmen fast das ganze Jahr hindurch recht lebhaft. Ein bedeutender Teil der guten Konjunktur fällt auf Neuanlagen sowie Erweiterung industrieller Werke und Vertriebsanlagen. Ein großer Bau wird in diesem und den folgenden Jahren ausgeführt werden: die Bahnhofsperre bei Mauer, die größte des Kontinents. Jedoch wird diese Arbeit unseren einheimischen Kollegen wenig nützen, weil solche Arbeiter gewöhnlich von Italienern ausgeführt werden.

Die Lohnbewegung gestaltete sich recht lebhaft. Schon im zeitigen Frühjahr richteten die Kollegen überall ihre Forderungen an die Unternehmer. Dies geschah in 24 Lohnbezirken. Alle Lohnbewegungen endeten mit teilweisem Erfolg, mit die von Saynau und Freimadde konnten mit vollem Erfolg durchgeführt werden. Beiträge wurden für 7 Lohnbezirke abgeschlossen, davon 2 auf 1 Jahr und 5 auf 2 Jahre. Auch in Gurlitz wurde ein Vertrag auf 2 Jahre abgeschlossen, aber nicht mit den dazu berechtigten Körperschaften, den Organisationen des Baubereichs, sondern mit der Polizeiverwaltung. Was diese mit Vertragsabschlüssen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu tun hat, bleibt wohl nur ihr und den Gurlitzer Unternehmern verheimlicht. Die Gesellschaftslehre sich natürlich nicht daran. Der ominöse Vertrag ist bereits in Nr. 20 Seite 250 des „Grundstein“, Jahrgang 1907, veröffentlicht. In Versdorf wurde die Forderung durch den Gausvorstand an den dortigen Baumeister Müller gestellt. Das ärgerte ihn dermaßen, daß er sie sofort postwendend mit dem schriftlichen Bemerkten: „Eingegangen am 12. 2. 07, ausgegangen am 12. 2. 07“ an den Abfender zurücksandte. Natürlich hatte er die Forderung vorher durchgesehen und sich auch zum Teil danach gerichtet, denn es folgten 2,3 Lohnerhöhung pro Stunde. In Lobau stellte sich der Vertreter des Gausvorstandes auch zur Verhandlung zwecks Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein, wurde aber mit dem Bemerkten: „Gehen Sie nur draußen weiter! abgewiesen. Auch in Neusäß wurde kein Vertreter des Gausvorstandes zur Verhandlung zugelassen. Zu Angriffsverhältnissen kam es in 8 Orten, und zwar in Sagan, Sprottau, Schmiedeberg, Muskau, Gannau und GutsMuths. Die Dauer des Streiks betrug in Sagan 10, in Sprottau 6, in Muskau 6, in Gannau 4 Wochen, in Schmiedeberg 1 Woche und in GutsMuths 3 Tage. Fünf Streiks endeten mit teilweisem und einer mit vollem Erfolg: für die Kollegen. Wegen Lohn-

reduzierung mußte die Arbeit eingestellt werden in Primtenau am Bau Henriettenthl. Die Arbeitseinstellung dauerte 14 Tage und war ohne Erfolg. In Niesitz wurde der Baumeister Andrich zwei Tage mit Erfolg gestoppt. In Weißwasser hatte die Sperrung zunächst den Erfolg, daß der Unternehmer Substanz gegen den sie gerichtet war, eine große Arbeit in den Opfelfeldwerken einbrachte. Ein Erfolg für die Kollegen wurde nicht erzielt; es gab genügend Arbeitswillige. Wegen ungehörigen Betragens des Poliers gegenüber den Gesellen wurde in Baugen die Arbeit zwei Tage mit Erfolg eingestellt. Desgleichen mit Erfolg in Neugersdorf wegen Verächtlichmachung unserer Organisation durch einen böhmischen Maurer. In der Lohnbewegung waren insgesamt 3492 Kollegen beteiligt, für diese wurde ein durchschnittlicher Mehrverdienst von M. 66,91 pro Jahr erzielt, das Jahr zu rund 2200 Arbeitsstunden gerechnet. Die tägliche Arbeitszeit wurde für 796 Kollegen um 1 Stunde und für 382 Kollegen um eine halbe Stunde vergrößert. Von 67 Lohnbezirken besteht in 29 mit 5440 Kollegen die jeztstündige, in 3 Lohnbezirken mit 268 Kollegen die jeztstündige, und in 25 Lohnbezirken mit etwa 1260 Kollegen noch immer die elftündige Arbeitszeit.

Die Agitation wurde rege betrieben durch Versammlungen, in denen über verschiedene agitatorische und belehrende Themen Vorträge durch den Gausvorstand sowie durch von diesem beauftragte Kollegen gehalten wurden. Im Frühjahr wurde das vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugblatt verbreitet, das auch einen guten Erfolg hatte. Im Herbst wurde ein vom Gausvorstand herausgegebenes Flugblatt in 50 0 Exemplaren verbreitet, ebenso ein Flugblatt in 2000 Exemplaren für Fernhalten des Zugzuges nach Berlin während der dortigen Ausperrung. Es wurden auch einige Gegenden aufgesucht, wo noch keine oder keine nennenswerte Organisation besteht; aber ohne Erfolg. Nur in Rothenburg, O.-L., konnte der Anfang zu einer Organisation gemacht werden, deren Besuchen und Gebieten auch für die Zukunft gesichert erscheint.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1906 in 29 Zweigvereinen 4279 und am Schlusse des Jahres 1907 in ebenfalls 29 Zweigvereinen 4781, das ergibt eine Zunahme von 502 Mitgliedern. Der Zweigverein Grendorf hat sich nach einjährigem Bestehen wieder aufgelöst, weil die Kollegen den Wert der Organisation noch nicht erkennen wollten; sie werden aber wiederkommen.

In der Durchführung des Baubezirksgesetzes fehlt es an allen Ecken. Es liegt aber auch vielfach an den Kollegen selbst, wenn die dafür bestehenden bürgerlichen Bestimmungen von den Unternehmern nicht beachtet werden. Die Kollegen sind sehr oft mit den herrschenden Zuständen zufrieden, indem sie nicht ein Wort des Tadels dem Unternehmer gegenüber finden. Es genügt nicht, in den Versammlungen die trüben Verhältnisse zu rügen, sondern es müssen Baulenkontrollen veranstaltet werden, die die vorhandenen Mängel aufdecken und damit müssen wir dann vor die Öffentlichkeit rücken. Das hilft! Mit solchen Feststellungen beschäftigt sich auch manchmal der Staatsanwalt, wie das in Nr. 4 des „Grundstein“ mitgeteilt wurde. Auf Gurlitz bewies. Die Einnahmen und Ausgaben der Gausliste zeigt folgende Abrechnung:

## Einnahme.

Kassenbestand vom Jahre 1906	M. 1036,39
Anteil an den Beiträgen	2639,65
Zufuß aus der Hauptkasse	343,75
Auslagen für Streikleitung zurück	366,10
Beiträge der Zweigvereine	925,28
Summa	M. 5311,17

## Ausgabe.

Gehalt	M. 2040,—
Lohnentgang	149,59
Däten	968,—
Fahrtgeld	927,95
Bureauunterstützung, Heizung, Licht und Heizung	132,50
Porto und Schreibmaterial	75,45
Veränderung für 15 Monate	45,—
Entschädigung des Kassierers	50,—
Flugblätter und Broschüren zur Agitation	72,25
Buchbinderarbeiten	8,—
Sitzungsgelder	6,50
Summa	M. 4475,24

## Abchluss.

Einnahme	M. 5311,17
Ausgabe	4475,24
Kassenbestand	M. 835,93

## H. Deckerth, Kassierer.

## Revisoren:

Bruno Wähld, Gustav Pohl, Wilhelm Hoyer,  
Der Gausvorstand: H. Ruppe, Vorsitzender.

## Gau Lübeck.

Ueber die Bautätigkeit im Jahre 1907 ist bereits in Nr. 3 des „Grundstein“ eingehend berichtet worden. Soweit das ländliche Gebiet in Betracht kommt, ist auch für 1908 eine gute Bautätigkeit zu erwarten. In Schwärin wird jedoch an eine Besserung nicht zu denken sein, obwohl einige ländliche Arbeiter bereits beschäftigt sind. Auch in Wismar und Rostock dürfte eine bessere Arbeitslage zu erwarten sein. Ganz besonders schlecht ist sie jetzt schon in den Badeorten Brunsbüttel und Warnemünde. Wie sich die Arbeitslage in Lübeck entwickeln wird, ist mit Bestimmtheit heute nicht zu sagen. Gelingt es, mit dem Arbeitgeberverband eine Verständigung in den Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, dann ist noch immer eine einigermaßen günstige Bautätigkeit zu erwarten. Gelingt dies aber nicht, dann wird man sicher versuchen, die Arbeit soviel wie möglich zurückzuführen, obwohl ein Wohnungsmangel vorhanden ist. Nach den Angaben des statistischen Amtes waren im November 1907 nur 474 = 1,99 pSt. leerer Wohnungen zu verzeichnen, dagegen im Jahre 1906: 599 = 2,56 pSt., 1905: 827 = 3,6 pSt., 1904: 875 = 3,88 pSt. und 1903: 898 = 4,1 pSt. Das hat dann auch mit dazu beigetragen, daß der Arbeitgeberverband, vereint mit den Hausagariern, die Mieten am Schlusse des Jahres ganz horrend gesteigert hat. Als Vorwand diente natürlich der durch die Geldnot erhöhte Zinsfuß. Wohlweislich hat man ver-



schließen, daß der Arbeitgeberbund in Verbindung mit den Lieferanten schon seit geraumer Zeit dahin wirkte, die Spekulationsarbeiten bis auf ein Minimum einzuschränken.

Die Organisationsverhältnisse sind im Gau unüberändert geblieben. Andere Organisationen haben wir bis jetzt nicht zu verzeichnen. In Maritz, Marlow und Malchow, die einzigen Orte, wo wir im vorigen Jahre nicht eindringen konnten, wurde im Frühjahr eine lebhafteste Hausagitation entfaltet. Wir hatten den Erfolg, die Malchower Mäurer wieder für den Verband zu gewinnen. In den beiden anderen Orten blieb der Erfolg gänzlich aus. Auch in Gadebusch, wo wir nur eine geringe Anzahl Kollegen gewonnen hatten, wurde versucht, weitere Fortschritte zu machen, jedoch vergeblich. Es scheint, als wenn wir es hier mit ganz besonders beschränkten Kollegen zu tun hätten. Im Frühjahr fanden wir folgende Notiz in der Presse: Treue Arbeiter. Die Maurergesellen Franz Möller, H. Milatz, A. Lange, K. Höfner, H. Buller und Köhler sind im Bau-Geschäft des Maurermeisters Böge in Gadebusch ununterbrochen seit 33 bis 43 Jahren tätig. Der medienburgische Baunings-Bezirksverband verlieh ihnen Ehrenurkunden.

Hieraus ist wohl ersichtlich, daß dort noch eine geradezu hühliche Anhänglichkeit vorhanden sein muß, die uns natürlich unsere Agitation sehr erschwert. In Wismar, Rostock, Tril, Sternberg und Zeitzin, wo die Mehrzahl der uns fernstehenden Kollegen sitzt, ist trotz eifriger Agitation kein Fortschritt zu verzeichnen. Auch in Oldenburg i. H. haben die Unternehmer es verstanden, die Mehrzahl der Kollegen abzuwerben zu machen. In Neustadt i. H. mußten wir öfter eingreifen, um alles im Laft zu behalten. Hier fehlt es, wie in so manchen anderen Orten, an umsichtigen Kollegen, die sich mit List und Liebe unserer Sache widmen. Auch die Erhebung des Extrabeitrages brachte einige Beunruhigung mit sich und hat auch auf die Agitation etwas hemmend gewirkt. Die sich in einigen Orten regende Opposition gegen die Extrabeiträge veranlaßte bald durch die bessere Einsicht. Jedemfalls ist unter Gau einer derjenigen mit, wo die Zahlung am promptesten geleistet wurde. Eine Ausnahme macht nur Neustadt i. H., wo die Kollegen aus Gr. Laach in der ordentlichen Weise gegen den Extrabeitrag agitierten und uns dann auch selbstverständlich mit noch einigen anderen Kollegen, bei denen sie Anhang gefunden hatten, den Rücken kehrten. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 61. Die Zahl der Mitglieder betrug im vierten Quartal 1906 38411, im ersten Quartal 1907 3584, im zweiten Quartal 1907 3719 und im dritten Quartal 1907 3571. Die Durchschnittszahl weist mit 3571 gegen das Jahr 1906 ein Mehr von 333 auf. Der Mitgliederbestand war in 12 Zweigvereinen stabil, in 80 stieg er und in 19 ging er zurück. Im Beitragsmarken wurden umgelegt im vierten Quartal 1906 38 644 oder pro Kopf 11,3, im ersten Quartal 1907 15 098 oder 4,2, im zweiten 41 848 oder 11,2, im dritten Quartal 46 222 oder pro Kopf 13,5. Das sind insgesamt 143 812 Beitragsmarken oder pro Mitglied 40,27. Unterhaltungen durch Hilfspfleger sind in zwei Fällen vorgekommen. Mangelfähige Durchführung war auch recht oft vorhanden. Dies ist nicht etwa auf Unkenntnis, sondern auf die Gleichgültigkeit der betreffenden Kollegen zurückzuführen. Ueber den Bauarbeiterstreik ist zu berichten, daß bei der Tätigkeit der Kontrollleure der Berufsgegenständlichkeit noch immer der alte Mißstand besteht. Die Unternehmer haben in den meisten Fällen ein sehr scharfes Nachsehen. Es wurde schnellstens dafür gesorgt, daß dann alles so leiblich hergerichtet war. Nach der Kontrolle tritt der alte Schendrian wieder in sein Recht. Zu Notost wird ein zweiter Baukontrollleur angestellt, und zwar wurde der Maurermeister Zeugow aus Zeitzin hierzu angesehen. Sonst ist alles beim alten geblieben.

Die Lohnbewegung war auch im verfloffenen Jahre sehr umfangreich. Sie umfaßte insgesamt 42 Lohnbezirke mit 16-6 dazu gehörenden Orten. Darin waren bei 272 Unternehmern 2448 Stellen beschäftigt. Die Bewegung war in 41 Bezirken erfolgreich. In 88 Bezirken konnte die Bewegung ohne Kampf beendet werden. Hieran waren beteiligt 208 Unternehmer mit 2114 Stellen. Zum Streik resp. zur Aussperrung kam es in Neustadt, Oldenburg i. H. und Zeitzin. Daran waren bei 11 Unternehmern 112 Stellen beteiligt. Die Streiks hatten vollen Erfolg. Die durchschnittliche Lohnvermehrung, an der in 42 Bezirken 2448 Kollegen teilnahmen, beträgt pro Stunde 4,57 A. Eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde täglich wurde in 10 Bezirken mit 736 beschäftigten Kollegen durchgeführt. Außerdem waren einige Sperren erforderlich, um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Der Arbeitgeberbund für Mecklenburg ist im Laufe des letzten Jahres sehr rührig gewesen. Der neuangestellte Geschäftsführer ist an 108 Tagen zwecks Agitation auf Reisen gewesen. Seit Februar 1907 sollen 134 neue Mitglieder für den Bund gewonnen sein. Die Gesamtmitgliedszahl soll am 12. Dezember 1907 290 betragen haben. Darunter dürften sich nun aber eine ganze Anzahl befinden, die wohl, um den Geschäftsführer wieder loszuwerden, ihren Beitritt erklärt haben, aber bis heute weder Eintritt noch Beitrag bezahlt haben. Außerdem befinden sich manche Unternehmer darunter, die nur selten Beute beschäftigen. Mit dieser Agitation wurde gleichzeitig bei den Unternehmern Propaganda für Schaffung einheitlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen für beide Mecklenburger betrieben. Die Ansichten der Unternehmer in den einzelnen Orten sollte durch einen Fragebogen festgestellt werden, den wir uns bereits in Nr. 41 vom vorigen Jahre näher betrachtet haben.

So gut es nun der Arbeitgeberbund mit seinen Mitgliedern gemeint hat, so wenig Verständnis scheint er hier und da gefunden zu haben. Im Protokoll der Vorstandssitzung vom 12. Dezember heißt es zu Punkt 4 der Tagesordnung, Gemeinamer Lohntarif: Es konnten keine bestimmten Beschlüsse gefaßt werden, weil einerseits die ausgetauschten Fragebogen noch nicht aus allen Städten zurückgekehrt seien, andererseits diese Sache nochmals in der heutigen Generalversammlung eingehend besprochen werden müsse, um die Ansichten der Mitglieder aus den einzelnen Städten kennen zu lernen. In dieser Generalversammlung wurde zunächst Bericht erstattet von der geheimen Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes. Anschließend beantragte dann der Vorstand, für beide Mecklenburger nachfolgende Anträge als Richtschnur zu betrachten:

1. Nach der heutigen Geschäftslage ist zu empfehlen, Lohnsätze nur für ein Jahr und nach dem vorliegenden Schema abzuschließen;
2. Die jetzigen Löhne bleiben unverändert, es sollen keine Lohnabzüge gemacht werden, aber auch keine Lohnvermehrungen stattfinden.

Aus dem uns vorliegenden Protokoll ist nun keineswegs ersichtlich, ob diese Beschlüsse wirklich zur Abstimmung resp. Annahme gelangt sind. In der Hauptsache hat es sich um die Frage gedreht, ob bei Abschluß von Verträgen die Organisationen anerkannt werden sollen. In erster Linie waren es die Notoder Unternehmer, die im Auftrage ihrer sämtlichen Mitglieder dafür eintraten, Verträge mit den Arbeiterorganisationen abzuschließen. Sie stellten hierzu den Antrag:

Der Vorstand ist zu ersuchen, wenn auch nur für Notost, mit dem Vorstand der Arbeitermergerorganisation in Verbindung zu treten, so daß der Abschluß des Lohnvertrages zwischen Arbeitgeber und Stellen unter Leitung und Genehmigung der beiden Hauptvorstände stattfindet und, weil der Hauptvorstand in Berlin verbleibt, noch nicht so weit ist, der Vorstand unseres Verbandes, an dessen Stelle tritt."

Für diesen Antrag sprachen als Redner bis auf Herrn Biesenthal-Schwerin. Dieser Herr konstatierte, daß der Antrag Notost sehr bedenklich sei. Bisher habe man gerade die umgekehrte Politik verfolgt (Abschluß der Organisationen bei Lohnverträgen), und weil die event. entstehenden Folgen heute noch nicht zu übersehen seien, müsse er entschlossen davon warnen, diesen Antrag auf alle Städte auszuheben. Er fand aber anscheinend recht wenig Anhang mit seinen Ausführungen, denn der Antrag Notost wurde gegen eine Stimme angenommen. Da durch die Annahme dieses Antrages nur Notost eine Ausnahme machte, war es erklärlich, daß nun auch die Frage ausstand, was denn nun mit den kleinen Städten geschehen solle. Um auch diesen gerecht zu werden, wurde vom Vorstehenden Giese der Vorschlag gemacht, das Wort "Notost" zu streichen und dadurch die Gültigkeit auf alle Städte auszudehnen. Auch dieser Vorschlag wurde gegen zwei Stimmen angenommen, so daß der Antrag dann in folgender Form angenommen wurde:

"Der Vorstand unseres Arbeitgeberverbandes wird beauftragt und bevollmächtigt, mit dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes in Berlin bezw. mit den Zentralvorständen der Arbeiterorganisationen zwecks Regelung des Tarifvertrages verhandlungen in Verhandlungen einzutreten."

Somit war die Einleitung für die im Jahre 1908 zu erwartende Bewegung bis zum Jahresabschluß gegeben. Was sich später ereignet hat, werden wir in unserem nächsten Bericht im Zusammenhang angeben. Soviel wollen wir jedoch schon heute bemerken, daß wir uns gegen jegliche Verschönerung, die man uns etwa aufzwingen versuchen sollte, energig wehren werden.

Die Korrespondenz war ziemlich umfangreich. Es sind eingegangen: 619 Briefe, 143 Postkarten, 84 Drucksachen, 22 Pakete, 13 Postanweisungen und 16 Telegramme. Strafporto mußten wir in 5 Fällen bezahlen. Ausgegangen sind: 833 Briefe, 282 Postkarten, 24 Telegramme, 4 Postanweisungen, 5 Pakete und 112 Drucksachen.

Die Ausgaben und Einnahmen der Kasse lassen wir nachstehend folgen:

Einnahme.	
Kassenbestand am 1. Januar 1907	M. 1140,60
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
a) Aus Beiträgen auf Grund des Statuts	" 2157,20
b) Zuschuß	" 1822,46
c) Ausgaben für Streitleitung zurück	" 268,30
Beiträge der Zweigvereine	" 744,-
Sonstige Einnahmen	" 17,40
<b>Summa</b>	<b>M. 5649,96</b>
Ausgabe.	
Gehalt der Beamten	M. 2085,-
Entgangener Arbeitsverdienst an Kollegen	" 4,80
Diäten	" 1588,-
Fahrtgeld	" 1261,80
Drucksachen	" 100,-
Porto und Schreibmaterial	" 167,53
Zuschuß an Zweigvereine zur Konferenz	" 30,-
Sitzungen	" 66,-
Versicherung	" 34,02
Sonstiges	" 43,44
<b>Summa</b>	<b>M. 5380,59</b>

Abschluß.	
Einnahme	M. 5649,96
Ausgabe	" 5380,59
<b>Kassenbestand</b>	<b>M. 269,37</b>
Per Bank belegt	M. 17,30

Revidiert und richtig befunden:  
Die Revisoren:  
J. Jarchow, F. Steen, Aug. Drefsen.  
B. Siefmann, Kassierer. H. Miel, Vorsitzender.

## Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Gau Zeitzin:** (Konferenzbericht.) Sonnabend, den 1. und Sonntag, den 2. Februar, tagte in Zeitzin unsere elfte Gaukonferenz. Von 32 Vereinen waren 51 durch 52 Delegierte vertreten. Der Gauvorstand war mit den Revisoren beistehend zur Stelle. Den Verbandsvorstand vertrat der Kollege Silberjohndt-Berlin. Als Gäste waren anwesend: Miel vom Gau Lübeck; Richter-Steitzin, Gauleiter der Bauarbeiter; Michaelis-Steitzin, Gauleiter der Zimmerer und Horn-Steitzin, Parteisekretär. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Agitation. 3. Lohnbewegung und Anträge. In das Bureau wurden als Vor-

sitzende Schlichter-Steitzin und Steinför-Jahndt, und als Schriftführer Miel-Steitzin und Tschmer-Preis gewählt. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Schauer-Steitzin. Von seinem Bericht erwähnen wir, daß sich verschiedene Zweigvereine um den statutenmäßigen Beitrag herumdrücken. So mühten die Vereine Bernitz, Königsberg, Mitten, Plathe, Rollnow, Regentwalde, Schellwein und Woldenberg statt des von ihnen gezahlten Beitrages von 30 A. eigentlich 35 A. zahlen, Belgard zahlte gar 30 A., wo es 40 A. zahlen mußte. Auch die Vereine Bergen, Garb, A. B. Grenzau, Schlawe, Polzin, Stargard und Treptow a. d. N. zahlten 5 A. zu wenig. Wöchentliche Beitragsaufsätze ergeben nur fünf Vereine; einen besonderen Beitrag für die Kosten der Kolportage zahlen neun. Alle anderen Vereine lassen es mit dem bloßen Wochenbeitrag genug sein und wie der noch umgehen wird, ist ja eben erst angefaßt worden. Der Extrabeitrag ist trotz des anfänglichen Rückganges gut bezahlt worden. Ueber die Verwendung der Kassenmittel gab Kollege Schauer einige interessante Zahlen bekannt. Für Vergütungen gaben aus im Jahre 1906 42 Vereine M. 2254, im Berichtsjahre 39 Vereine M. 1820; für Bibliotheken 1906 59 Vereine M. 620, 1907 65 Vereine M. 385; für Unterhaltung von Wahlen 1906 3 Vereine M. 431, 1907 29 Vereine M. 343; für Unterhaltung in besonderen Anlässen 1906 21 Vereine M. 1007, 1907 27 Vereine M. 1109. Für Vergütungen wurde also fast ebenso viel ausgegeben wie für die drei letztgenannten Zwecke zusammen. Der Gauvorsitzende Petersdorf erstattete den Kassenbericht. Die Diskussion über Geschäfts- und Kassenbericht gestaltete sich recht lebhaft. Es wurde von den Delegierten viel neue Anregung gegeben; es wurde mancher Wunsch laut, und wenn auch einzelne Delegierte hier und dort an der Tätigkeit des Gauvorstandes etwas auszuheben hatten, so betonte sich die Diskussion doch auf einer Höhe, der man es anmerkte, daß unsere Kollegen bestrebt waren, alles Kleinliche und alle persönlichen Momente aus der Debatte auszuschneiden, und daß sie gelernt hatten, das Wohl der Gesamtorganisation als das höchste den eigenen persönlichen und lokalen Wünschen voranzustellen. Eine ungewöhnliche Ausnahme hiervon machten nur die beiden Zeitziner Delegierten. Diese glaubten durch ihre in den Zeitziner Zweigvereinsversammlungen, leider so oft bewiesenen Schandthaten der anderen Delegierten imponieren zu müssen, kamen aber über recht häßliche Zwischenfälle und sattem bekannte Vorgeleien, verbunden mit persönlichen Angriffen, nicht hinaus. Den beiden Kollegen wurde denn auch von den "Bauern", über die sie sich so hoch erhoben dünkten, eine gründliche Abfuhr zu teil, und einer der Delegierten fand wohl den allein zutreffenden Ausdruck, wenn er das Gebahren der beiden als "elbstisch" bezeichnete. Mögen sie beide daraus eine Lehre ziehen. Mehrere Delegierte vermaßen sich dagegen, daß in ihren Zweigvereinen Geld unnötig ausgegeben sei; sie seien, wenn sie ihr Lokal halten wollten, gezwungen, Vergütungen zu veranlassen, und wenn dann der Besuch schlecht sei, müsse die Kasse in Anspruch genommen werden. Von einem anderen Delegierten wurde die anfängliche Zustimmung über den Extrabeitrag darauf zurückgeführt, daß zu derselben Zeit, oder doch kurz vorher, die Gehälter der Beamten erhöht seien. Das sei ein taktischer Fehler gewesen, zumal das Gehalt der Angestellten vor der Erhöhung vollständig angemessen war, jetzt aber in seinem Verhältnis zum Maurerlohn stehe. Es wurde noch der Wunsch geäußert, der Gauvorstand möge die Zweigvereine öfter besuchen und aufklärende Vorträge halten. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung befunden hatten, wurde auf ihren Antrag dem Gauvorstande Entlastung erteilt. Ueber Agitation referierte Kollege Schauer. Obwohl in seinen Ausführungen als auch in der folgenden angeregten Diskussion wurde die Notwendigkeit härterer Verarbeitete betont, die freilich durch die spezifisch pommerischen Verhältnisse sehr schwer ist. Von dem zum Frühjahr erscheinenden Flugblatt wird eine klare vollständige Sprache gewünscht, die auch auf dem Lande verstanden werde. An der Diskussion beteiligten sich auch der Parteisekretär Horn und der Kollege Silberjohndt. Es wurde dann nach einem Schlußwort Schauers folgende Resolution angenommen: Die elfte Gaukonferenz beauftragt den Gauvorstand im Frühjahr 1908 im Anschluß an die Flugblattverbreitung und Hausagitation in allen Orten Versammlungen anzuführen und Referenten zu bestimmen. Den Zweigvereinen wird es zur Pflicht gemacht, neben der Flugblattverbreitung die persönliche Agitation (Hausagitation) in den Vordergrund zu stellen. Ferner ist der Gauvorstand beauftragt, im Herbst 1908 und im Frühjahr und Herbst 1909 in geeigneter Weise die Agitation im großen zu fördern. Zum Punkt "Lohnbewegung" gibt Kollege Schauer einen überflüssigen Bericht über die Lohnbewegung in den letzten zwei Jahren und befragt die von den Unternehmern betriebene Tarifpolitik, der gegenüber wir uns auf die Braunschweiger Beschlüsse stützen müßten. Im Anschluß daran entspann sich eine recht angeregte Debatte, in der mannigfache Wünsche und Beschwerden vorgebracht wurden. Bemerkenswert ist der Standpunkt der Mehrheit der Delegierten, daß man für die an den Vorarbeiten der hohen Festtage verfallende Arbeitszeit keinen Lohn fordern solle; man brauche keine Geschenke von den Unternehmern. Von dem Kollegen Steinför wurde Jahndt wurde geteilt, daß man bei dem Kampf in Berlin die auf dem Lande wohnenden Kollegen mit der Hälfte der Berliner Unterstützung abgesehen hat. Das sei nicht gerecht. Er beantragte eine Resolution, die die brandenburgische Gaukonferenz ersuchen soll, als Satz für die Streikunterstützung in solchen Fällen zwei Drittel der sonst geltenden Unterstützung festzusetzen. Der Kollege Silberjohndt vertheidigte das genannte Vorgehen und überzeugte die Delegierten davon, daß es weder ungerecht gewesen sei, noch eine Schädigung der ländlichen Kollegen dargestellt habe. Die Resolution des Kollegen Steinför wurde abgelehnt; dagegen wurde eine Resolution des Gauvorsitzenden angenommen, die erklärt, an den Beschlüssen des Braunschweiger Verbandstages in Sachen der Tarifverträge festzuhalten und den festen Willen ausspricht, die heutigen Ermäßigungen mit äußerster Energie zu wahren und nach Möglichkeit weitere Verbesserungen anzustreben. Dann wurden noch die Diäten festgesetzt und die Wahlen zum Gauvorstand vorgenommen. Gewählt wurde als Vorsitzender B. Schauer, als Kassierer K. Petersdorf, als Schriftführer K. Miel und als Revisor K. Schlichter.



und M. Schapring. Revisoren sind die Kollegen Hübner und Kahlke-Stettin und Matze-Altkamm. Ein Hoch auf den Verband folgte die Tagung ab.

**Berlin.** (Sektion der Rader.) Die Sektion hielt am 2. Februar in den „Arminhallen“ eine Mitglieder-versammlung ab, in der der Kassierer Kahlke die Abrechnung vom Streik sowie die Jahresabrechnung vorlegte. Die Jahresabrechnung wies mit einem Bestand vom vorigen Jahre von M. 92.747,22 eine Einnahme von M. 442.731,57 auf, der eine Ausgabe von M. 241.627,42 gegenübersteht. Der Bestand der Sektionskasse beträgt M. 509.115. Die Abrechnung vom Streik bilanzierte mit M. 107.244,50. Von dieser Summe kamen M. 118.834,40 aus Mitteln der Haupt- und M. 18.470,10 aus Mitteln der Sektionskasse. Der Jahresbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 2331, darunter 39 Ehrenmitglieder und 9 Ausländer. Der gesamte Vorstand war entlassen. Darauf hielt der Arbeitersekretär Adolf Ritter einen Vortrag über: „Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstage“. Der Redner behandelte hauptsächlich die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Änderungen der Gewerbeordnung, erörterte ferner die von der Vorlage zur reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts und machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß es dringlich ist, das an der Spitze der Reaktion marschiert, und daß darum auch, um den unheilvollen Einfluß Preussens auf die Reichspolitik zu brechen, die Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts unbedingt notwendig ist. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Die Zuhörer Ritzdorf hielt am 13. Februar eine Mitglieder-versammlung ab. Nachdem die Wahlen zum 10. Gaukonferenz erledigt waren, hielt Genosse Kahlke einen Vortrag über Wahlrecht und Gewerkschaften. Hierauf wurden Vorschläge zur Verhandlung gemacht. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß der Kosten des zweiten Vorstehenden diesmal von den überlebenden Kassenbeständen besteht. Am 10. Februar fand die Durchsicht der Kassenbestände in einer Vertretung statt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Entwurf des neuen Statuts die Aufhebung der Kassenkasse bedinge. In der Diskussion traten die Kollegen Stadtmann, Fritzke und Dittmann für Beibehaltung der Kassenkasse ein und verlangten einen diesbezüglichen Beschuß im Ortsrat. Durch einstimmige Annahme einer Resolution trat die Versammlung ebenfalls dafür ein. Am 8. März stattfindenden Gewerkschaftswahlen aufmerksam. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen zum regeren Versammlungsbesuch und teilte mit, daß in nächster Zeit öffentliche Mauer- und Verfallungsarbeiten stattfinden werden.

**Calbe a. d. S.** Sonntag, den 2. Februar, tagte unsere Mitglieder-versammlung. Der Kassierer verlas zunächst die Quartalsabrechnung. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M. 206,30; die Kassenkasse hatte eine Einnahme von M. 402,98 und eine Ausgabe von M. 51,53, der Kassenbestand betrug M. 411,45. In der Jahresabrechnung hatte die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 1830,10. Die Kassenkasse hatte eine Einnahme von M. 680,57 und eine Ausgabe von M. 209,12. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Bedarg erteilt. In den Vorstand wurde als erster Vorsitzender und als erster Kassierer Kollege Stal Mitter gewählt. In „Verschiedenes“ wurde ein Kollege, der durch Unfall schon längere Zeit arbeitsunfähig ist, mit M. 20 unterstützt.

**Chemnitz.** Am 11. Februar tagte hier eine Mitglieder-versammlung, die sich mit der Erhöhung der Beiträge beschäftigte. Kollege Gaisch erklärte, daß wir laut Statut verpflichtet sind, einen höheren Beitrag zu zahlen, da der Durchschnittslohn im vorigen Jahre 47 S betrug; laut Vereinbarung muß vom 1. April dieses Jahres an ein Lohn von 47 bis 50 S bezahlt werden. Demgemäß hätten wir einen Beitrag von 50 S zu zahlen. Kollege Gaisch beantragte, einen Beitrag von 55 S einschließlich 5 S Kassenzuschlag ab 1. März zu erheben. Hierauf entspann sich eine regere Debatte. Mehrere Kollegen glaubten, es sei ohne Kassenzuschlag auszukommen. Besonders die Kollegen Bedert und Raube traten dafür ein, ersterer stellte sogar die Verantwortung mit den Vorgesetzten auf eine Stufe und stellte den Antrag, seinen Vorgesetzten zu erheben. Der Vorschlag der Verwaltung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es erfolgten noch mehrere Wahlen. Dann wurden noch verschiedene Mißstände in bezug auf Lohn- und Unfallversicherungsvorschriften kritisiert.

**Cöln a. Rh.** Allen Kollegen hierdurch zur Mitteilung, daß in der am Sonntag, den 9. Februar, stattgefundenen Wahl der Kollegen M. Kreibitz als erster Vorsitzender und M. Böhm als erster Kassierer wiedergewählt sind. Das Zweigereitsbureau befindet sich Severinstraße 199, 2. Et., Zimmer 14, Telefon 2319, und ist geöffnet. Wochentags von 11—1 und 6—8 Uhr, und Sonntags von 10—11 Uhr.

**Leipzig.** In Rheinhäusen machte sich im vorigen Sommer ein Schüler des Reichsverbandes bemerkbar. Es war ein Herr namens Götz, der sich mit noch einer ähnlichen Seele bemühte, hier einen „Vaterländischen Verband“ zu gründen. Für diesen Zweck bestanden zwingende Gründe, dem Verbande abhold zu sein; denn er hatte sich schon einmal an Verbandsangelegenheiten beteiligt. Unser Vorsitzender Mann aufzufordern, die unterschlagenen Gelder zurückzugeben, oder sich auf gerichtliche Abhandlung gefaßt zu machen, hatte dieser Kujon noch die Dreistigkeit, den Kollegen Mann wegen Erprellung zu denunzieren. Wirklich mußte ich Mann denn auch einem Verhör unterziehen. Vor einiger Zeit erhielt er nun von der Staatsanwaltschaft den Bescheid, daß das Verfahren eingestellt ist. Was doch so ein Selber alles von den Gerichten erwartet!

**Erlangen.** Am 2. Februar fand im „Deutschen Hof“ die ordentliche Generalversammlung unseres Zweigvereins statt, die verhältnismäßig sehr schlecht besucht war. Zunächst erstattete der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht. Von den Revisoren wurde die Mithilfe der Buch- und Kassenerführung bestätigt. Bei der dann folgenden Neuwahl der Gesamtverwaltung wurde als erster Vorsitzender der Kollege Hüll gewählt. Der Kassiererposten blieb in den

händen des bisherigen Inhabers. Außerdem wurden noch einige unwesentliche Angelegenheiten erledigt. Besonders wurde über den mangelhaften Versammlungsbesuch gestritten.

**Gesentkirchen.** Am 9. Februar fand die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins statt. Leider mußte hier konstatiert werden, daß zwar die Gesentkirchner und hiesigen Kollegen ziemlich stark vertreten waren, aber die Mitglieder aus den übrigen Orten hielten es nicht für notwendig, in diesen wichtigen Versammlungen zu erscheinen. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Sunold für das vierte Quartal 1907 seien folgende Zahlen hervorgehoben: Einnahmen für die Hauptkasse an gezahlten Beiträgen usw. wurden M. 3280,95; die Ausgabe betrug M. 1978,81, Bestand für die Hauptkasse M. 322,11. Einnahme der Kassenkasse M. 2428,61, Ausgabe M. 1334,51, Kassenbestand M. 1074,10. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 523, darunter 24 Ausländer. Der Jahresbericht wies folgende Zahlen auf: Einnahme für die Hauptkasse M. 13.509,93, Ausgabe M. 13.187, Kassenbestand M. 322,11. Einnahme der Kassenkasse M. 7680,32, Ausgabe M. 6005,18, Kassenbestand M. 1032,16. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 1905/06: 1906/07: 1907/08: 1908/09: 1909/10: 1907/08: 1908/09: 1909/10: 1910/11: 1911/12: 1912/13: 1913/14: 1914/15: 1915/16: 1916/17: 1917/18: 1918/19: 1919/20: 1920/21: 1921/22: 1922/23: 1923/24: 1924/25: 1925/26: 1926/27: 1927/28: 1928/29: 1929/30: 1930/31: 1931/32: 1932/33: 1933/34: 1934/35: 1935/36: 1936/37: 1937/38: 1938/39: 1939/40: 1940/41: 1941/42: 1942/43: 1943/44: 1944/45: 1945/46: 1946/47: 1947/48: 1948/49: 1949/50: 1950/51: 1951/52: 1952/53: 1953/54: 1954/55: 1955/56: 1956/57: 1957/58: 1958/59: 1959/60: 1960/61: 1961/62: 1962/63: 1963/64: 1964/65: 1965/66: 1966/67: 1967/68: 1968/69: 1969/70: 1970/71: 1971/72: 1972/73: 1973/74: 1974/75: 1975/76: 1976/77: 1977/78: 1978/79: 1979/80: 1980/81: 1981/82: 1982/83: 1983/84: 1984/85: 1985/86: 1986/87: 1987/88: 1988/89: 1989/90: 1990/91: 1991/92: 1992/93: 1993/94: 1994/95: 1995/96: 1996/97: 1997/98: 1998/99: 1999/00: 2000/01: 2001/02: 2002/03: 2003/04: 2004/05: 2005/06: 2006/07: 2007/08: 2008/09: 2009/10: 2010/11: 2011/12: 2012/13: 2013/14: 2014/15: 2015/16: 2016/17: 2017/18: 2018/19: 2019/20: 2020/21: 2021/22: 2022/23: 2023/24: 2024/25: 2025/26: 2026/27: 2027/28: 2028/29: 2029/30: 2030/31: 2031/32: 2032/33: 2033/34: 2034/35: 2035/36: 2036/37: 2037/38: 2038/39: 2039/40: 2040/41: 2041/42: 2042/43: 2043/44: 2044/45: 2045/46: 2046/47: 2047/48: 2048/49: 2049/50: 2050/51: 2051/52: 2052/53: 2053/54: 2054/55: 2055/56: 2056/57: 2057/58: 2058/59: 2059/60: 2060/61: 2061/62: 2062/63: 2063/64: 2064/65: 2065/66: 2066/67: 2067/68: 2068/69: 2069/70: 2070/71: 2071/72: 2072/73: 2073/74: 2074/75: 2075/76: 2076/77: 2077/78: 2078/79: 2079/80: 2080/81: 2081/82: 2082/83: 2083/84: 2084/85: 2085/86: 2086/87: 2087/88: 2088/89: 2089/90: 2090/91: 2091/92: 2092/93: 2093/94: 2094/95: 2095/96: 2096/97: 2097/98: 2098/99: 2099/00: 2100/01: 2101/02: 2102/03: 2103/04: 2104/05: 2105/06: 2106/07: 2107/08: 2108/09: 2109/10: 2110/11: 2111/12: 2112/13: 2113/14: 2114/15: 2115/16: 2116/17: 2117/18: 2118/19: 2119/20: 2120/21: 2121/22: 2122/23: 2123/24: 2124/25: 2125/26: 2126/27: 2127/28: 2128/29: 2129/30: 2130/31: 2131/32: 2132/33: 2133/34: 2134/35: 2135/36: 2136/37: 2137/38: 2138/39: 2139/40: 2140/41: 2141/42: 2142/43: 2143/44: 2144/45: 2145/46: 2146/47: 2147/48: 2148/49: 2149/50: 2150/51: 2151/52: 2152/53: 2153/54: 2154/55: 2155/56: 2156/57: 2157/58: 2158/59: 2159/60: 2160/61: 2161/62: 2162/63: 2163/64: 2164/65: 2165/66: 2166/67: 2167/68: 2168/69: 2169/70: 2170/71: 2171/72: 2172/73: 2173/74: 2174/75: 2175/76: 2176/77: 2177/78: 2178/79: 2179/80: 2180/81: 2181/82: 2182/83: 2183/84: 2184/85: 2185/86: 2186/87: 2187/88: 2188/89: 2189/90: 2190/91: 2191/92: 2192/93: 2193/94: 2194/95: 2195/96: 2196/97: 2197/98: 2198/99: 2199/00: 2200/01: 2201/02: 2202/03: 2203/04: 2204/05: 2205/06: 2206/07: 2207/08: 2208/09: 2209/10: 2210/11: 2211/12: 2212/13: 2213/14: 2214/15: 2215/16: 2216/17: 2217/18: 2218/19: 2219/20: 2220/21: 2221/22: 2222/23: 2223/24: 2224/25: 2225/26: 2226/27: 2227/28: 2228/29: 2229/30: 2230/31: 2231/32: 2232/33: 2233/34: 2234/35: 2235/36: 2236/37: 2237/38: 2238/39: 2239/40: 2240/41: 2241/42: 2242/43: 2243/44: 2244/45: 2245/46: 2246/47: 2247/48: 2248/49: 2249/50: 2250/51: 2251/52: 2252/53: 2253/54: 2254/55: 2255/56: 2256/57: 2257/58: 2258/59: 2259/60: 2260/61: 2261/62: 2262/63: 2263/64: 2264/65: 2265/66: 2266/67: 2267/68: 2268/69: 2269/70: 2270/71: 2271/72: 2272/73: 2273/74: 2274/75: 2275/76: 2276/77: 2277/78: 2278/79: 2279/80: 2280/81: 2281/82: 2282/83: 2283/84: 2284/85: 2285/86: 2286/87: 2287/88: 2288/89: 2289/90: 2290/91: 2291/92: 2292/93: 2293/94: 2294/95: 2295/96: 2296/97: 2297/98: 2298/99: 2299/00: 2300/01: 2301/02: 2302/03: 2303/04: 2304/05: 2305/06: 2306/07: 2307/08: 2308/09: 2309/10: 2310/11: 2311/12: 2312/13: 2313/14: 2314/15: 2315/16: 2316/17: 2317/18: 2318/19: 2319/20: 2320/21: 2321/22: 2322/23: 2323/24: 2324/25: 2325/26: 2326/27: 2327/28: 2328/29: 2329/30: 2330/31: 2331/32: 2332/33: 2333/34: 2334/35: 2335/36: 2336/37: 2337/38: 2338/39: 2339/40: 2340/41: 2341/42: 2342/43: 2343/44: 2344/45: 2345/46: 2346/47: 2347/48: 2348/49: 2349/50: 2350/51: 2351/52: 2352/53: 2353/54: 2354/55: 2355/56: 2356/57: 2357/58: 2358/59: 2359/60: 2360/61: 2361/62: 2362/63: 2363/64: 2364/65: 2365/66: 2366/67: 2367/68: 2368/69: 2369/70: 2370/71: 2371/72: 2372/73: 2373/74: 2374/75: 2375/76: 2376/77: 2377/78: 2378/79: 2379/80: 2380/81: 2381/82: 2382/83: 2383/84: 2384/85: 2385/86: 2386/87: 2387/88: 2388/89: 2389/90: 2390/91: 2391/92: 2392/93: 2393/94: 2394/95: 2395/96: 2396/97: 2397/98: 2398/99: 2399/00: 2400/01: 2401/02: 2402/03: 2403/04: 2404/05: 2405/06: 2406/07: 2407/08: 2408/09: 2409/10: 2410/11: 2411/12: 2412/13: 2413/14: 2414/15: 2415/16: 2416/17: 2417/18: 2418/19: 2419/20: 2420/21: 2421/22: 2422/23: 2423/24: 2424/25: 2425/26: 2426/27: 2427/28: 2428/29: 2429/30: 2430/31: 2431/32: 2432/33: 2433/34: 2434/35: 2435/36: 2436/37: 2437/38: 2438/39: 2439/40: 2440/41: 2441/42: 2442/43: 2443/44: 2444/45: 2445/46: 2446/47: 2447/48: 2448/49: 2449/50: 2450/51: 2451/52: 2452/53: 2453/54: 2454/55: 2455/56: 2456/57: 2457/58: 2458/59: 2459/60: 2460/61: 2461/62: 2462/63: 2463/64: 2464/65: 2465/66: 2466/67: 2467/68: 2468/69: 2469/70: 2470/71: 2471/72: 2472/73: 2473/74: 2474/75: 2475/76: 2476/77: 2477/78: 2478/79: 2479/80: 2480/81: 2481/82: 2482/83: 2483/84: 2484/85: 2485/86: 2486/87: 2487/88: 2488/89: 2489/90: 2490/91: 2491/92: 2492/93: 2493/94: 2494/95: 2495/96: 2496/97: 2497/98: 2498/99: 2499/00: 2500/01: 2501/02: 2502/03: 2503/04: 2504/05: 2505/06: 2506/07: 2507/08: 2508/09: 2509/10: 2510/11: 2511/12: 2512/13: 2513/14: 2514/15: 2515/16: 2516/17: 2517/18: 2518/19: 2519/20: 2520/21: 2521/22: 2522/23: 2523/24: 2524/25: 2525/26: 2526/27: 2527/28: 2528/29: 2529/30: 2530/31: 2531/32: 2532/33: 2533/34: 2534/35: 2535/36: 2536/37: 2537/38: 2538/39: 2539/40: 2540/41: 2541/42: 2542/43: 2543/44: 2544/45: 2545/46: 2546/47: 2547/48: 2548/49: 2549/50: 2550/51: 2551/52: 2552/53: 2553/54: 2554/55: 2555/56: 2556/57: 2557/58: 2558/59: 2559/60: 2560/61: 2561/62: 2562/63: 2563/64: 2564/65: 2565/66: 2566/67: 2567/68: 2568/69: 2569/70: 2570/71: 2571/72: 2572/73: 2573/74: 2574/75: 2575/76: 2576/77: 2577/78: 2578/79: 2579/80: 2580/81: 2581/82: 2582/83: 2583/84: 2584/85: 2585/86: 2586/87: 2587/88: 2588/89: 2589/90: 2590/91: 2591/92: 2592/93: 2593/94: 2594/95: 2595/96: 2596/97: 2597/98: 2598/99: 2599/00: 2600/01: 2601/02: 2602/03: 2603/04: 2604/05: 2605/06: 2606/07: 2607/08: 2608/09: 2609/10: 2610/11: 2611/12: 2612/13: 2613/14: 2614/15: 2615/16: 2616/17: 2617/18: 2618/19: 2619/20: 2620/21: 2621/22: 2622/23: 2623/24: 2624/25: 2625/26: 2626/27: 2627/28: 2628/29: 2629/30: 2630/31: 2631/32: 2632/33: 2633/34: 2634/35: 2635/36: 2636/37: 2637/38: 2638/39: 2639/40: 2640/41: 2641/42: 2642/43: 2643/44: 2644/45: 2645/46: 2646/47: 2647/48: 2648/49: 2649/50: 2650/51: 2651/52: 2652/53: 2653/54: 2654/55: 2655/56: 2656/57: 2657/58: 2658/59: 2659/60: 2660/61: 2661/62: 2662/63: 2663/64: 2664/65: 2665/66: 2666/67: 2667/68: 2668/69: 2669/70: 2670/71: 2671/72: 2672/73: 2673/74: 2674/75: 2675/76: 2676/77: 2677/78: 2678/79: 2679/80: 2680/81: 2681/82: 2682/83: 2683/84: 2684/85: 2685/86: 2686/87: 2687/88: 2688/89: 2689/90: 2690/91: 2691/92: 2692/93: 2693/94: 2694/95: 2695/96: 2696/97: 2697/98: 2698/99: 2699/00: 2700/01: 2701/02: 2702/03: 2703/04: 2704/05: 2705/06: 2706/07: 2707/08: 2708/09: 2709/10: 2710/11: 2711/12: 2712/13: 2713/14: 2714/15: 2715/16: 2716/17: 2717/18: 2718/19: 2719/20: 2720/21: 2721/22: 2722/23: 2723/24: 2724/25: 2725/26: 2726/27: 2727/28: 2728/29: 2729/30: 2730/31: 2731/32: 2732/33: 2733/34: 2734/35: 2735/36: 2736/37: 2737/38: 2738/39: 2739/40: 2740/41: 2741/42: 2742/43: 2743/44: 2744/45: 2745/46: 2746/47: 2747/48: 2748/49: 2749/50: 2750/51: 2751/52: 2752/53: 2753/54: 2754/55: 2755/56: 2756/57: 2757/58: 2758/59: 2759/60: 2760/61: 2761/62: 2762/63: 2763/64: 2764/65: 2765/66: 2766/67: 2767/68: 2768/69: 2769/70: 2770/71: 2771/72: 2772/73: 2773/74: 2774/75: 2775/76: 2776/77: 2777/78: 2778/79: 2779/80: 2780/81: 2781/82: 2782/83: 2783/84: 2784/85: 2785/86: 2786/87: 2787/88: 2788/89: 2789/90: 2790/91: 2791/92: 2792/93: 2793/94: 2794/95: 2795/96: 2796/97: 2797/98: 2798/99: 2799/00: 2800/01: 2801/02: 2802/03: 2803/04: 2804/05: 2805/06: 2806/07: 2807/08: 2808/09: 2809/10: 2810/11: 2811/12: 2812/13: 2813/14: 2814/15: 2815/16: 2816/17: 2817/18: 2818/19: 2819/20: 2820/21: 2821/22: 2822/23: 2823/24: 2824/25: 2825/26: 2826/27: 2827/28: 2828/29: 2829/30: 2830/31: 2831/32: 2832/33: 2833/34: 2834/35: 2835/36: 2836/37: 2837/38: 2838/39: 2839/40: 2840/41: 2841/42: 2842/43: 2843/44: 2844/45: 2845/46: 2846/47: 2847/48: 2848/49: 2849/50: 2850/51: 2851/52: 2852/53: 2853/54: 2854/55: 2855/56: 2856/57: 2857/58: 2858/59: 2859/60: 2860/61: 2861/62: 2862/63: 2863/64: 2864/65: 2865/66: 2866/67: 2867/68: 2868/69: 2869/70: 2870/71: 2871/72: 2872/73: 2873/74: 2874/75: 2875/76: 2876/77: 2877/78: 2878/79: 2879/80: 2880/81: 2881/82: 2882/83: 2883/84: 2884/85: 2885/86: 2886/87: 2887/88: 2888/89: 2889/90: 2890/91: 2891/92: 2892/93: 2893/94: 2894/95: 2895/96: 2896/97: 2897/98: 2898/99: 2899/00: 2900/01: 2901/02: 2902/03: 2903/04: 2904/05: 2905/06: 2906/07: 2907/08: 2908/09: 2909/10: 2910/11: 2911/12: 2912/13: 2913/14: 2914/15: 2915/16: 2916/17: 2917/18: 2918/19: 2919/20: 2920/21: 2921/22: 2922/23: 2923/24: 2924/25: 2925/26: 2926/27: 2927/28: 2928/29: 2929/30: 2930/31: 2931/32: 2932/33: 2933/34: 2934/35: 2935/36: 2936/37: 2937/38: 2938/39: 2939/40: 2940/41: 2941/42: 2942/43: 2943/44: 2944/45: 2945/46: 2946/47: 2947/48: 2948/49: 2949/50: 2950/51: 2951/52: 2952/53: 2953/54: 2954/55: 2955/56: 2956/57: 2957/58: 2958/59: 2959/60: 2960/61: 2961/62: 2962/63: 2963/64: 2964/65: 2965/66: 2966/67: 2967/68: 2968/69: 2969/70: 2970/71: 2971/72: 2972/73: 2973/74: 2974/75: 2975/76: 2976/77: 2977/78: 2978/79: 2979/80: 2980/81: 2981/82: 2982/83: 2983/84: 2984/85: 2985/86: 2986/87: 2987/88: 2988/89: 2989/90: 2990/91: 2991/92: 2992/93: 2993/94: 2994/95: 2995/96: 2996/97: 2997/98: 2998/99: 2999/00: 3000/01: 3001/02: 3002/03: 3003/04: 3004/05: 3005/06: 3006/07: 3007/08: 30



wünschen den Kollegen zum weiteren Ausbau der Organisation viel Glück.

**Brecht.** Sonnabend, 8. Februar, tagte hier eine Mitgliederversammlung, in der Gaukeiser Boigt aus Straßburg referierte. Es stand auf der Tagesordnung: „Bespredung und Beratung eines neuen Lohnkardes, indem der alte Tarif im Dezember v. J. von den Meistern ausgetilgt wurde. Auch sandten sie uns zugleich einen ausgearbeiteten neuen Lohnkard mit, der auf zwei Jahre Gültigkeit haben soll, und zwar vom 31. März 1908 bis 31. März 1910. Der Tarif wurde aber von den Mitgliedern nicht angenommen. In Bezug auf den Lohn wollten die Meister keine Aufbesserung bewilligen und uns in den zwei Jahren mit 48 % abpreisen. Die Versammlung beschloß jedoch, 54 % pro Stunde für einen Maurer zu fordern. Die Gültigkeitsdauer auf zwei Jahre festzusetzen, wurde ebenfalls abgelehnt. Nachdem erwähnte unser Gaukeiser die Kollegen noch, sie möchten dafür Sorge tragen, daß auch der letzte Mann in die Organisation hineinkomme.

**Wagaburg.** Die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins tagte Donnerstag, den 13. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken der im verflochtenen Jahre verstorbenen Kollegen. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1907 erstattete Kollege Schulte. Die Arbeitsleistung war fast das ganze Jahr schlecht, so daß ein großer Teil unserer Kollegen außer halb Beschäftigung suchen mußte. Der Verdienst dieser Kollegen ist aber dadurch gewaltig gesunken worden, weil in den meisten der Orte, wo Arbeiter vorhanden waren, die Löhne niedriger standen als hier. Der Lohn an Orte wurde laut Tarif am 1. April auf 65 % im Durchschnitt pro Stunde erhöht. In verschiedenen Orten des Bezugsgebietes werden jedoch noch Löhne von 30-35 bis 34 % pro Stunde gezahlt. In der Meisterei beteiligten sich 848 Kollegen; von diesen wurden 218 für drei Tage ausgespart. Baupersonen mußten wegen Nichtzahlung des Lohnes zwei verbannt werden. Der Extratagezettel hat viel Staub aufgewirbelt, da auch der Kollege Kellner noch viele Kollegen in ihrer Mithilfe bekräftigt, indem er als Verbandsdelegierter der Meinung war, daß der Zeitpunkt zur Erhebung von Extratagebeiträgen noch nicht gekommen wäre. Zwei Baudeputierten und sechs Generalversammlungen fanden statt, außerdem 15 Vorstandssitzungen. Die Anstellung eines zweiten Beamten wurde abgelehnt; dadurch hat die Außenarbeit sehr gelitten. Die Bureauarbeiten haben noch mehr zugenommen. Der Eingang an Poststücken betrug 848 Briefe, 121 Karten, 4 Depeschen und 188 Selbstsendungen; der Ausgang war noch größer. Durch Unfall wurden im Bezugsgebiet 66 Kollegen arbeitsunfähig. Die übrigen Kollegen, die Krankenunterstützung bezogen, litten meistens an Lungenerkrankungen und Rheumatismus. Die Jahresabrechnung ist jedem Kollegen ausgestellt worden. Der Bestand der Zweigvereinskasse hat sich auch im vorigen Jahre wieder um 1.000 erhöht. Außerdem ist uns das Geld, das der frühere Kollege L. Mayer in den 80er Jahren untergebracht hatte, 6.700, durch das Arbeitersekretariat, in Zürich (wo er sich jetzt befindet) wieder zugestellt worden. In der Diskussion verteidigte Kellner seinen Standpunkt, da vom Vorstand ausdrücklich gesagt wäre, daß in diesem Jahre die Extratagebeiträge nicht notwendig seien. Jasper hat sich durch Kellner veranlaßt gefühlt, bisher nicht zu zahlen, ist aber bereit, es jetzt zu tun. Briggemann und Lange verteidigten den Standpunkt des Verbandsvorstandes; die meisten Kämpfe in unserem Gewerbe seien erst nach dem Verbandstage gekommen. Ein Redner wünschte bessere Zentralisierung der Mittel des Zweigvereins. Schulte erläuterte die Kassenverhältnisse in den einzelnen Bezugsstellen; eine Besserung sei eingetreten. Die Extratagebeiträge seien noch nicht alle eingegangen; die sämtlichen Kollegen seien schriftlich zur Zahlung aufgefordert worden und die meisten davon hätten sich auch schon gemeldet. Viele erklärten, daß sie sich nicht wieder von Scheinern beeinflussen lassen wollten, um nachher im Winter als Restanten dazukommen. Den Kartellbericht gab Oelzer. Er bedauerte, daß viele Kollegen oftmals bei den Sitzungen fehlten und die Personalität des Bildungsausschusses so schlecht befürdet wurden. Lange gab den Bericht der Bauarbeiterschkommision und rügte, daß die Unfälle erst immer auf Unwegen bekannt werden. Viele Mißstände auf Bauten beständen noch immer. Eine Petition an den Magistrat sei zurückgewiesen worden, obgleich die nächsten Bauten in Bezug auf Arbeiterschutz ebenfalls viel zu wünschen übrig ließen. In den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender S. Deneke in Darleben, als Kassierer F. Hahn. Unter „Verchiedenes“ teilte Lange noch mit, daß die Modelle des Breslauer Gewerkschaftskartells über Arbeiterschutz hier ausgestellt werden sollen und wünschte regen Besuch. Den Vertrag mit unseren Sozialbeamten soll der neue Vorstand ausarbeiten.

**Mainz.** (Jahresbericht.) Die Baukonjunktur blieb im ganzen Zweigbezugsgebiet fast unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Besonders trifft dies für die Bautätigkeit in Mainz und den Vororten zu. Aber auch in den kleineren Orten mit industrieller und gewerblicher Entwicklung festete die unternehmungskunstige Bautätigkeit, wie wir sie in den früheren guten Jahren hatten. Auf dem Lande festete ebenfalls das einseitige Bild: teilweise wurde lobhaft gebaut und teilweise ruhte das Gewerbe. In den Weinbauregionen machten sich besonders die schlechten Ernten der letzten Jahre bemerkbar. Vor einigen Jahren als die ersten und praktischen Versuche in Mainz gemacht wurden, die Stadt in ihrer Entwicklung von dem sie einengenden und umklammernden Festungsgebiet freizumachen, stand zu erwarten, daß mit der Entseftung eine Belebung der Baukonjunktur sich verbinden werde. Dies ist jedoch wider Erwarten nicht eingetreten; eine gegenstellige Entwicklung läßt sich vielmehr in den letzten Jahren feststellen. Seit der Zeit, wo das erste Baugelände vom Festungsgebiet zur Verfügung gestellt werden konnte, ist ein baugewerblicher Aufschwung und eine Konjunkturentwicklung nicht eingetreten. Von Jahr zu Jahr sank die Zahl der beschäftigten Kollegen und erreichte im Jahre 1907 den tiefsten Stand, soweit das Zahlenmaterial für die heutige Beurteilung zur Verfügung steht. Unwill-

fürlich ist man geneigt, die Frage aufzuwerfen, woher kommt das? Mögen auch im letzten Jahre die Selbstverleugungen bei einem weiteren langsamen Rückgang mitgeteilt haben, so dürften doch hierin kaum die Gründe zu suchen sein. Die Bautätigkeit wäre außerdem noch erheblich schlechter gewesen, wenn nicht im Jahre 1907 mehrere öffentliche Gebäude: Justiz-, Schul- und Postgebäude, einen teilweisen Ausgleich erwirkt hätten. Wie in Mainz, so blieb die Konjunktur auch in den Vororten gegen die früheren Jahre zurück. Kottheim, Gonsenheim, Nombach usw. brachten im Berichtsjahre einen recht erheblichen Ausfall. Ebenfalls sehr mäßig blieb die Bautätigkeit in Alzen, wo wir in der letzten Zeit durch den Neubau der Freianstalt sehr gute Baujahre gehabt haben. Ebenfalls blieb in Ober- und Nieder-Jungelheim, Gau Algesheim und Umgebung die Bautätigkeit ruhig. Hier, wo der Weinbau als der Haupterwerbszweig Geltung hat, dürfte wohl in erster Linie die schlechte Weinrente mitgewirkt haben. Dagegen war die Bautätigkeit im Oppenheimer Bezirk bedeutend lebhafter. In den beiden Hauptorten Oppenheim und Nierstein herrschte im ersten Halbjahr eine emsige Tätigkeit, jedoch ließ sie im zweiten Halbjahr bedeutend nach. Außerdem gab es das ganze Jahr Gustabsburg und Rüsselheim. In beiden Orten handelte es sich meist um industrielle Anlagen. Wir können unser Urteil über die Gesamtbautätigkeit im Zweigbezugsgebiet dahin zusammenfassen, daß im allgemeinen der Durchschnitt nicht erreicht worden ist, und besonders flaute fast überall die Konjunktur im zweiten Halbjahr ab. Ob sich im Jahre 1908 die Bautätigkeit wesentlich bessern wird, läßt sich gegenwärtig kaum übersehen. So, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen liegen, ist im Baugewerbe auf ein gutes Jahr kaum zu rechnen. Bei den Lohnbewegungen galt besonders die Verärgerung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung als hauptsächlichste Forderung. Es wurden für 17 Orte Lohnforderungen an 57 Unternehmer mit zusammen 106 Maurern gestellt. In 8 Orten kamen Verträge mit den Unternehmern zu stande. Lohnerhöhungen wurden erreicht für 214 Kollegen um 5 bis 13 % pro Stunde. Zu Streiks kam es in 5 Fällen mit 136 beschäftigten Kollegen; sie hatten in 3 Fällen mit 72 Kollegen vollen Erfolg. Ein Fall mit 32 Kollegen hatte teilweisen Erfolg und ein anderer mit 34 Kollegen blieb erfolglos. Arbeitszeiterhöhung von einer Stunde täglich wurde für 114 Kollegen erzielt. Im letzten Jahre wurde in 15 Orten Hausagitation betrieben, teilweise mit recht gutem Erfolg. Es ist das beste Mittel, um mit rückständigen Kollegen in Verbindung zu gelangen. Es muß nur Wert darauf gelegt werden, wer zur Hausagitation bestimmt wird; bei der Auswahl der Kollegen muß sehr sorgfältig verfahren werden. Die Versammlungsagitation ist bisher das beste Mittel geblieben, die Kollegen für unsere Sache zu begeistern. Es sind wiederholt in Anwesenheit eines Ausführgliedbesitzeres Versammlungen abgehalten worden. Im Monat November fanden gegen Bezirksversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Die Wirtschaftslage im Baugewerbe und die Aufgaben der Organisation.“ Der Besuch der Versammlungen läßt leider oftmals viel zu wünschen übrig. Die Kollegen wissen nicht immer den Wert einer guten Versammlung zu schätzen. Soffizient gelingt es der Organisation, allmählich diesen Mangel zu überwinden. Es braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß daneben auch die Agitation auf den Baustellen nicht vernachlässigt werden soll. Die Ausführgliedbesitzer nahmen insgesamt an 83 Baustellenversammlungen, 27 Sitzungen und 48 Revisionen teil. Bis jetzt sind zweimal Unterrichtsberichte gehalten worden, nämlich in den Jahren 1906/07 und 1907. Es handelte sich jedesmal um sechs solcher Vorträge. Soweit unser Zweigverein in Frage kommt, waren die ersten Kurse besser besucht als die nachfolgenden. Dies ist an sich schon ein Rückschritt; das Gegenteil wäre sicher besser. Es kann auch von unserer Organisation konstatiert werden, wie sehr die Kollegen unter den Folgen ihres mangelhaften Schulunterrichts leiden. Andererseits aber ist durch die lange Arbeitszeit nur einzelnen Kollegen die Energie und Ausdauer gegeben, sich durchzuringen. Der schlechteste Besuch bei den zweiten Vorträgen ist hierfür der deutlichste Beweis. Und doch waren die Vorträge so recht geeignet, anregend auf die Kollegen einzuwirken; die Thematika pochten sich so recht dem Bedürfnis an. Der Lehrlingsfrage wurde im Berichtsjahre zum ersten Mal eine größere Aufmerksamkeit geschenkt. Die jungen Leute erhielten zu einer Zusammenkunft eine Einladung, wo ihnen in kurzen Zügen die Bedeutung des Verbandes vor Augen geführt wurde. Die Zementarbeit dringt immer mehr ins Baugewerbe ein. Die Arbeiten nehmen gewaltig zu, fast in allen Orten. Auch in Mainz hat die Zementarbeit in den letzten Jahren bedeutenden Umfang angenommen. Wir mühten uns deshalb mit der Organisation der Zementarbeiter beschäftigen. Es fanden fünf Versammlungen statt, in denen die Grundlage zur Organisation gelegt wurde. Ein weiterer Ausbau ist jedoch notwendig, wenn durch die Organisation praktische Erfolge erzielt werden sollen. Ebenso steht es mit der Organisation der Mischleute. Auch hiermit ist im Berichtsjahre der Anfang gemacht worden. Auch von gerichtlichen Kladeren blieben wir nicht verschont. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hatten sich sechs Kollegen zu verantworten. Es wurden bestraft: ein Kollege anlässlich des Heideheimer Streits zu einem Tage Haft, beim Streit in Alzen ein Kollege zu 10 Geldstrafe und vier Kollegen zu je zwei Tagen Gefängnis. Der Mitgliederstand hatte im Berichtsjahre betriehe 1500 erreicht, ging aber am Jahreschluss auf 1397 zurück. Gestorben sind im Berichtsjahre zehn Kollegen. Der Markenumsatz betrug im Berichtsjahre 63.812, der Markenumsatz betrug 10.998 oder pro Mitglied 8 Stüd. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 29.689,15. An Projekten wurden der Zweigvereinskasse überwiesen 5.726,97. Mit dem Kassenbestand der Hauptkasse am Schlusse des vierten Quartals 1908 im Betrage von 2.779,78 betrug deren Einnahme 14.022,62. Die Ausgabe 9.186,51; es blieb somit am Schlusse des vierten Quartals 1907 ein Kassenbestand von 1.486,15. Der Kassenbestand der Zweigvereinskasse betrug am Schlusse des vierten Quartals 1906 1.044,87, die Einnahme 2.278,20, zusammen 3.323,07. Die Ausgabe

Letztg. 1943, der Kassenbestand am Schlusse des vierten Quartals 1907 1.189,77.

**Meißen.** (Jahresbericht.) Am 2. Februar wurde in unserer Art die Generalversammlung abgehalten. Im verflochtenen Jahre war die Bautätigkeit minimal. Im Frühjahr war sie, jedoch in den ländlichen Bezirken recht lebhaft. Der bestehende Tarif wurde von den Unternehmern voll anerkannt, doch in den Städten mußte er hier und da in Anerkennung gebracht werden. In der Dienstleistung Neufertigung und in der Offenarbeit auf dem Bauwerk konnten unsere Forderungen leider nicht durchgeführt werden. In unserem Bezugsgebiet haben 9 Kommunalverwaltungen notwendig. Am 1. Juli erhielten wir ein Bureau in der Poststraße 13, in dem sich die größeren Gewerkschaften und das Sekretariat eine Wohnung auf die Zeit von 6 Jahren mieteten. Es ist dieses eine große Erleichterung für die Verwaltung und auch für die Mitglieder, indem das Bureau sich im Mittelpunkt der Stadt befindet. Die Mitgliederzahl beträgt 526. Die Extratagebeiträge sind im großen ganzen gut eingegangen, doch in den ländlichen Bezirken sind die Kollegen noch recht rückständig, aber helfen wird ihnen davon niemand. Aus der Abrechnung ist zu ersehen, daß für die Hauptkasse 8.480,14 eingenommen sind, dem auch dieselbe Ausgabe entgegengesetzt. Für die Kasse gingen ein 1.737,29, die Ausgabe betrug 3.668,95, demnach bleibt ein Kassenbestand für die Kasse von 3.603,24. Hierzu ist zu bemerken, daß in der Einnahme der Kassebestand von 3.037,50 vom 1. Januar 1906 mit enthalten ist. Nachdem die Jahresabrechnung von den Meistern bestätigt wurde, schritt man zu den Neuwahlen der Verwaltungsmittelglieder. Als Vertrauensmann wurde Kollege Weinert wieder gewählt. Es wurde stark gerügt, daß auf dem Bauhof die königliche Verwaltung sich wenig um den Schutz der Arbeiter kümmert; bei einem Schachtmeister ist sogar nicht einmal ein Unterfunkraum vorhanden, so daß die Leute gezwungen sind, ihr Mittagsschlaf beim Windeffekt einzunehmen. Ferner wurde lobhaft bebauert, daß sieben Kollegen von hier in Ostpreußen in einem Verband ausgetauscht sind. Zum Schluss erläuterte Kollege Weinert das Statut der Bezirkskasse „Grundstein zur Einheit“.

**Muskau.** Sonntag, den 9. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab. Zunächst gab der Vorstand den Bericht vom letzten Quartal und den Jahresbericht bekannt. Darauf legte Kollege Sommer sein Amt als erster Vorsitzender nieder. Nach einer kleinen Debatte wurde Kollege August Wietso als erster Vorsitzender, Kollege Oskar Pfeifer als erster Kassierer gewählt. Dann wurde Kollege Pfeifer als Zeitungsspedient und Kollege Sommer als Delegierter zur Gaufunkferenz in Götting gewählt. Im Anschluss an die Wahl erwähnte Kollege Sommer die Kollegen, den gesamten Vorstand mehr zu unterstützen, als das bisher der Fall war. Daraufhin wurde zur Entlastung des Kassierers in jeder Richtung ein Unterfunktierer bestimmt. Von etlichen Kollegen wurde noch das Abhalten eines Frühjahrstages angeregt. Dieser Antrag wurde aber bis zur nächsten Versammlung verschoben.

**Nordenham.** Am 12. Februar tagte unsere gut besuchte Mitgliederversammlung, in der der Kartell- und Bauarbeiterzweigbericht bekannt gegeben wurden. Zur Gaufunkferenz wurde der Vorsitzende Kollege Fritz Zolle gewählt. Nach Verlesung des uns von den Unternehmern zugewandten Vertragsmonstrums kam es zu einer lebhaften Debatte über Affordarbeiten, die mit 89 gegen 16 Stimmen abgelehnt wurden. Der Versammlungsanfang wurde für die Sommermonate auf 8 Uhr festgelegt.

**Notawies.** Die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins tagte Sonnabend, den 8. Februar. Der Vorsitzende, Kollege Seidenreich, teilte zunächst mit, daß sich der Kollege Otto Lehmann II aus Drenow wieder angemeldet hat. Dieser Kollege hat sich beim Berliner Streik im vorigen Jahre verschiedene Sachen zu schulden kommen lassen. Die Abstimmung über die Aufnahme ergab Einstimmigkeit. Der Vorsitzende machte bekannt, daß mit Beginn des Monats März die diesjährigen Beiträge wieder erhoben werden. Die Kollegen, welche länger als drei Tage in der Woche arbeitslos sind, müssen sich, wie im vorigen Jahre, den Arbeitslosenstempel ins Buch einbinden lassen durch Herrn Singer hier im Verbandsbureau, widrigenfalls dieselben den vollen Beitrag zu zahlen haben. Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes. In den Vorstand wurden gewählt: Als erster Vorsitzender Kollege Seidenreich, als erster Kassierer Kollege Reulede. Als Delegierte zur Gaufunkferenz wurden die Kollegen Seidenreich und Blam gewählt. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß sich der Kassierer Reulede bereit erklärt hat, in seiner Wohnung, Ecke der Wilhelm- und Ludwigstraße, die Krankenunterstützung usw. auszugeben, und zwar des Sonnabends von 8 bis 10 Uhr nachmittags, Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags. Der Kartelldelegierte, Kollege Karl Zeit, gab dann noch den Bericht von der letzten Kartellsitzung, worauf Schluss der Versammlung erfolgte.

**Oranienburg.** Sonntag, den 9. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die trotz der Anwesenheit eines Referenten schlecht besucht war. Bei der schlechten Baukonjunktur ist das Baudeputiertenwesen sehr mangelhaft. Die meisten Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß sie keine Beiträge, am allerwenigsten die Extratage, zu zahlen brauchen, wenn ihnen niemand die Bücher nachsieht; daher die Interesslosigkeit. Wären die Kollegen fleißiger Leser der Arbeiterpresse, würden sie wissen, mit welcher Brutalität die Unternehmerruppe vorzugehen geneigt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal. Nach dem Bericht der Meisterei wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Gegen den Bericht des Kartelldelegierten hatte niemand etwas einzuwenden. Den Schmachtenhagen Kollegen wurde wegen ihres Vergehens im Streit eine Rüge erteilt. Als Delegierter zur Konferenz in Berlin wurde einstimmig der Kollege J. Raab gewählt. Hierauf hielt der Kollege Nares aus Berlin einen anerkennenswerten Vortrag über: Die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften, worin er reichen Beifall erntete. Ueber die Kollegen in der Fabrik Kaiser & Co. entspann sich eine längere Debatte, weil die Kollegen seit Weismann eine



Stunde länger und trotz Lohnreduzierung weiterarbeiten. Die Sache wurde zur weiteren Regelung dem Vorstand überwiehen.

**Stenografie i. Styr.** Am 19. Januar tagte unsere Generalversammlung. Kollege Wenzelowski aus Gwandens bestrich in fahrender Weise die Verhältnisse des Arbeitsbundes, die im vorigen Jahre im Oktober in Berlin gefasst wurden. Er wies nach, wie weit die Annahme der Unternehmer gestiegen ist, wie sie betriebl. den Arbeitern in der Zeit der Arbeitslosigkeit die fest bestehenden, ohnehin schon schlechten Löhne noch zu verfürzen. Wir mühten alle danach streben, daß der Plan der Unternehmer zu schanden werde. Dieses könnten wir aber nur durch die Organisation erreichen. Der Beisatz, den die Kollegen dem Interferenzen spendeten, bewies, daß sie gewillt waren, in seinem Sinne zu handeln. Nach der Annahme des Vorstandes wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die freien Gewerkschaften geschlossen.

**Pinne.** Am 9. Februar sollte eine Mitgliederbesprechung des hiesigen Zweigvereins stattfinden. Wie aber jede Versammlung seit Jahren, so wurde auch diese vereitelt. Früher tagte der Zweigverein beim Gastwirt Bruns; ohne daß das geringste vorgemerkt war, wurde nicht nur Bruns, sondern auch andere Gastwirte zum Herrn Bürgermeister geladen. Die Information, die ihnen der Herr Bürgermeister gab, genügte, wir bekamen kein Lokal mehr zur Abhaltung von Versammlungen. Wir suchten uns nach einem Dorfe im Landkreis Birnbaum, Hordelwitz benannt, und hielten unter der Obhut des Herrn Distriktskommissarius aus Kottbus, der in der Uniform eines Referendarius erschien, eine Versammlung ab. Vor Eintritt in den Versammlungssaal ließ der Herr Distriktskommissar die Teilnehmer Plätze und Regenschirme ablegen. Wir fragten uns, warum die Versammlung nicht wieder unmöglich zu machen, denn die Mühsal der Auflösung wurde durch die beiden mit anwesenden Genossen beiseite. Als wir wieder eine Versammlung ansetzen wollten, teilte uns der Lokalinshaber mit, daß er sein Lokal nicht hergeben könne, weil es nicht vorrätigsmäßig sei. Der Herr Distriktskommissar hatte nämlich die Unvorsichtigkeit, uns auf ein enges Zügel zu geben. Am 9. Februar bekamen wir ein Lokal bei M. Kasperst in Pinne. Bis zur letzten Minute sagte Kasperst gut; aber als wir die Versammlung ausgedehnt hatten, erhielten wir von Kasperst einen Brief, worin er seine Forderung ausdrückte. Zur Rede gestellt, gab er nur an, er habe Konjunkturschwierigkeiten zu gewärtigen. Auf die Frage, wer ihn beunruhigt habe, antwortete er, das könne er nicht sagen, wir könnten es uns aber denken. Wir denken, daß es wie früher der Herr Bürgermeister war. Auf diese Art werden uns hier zum Wohle der Unternehmer unsere durch Reichs- und Staatsgarantie garantierten Rechte genommen. Um unseren Kollegen gerecht zu werden, wollen wir an dieser Stelle das mitteilen, was wir unbedingt notwendig zur Rehabilitation und Aufmunterung der Kollegen erachten. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme für das Jahr 1907 von M. 561,40. Und zwar wurden eingekommen für 21 Eintrittsmarken à 50 A. 10,50, für 1912 Beitragsmarken à 35 A. 66,75, für 92 Marken für Arbeitslose à 25 A. 23, für 94 Extrabeitragsmarken à 30 A. 28,20, an Zuschuß aus der Hauptkasse A. 30. An die Hauptkasse wurden abgeführt A. 190,76, für Haftungsunterstützung wurden gezahlt A. 30 und der Lokalfasse überwiehen M. 100,64; zusammen M. 561,40. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von A. 207,09. Sie setzt sich zusammen aus dem alten Kassensbestand im Betrage von M. 104,05, aus dem Anteil an den Beiträgen und Eintragsgeldern mit M. 100,64 und aus dem Erlös von verkauften Futterkarten mit A. 3. Ausgegeben wurden: für ein Verbandtagsprotokoll A. 1, für 45 Futterkarten A. 4,50, für einen Band Tarifverträge A. 5, an Gebühre A. 9, für Entschädigung des Kassierers A. 12, der Revisoren A. 4, für Porto und Postgebühren A. 12,15, für Schreibmaterial M. 1,30, sonstige Ausgaben A. 2. Das ergibt mit dem Bestand der Lokalfasse am Schlusse des Jahres von M. 156,74 die Summe von A. 207,09. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 42. Die Beitragsabrechnung läuft zu unserer Überdigung. Die Kollegen werden sich für die Zukunft an mehr Pünktlichkeit gewöhnen müssen. Die Ertragsbeiträge sind nur von den wenigsten Kollegen bezahlt worden; dieser Mißstand erklärt sich aus der Unmöglichkeit, Versammlungen abhalten zu können. Die Jahreshöhe „Der Grundstein“ wird von den meisten Kollegen ebenfalls nicht genügend gewürdigt; das muß anders werden. Jeder Kollege muß, um auf der Höhe der Zeit zu stehen, sich durch Lesen darüber unterrichten, was ihm durch die heutige Gesellschaftsordnung vorenthalten wird, und wie speziell in Pinne die Rechte der Arbeiter geschnitten werden. Die Ertragsbeiträge muß jeder Kollege nachzahlen. Im März wird eine umfassende Hausagitation betrieben werden; um die Säugenden und Lässigen zu wecken, und da die Kollegen trotz aller Schläge noch nicht den Mut verloren haben, hoffen wir, daß unsere Sache doch vorwärts gehen wird, trotz aller Schläge!

**Neustungen.** Sonntag, den 9. Februar, tagte die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins, wozu auch der Gauvorsitzende aus Stuttgart erschienen war. Nachdem der Kassier Herr Göbel die Jahresabrechnung vorlesen hatte, wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Gewählt wurden A. Armbruster als erster Vorsitzender und Gottlob als Kassierer. Als Delegierter zur Gaukonferenz in Stuttgart wurde Ludwig Armbruster gewählt. Kollege Stolle hielt einen Rückblick über das vergangene Jahr. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

**Noth a. E.** Sonntag, den 18. Januar, tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Zunächst erstattete der Kassier den Bericht vom vierten Quartal, worauf ihm Decharge erteilt wurde. Als erster Vorsitzender wurde Karl Köpfer gewählt. Die Wahl des ersten Kassierers mußte bis zum 2. Februar vertagt werden. In der schlecht besuchten Fortsetzung der Generalversammlung am 2. Februar wurde Kollege Raab zum ersten Kassierer gewählt. Kollege Rammemann aus Schwabach hielt einen Vortrag über: „Die geplante Ausbesserung von Seiten des Unternehmertums.“ Er führte den Kollegen klar vor Augen, wie sie sich zu ver-

halten haben. Der Vorsitzende legte den Kollegen ans Herz, sie möchten das Gedächtnis beherzigen und jederzeit zahlreich in den Mitgliederbesprechungen erscheinen.

**Saalfeld.** Sonntag, den 9. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab und befaßte sich in der Hauptsache mit der auf der Gaukonferenz in Erfurt angenommenen Resolution betreffs Einführung eines Lokalfonds. Als den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit desselben klargestellt worden war, beschloß die Versammlung einstimmig, einen Lokalfond von 5 A. pro Woche, der mit den Beiträgen in einer Marke zu quittieren ist, zu zahlen. Dieser Lokalfond wird auch während der beitragsfreien Zeit entrichtet. Eine zur gleichen Zeit vorgenommene Mitgliederrevision ergab, daß wir mit der Zahlung der Ertragsbeiträge einmündigen aufrechterhalten, abgeschnitten haben. Wenn auch noch vereinzelt Kollegen mit diesem im Hinblick sind und sich zwei Kollegen (aus diesem Grunde!) aus dem Verbande abmeldeten, so wissen wir ja, daß es schon von jeder säumige Zahlung gab und in den weiteren Jahren auch noch geben wird; es muß jedoch Pflichten der Kollegen sein, sich an pünktliches Zahlen der Beiträge zu gewöhnen. Nachdem den Kollegen die Notwendigkeit der politischen Organisation vor Augen geführt worden war, erklärte ein Teil der Kollegen durch Eingangsung in eine beim Schriftführer aufgelegte Liste seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Verein.

**Sangerhausen.** (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war, wie auch schon 1906, im vergangenen Jahre sehr klein. An Neubauten wurden ausgeführt: 1 Mäsfabrik, 3 kleine Fabrikbauten, 2 Stallgebäude und mehrere Reparaturen. Die Unternehmer suchten auf Grund dessen, die ihnen mitschließenden Kollegen zu schmeicheln, was ihnen auch gelang. Der Lohn ist durch die Dank von den Unternehmern nach dem Tarif gezahlt worden. Der Zuschlag nach außerhalb ist jedoch nicht gezahlt worden, wenn er nicht verlangt wurde, was sich auch viele Kollegen klagenmäßig gefaßt haben. Mit dem Bauarbeiterlohn steht es hier sehr mäßig. Die Gerichte sind ja eingemessen brandbar, doch fehlen bei den meisten die Schutzgitter, die Schornsteinhöhlen sowie das Janggrüst sehr oft, und ist das letztere vorhanden, so ist es unvollkommen. Die Baubuden sind auch nicht, wie sie sein sollen. Gedacht ist überhaupt keine. Fenster sind wohl darin, aber keine Scheiben. Die Arbeiter werden mit Brettern verriegelt, und durch die Fugen pfeift der Wind. Wenn es regnet, weiß man nicht, wo man sich hinstellen soll, weil es überall durchregnet. Und dann das elende Materiallager in der Regel. Ausnahmen gibt es aber auch; es gibt auch saubere Buden. Die Arbeiter sind so erbärmlich, daß man es gar nicht mag, sie zu beschreiben. Erschallt ihr kein Hauch darauf und meistens kann man von der Straße in sie hinein sehen. Obgleich es in dem Tarif heißt: „Die Arbeiter müssen den sanitären Verhältnissen entsprechen“, werden sie immer noch nach dem alten Schema hergestell. In der Zahlreihe der Oberabteilung wird die Bautätigkeit besser, abgesehen von in Wälden a. d. Helme. Versammlungen wurden abgehalten: in Sangerhausen 11, in Ober-Möbiling 6, in Wälden 6; der Vorstand erlebte seine Arbeit in 4 Sitzungen. An Eingängen waren zu verzeichnen: 60 Bafete, 32 Briefe, 47 Postkarten, 1 Telegramm; an Ausgängen: 44 Briefe, 63 Postkarten, 1 Telegramm. Im März sind verfaßt: 16 Eintrittsmarken à 50 A., 1 Eintrittsmarkte à M. 1,50, 3308 Beitragsmarken à 40 A., 1778 A. 30, 104 A. 35 A., 130 Arbeitslosenmarken, 465 Extramarken à 40 A., 308 A. 30 A. Für die Hauptkasse war eine Jahresabrechnung von M. 1987,70 zu verzeichnen; die Ausgabe betrug A. 1917,70. Bestand M. 20. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von M. 654,31 und eine Ausgabe von M. 428,37. Bestand M. 225,94. In die Verwaltung wurden wiedergegeben die Kollegen Fritz Bloßfeld als erster Vorsitzender, Otto Naue als Kassierer.

**Segeberg.** Der Zweigverein hielt am 5. Februar im „Hotel International“ eine außerordentliche Mitgliederbesprechung ab. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: „Welche Maßnahmen sind gegenüber den verschiedenen Maßregelungen der Unternehmer zu ergreifen?“ Der Vorsitzende betonte, daß es die Unternehmer dabei nicht bewenden lassen, daß wir im vorigen Jahre die Arbeit als Besetzte wieder aufnehmen mußten; sondern sich nun noch dadurch zu erheben, daß sie die einzige tätige und selbständige Leute von jeder Arbeitslosigkeit ausließen. Die Unternehmer haben einen Verlust gefaßt, wonach einige unserer Kollegen bei hoher Konventionalstrafe nicht wieder eingestellt werden dürfen. Mit Entzückung nahm die Versammlung diese Ausführungen entgegen. Verschiedene Redner verlangten, daß sofort energische Gegenmaßnahmen getroffen würden. Es wurde ausgedrückt, daß solches Vorgehen der Unternehmer als Vertragsbruch anzusehen sei und man ohne weiteres die Arbeit einstellen solle, um den Unternehmern zu zeigen, daß wir uns trotz der verlorenen Streiks doch noch lange nicht mit Fingern zucken lassen. Andere Redner mahnten wieder zur Besonnenheit und legten klar, daß sich nicht alle Unternehmer an den Maßregelungen beteiligten, sondern daß es vor allem Herr Deichmann sei, der darüber stehe. Die Mehrheit der Versammlung vertrat die Ansicht, zu versuchen, so gut es geht, mit dem abgeschlossenen Vertrage auszukommen. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 5. Februar tagende Mitgliederbesprechung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Segeberg, hat sich mit den Maßnahmen der Unternehmer befaßt, und sie beauftragt, daß diese nach Abschluß eines Vertrages den Frieden durch Maßregelung einiger Mitglieder des Maurerverbandes — die ihnen von der letzten Lohnbewegung verfaßt sind — fördern. Die Versammlung vertritt die Ansicht, daß der Maurermeister Deichmann und seine Genossen ebenso wie die Arbeiter rechtlich und moralisch gezeugen sind, den Vertrag zu respektieren.“

**Strasburg i. E.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1907 stand gewissermaßen schon unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Krise. Im Frühjahr war sehr wenig Arbeit vorhanden, und ein großer Teil der Kollegen mußte von Strasburg abziehen. Viele fanden auch Arbeit in den umliegenden Ortschaften. Im August wurde es etwas besser; es wurden mehrere große hässliche Häuser in Angriff genommen und ein Teil der Abgewanderten konnte wieder zurückkommen. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse war es uns möglich, die Mitgliederzahl auf derselben Höhe zu er-

halten, ja sogar noch etwas zu steigern. Weiter war es uns möglich, für die Strasburger Kollegen eine Lohnbewegung zu erzielen. Im Herbst 1906 wurde der im März 1907 ablaufende Tarif geändert. Die März Löhne lagen sich die Verhältnisse hin. Der Lohn wurde für 1907 auf 50 A. und für 1908 auf 53 A. festgesetzt. Dies bedeutete eine Lohn-erhöhung von 3 A. pro Stunde für jedes Jahr. Hierbei war auch bald eine Einigung erzielt. Aber an anderen Punkten drohten die Verhandlungen zu scheitern. Die Strasburger Unternehmer waren dem Deutschen Arbeiterbunde schon voraus; sie wollten das „keine Wörtchen“ in den Vertrag hinein haben. Auch der Maurerbundparagraf, betreffend Agitation auf der Baustelle, sollte hineinkommen. Als wir aber erklärten, daß wir keinen Vertrag abschließen, der solche Bestimmungen enthalte, selbst, wenn sie uns 70 A. Stundenlohn zahlen wollten, ließen sie dann auch zuletzt diese beiden Paragraphen fallen, und der Vertrag konnte abgeschlossen werden.

In S a g e n a u konnte die Lohnbewegung nicht ohne Streit erledigt werden. Die dortigen Unternehmer hielten es gar nicht für möglich, daß ihre bis dahin mit allem zufriedenen Maurer es fertig bringen würden, die Arbeitslosen zu verlassen. Sie antworteten infolgedessen auf alle unsere Eingaben gar nicht. Am Juni legten dann unsere Kollegen einstimmig die Arbeit nieder. Nur einige Nichtorganisierte blieben auf den Arbeitsplätzen. 18 Wochen wurde der Kampf einmütig geführt; nur einer von den Streikenden wurde Streikbrecher. Trotzdem mußte die Arbeit, aber nicht mit den Unternehmern verhandelt wurde, wieder aufgenommen werden. Aber erfolgreich war auch dieser Streik nicht; bekamen die Maurer vor der Lohnbewegung 33 bis 35 A., so erhalten sie heute 40 bis 42 A. Auch die Plattenleger traten in die Lohnbewegung ein. Auch hier ließen sich die Unternehmer zunächst auf nichts ein, lebten auch alle Verhandlungen ab. Als dann aber die Plattenleger Ernst machten und die Arbeit niederlegten, kamen auch die Unternehmer zur Einsicht. Nach achtstündigem Streik wurde ein Vertrag abgeschlossen. Im September legten die Baustellensarbeiter die Arbeit nieder, worauf die Arbeiter ausgedrückt wurden. Hierdurch wurden ebenfalls circa 400 Maurer in Mitleidenschaft gezogen. Einige Bauplätze waren ebenfalls notwendig, um einige Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu zwingen. Daß für den Vertrauensmann sehr viel dabei zu tun war, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Aber auch auf dem Gebiete der Agitation ist tüchtig gearbeitet worden. Wohl ist die Organisation in den letzten Jahren erfreulich gewachsen, aber an ihrem Ausbau mußte doch noch tüchtig gearbeitet werden. Es wurden abgehalten im ganzen 66 Versammlungen und 16 Vorstandssitzungen. Ausgesprochen muß hier aber werden, daß der Versammlungsbetrieb bedeutend besser hätte sein müssen. Wir wollen hier auch zugleich den Wunsch aussprechen, daß unsere Mitglieder auch in dieser Beziehung in der Zukunft ihre Schuldigkeit tun mögen. Die Agitation ist aber nicht ohne Erfolg gewesen. Trotz der schlechten Konjunktur stieg die Mitgliederzahl von 835 am Schlusse des Jahres 1906 auf 1013 am Schlusse 1907. Leider muß aber gesagt werden, daß die Zahl der rückständigen Kollegen prozentual etwas größer ist als im Jahre 1906. Die Ursachen sollen hier nicht untersucht werden. Jedenfalls wird aber auch hier in diesem Jahre eine Besserung eintreten müssen. Der Martensentwurf gestaltete sich folgendermaßen: Im Jahre 1906 wurden insgesamt 33 394 Beitragsmarken verkauft, im Jahre 1907 39 424. Der Lokalfond betrug 10 A. Außerdem wird in der beitragsfreien Zeit ein wöchentliches Lokalbeitrag von 10 A. gezahlt. Von diesen Marken sind verkauft im Jahre 1906 6918 Stück, im Jahre 1907 12 200 Stück. Der Kassensbestand der Lokalfasse betrug am Schlusse des Jahres 1906 A. 2814,04, am Schlusse des Jahres 1907 A. 4280,38. Daß auch die Arbeiten im Bureau einen größeren Umfang annahmen, ist ja bei dem Wachsen der Organisation selbstverständlich. Es zeigt sich dies schon an den ein- und ausgegangenen Postkarten. Im Jahre 1906 gingen ein Briefe, Karte, Druck-sachen usw. 245 Stück. Darin sind nicht enthalten die alljährlich erscheinenden Zeitungsabfälle. Ausgegangen sind zusammen 598 Sendungen. Im Jahre 1907 sind eingegangen 434 und ausgegangen 974 Sendungen.

Im allgemeinen können wir wohl sagen: „Wir sind wieder ein Stück vorwärts gekommen und wenn die Arbeitsgelegenheit in diesem Jahre besser wird, was ja allem Anschein nach eintreten dürfte, so wird es in diesem Jahre auch wieder ein paar Schritte nach vorwärts gehen.“ Hieran mitzuhelfen, muß die heiligste Aufgabe aller Kollegen sein.

**Trebitzsch.** Am 3. Februar tagte hier eine Mitgliederbesprechung. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1907; 2. Wahl des Zweigvereinsvorstandes; 3. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz; 4. Verschiedenes. Nach Verlesung der vierten Quartalsabrechnung, die einstimmig genehmigt wurde, gab Kollege Bahl als Kassierer den Jahresbericht. Es wurden an Beiträgen und Eintrittsgeldern für die Hauptkasse M. 755,35 vereinnahmt, hieron wurden A. 138,20 an Krankenunterstützung gezahlt. Die Ertragsbeiträge, die voll gezahlt wurden, ergaben eine Summe von M. 193,90. Es wurden somit an die Hauptkasse M. 821,05 abgeführt. Die Lokalfasse schließt mit einem Bestand von M. 136,25 ab. Ausgenommen wurden 12 Mitglieder. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des Kollegen Manthey als Vorsitzenden und des Kollegen Bahl als Kassierer. Zum Delegierten zur Gaukonferenz wurde der Kollege Albert Schulz einstimmig gewählt. Nachdem noch sechs Kollegen zu dem am 22. Februar stattfindenden Vergnügen; das bei Herrn Göhl abgehalten werden soll, zum Vergnügungssomitee gewählt worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Verden a. d. Aller.** Der hier bestehende Vertrag für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist am 30. Dezember genehmigt worden. Die Unternehmer verlangten, daß der alte Vertrag in Anbetracht der schlechten Konjunktur noch zwei Jahre weiter laufen solle. Das ist von uns rund abgelehnt worden. Es wird sich nun in der Zukunft darum handeln, ob unsere Kollegen stark genug sind, sich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erlangen. Wir wollen ihnen eben sagen, daß sie dann in ganz anderer Weise auf dem Boden sein müssen, als sie es bisher waren. Die Versammlungen müssen besser be-



sucht werden und auf den Bauten muß Einigkeit und Kollegialität herrschen. Wenn sich die Kollegen darin nicht befinden, dann haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Lohnfrage nicht nach ihrem Wunsch geregelt wird.

**Vernigerode.** Am 9. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zuerst erlatte der Vorsitzende Bericht vom 8. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und kritisierte denselben nach in scharfer Weise. Hierauf erstattete der Schriftführer den Bericht der Kommission. Die Unternehmer wollten unseren bisherigen Lohnsatz auf zwei Jahre verlängern. Unser Gauleiter J. Koch sprach sich auch in sehr scharfer Weise gegen das Unternehmertum aus. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, unsere Forderungen aufrecht zu erhalten. Weiter wurde die ständige Vertretung der Junggelehrten an den Versammlungen geregelt. In „Verschiedenes“ ersuchte der Gauleiter, daß der Verband zu agitiere. Weiter wurde ersucht, daß am 24. Februar stattfindende Versammlung gut zu besuchen und die Bücher so schnell wie möglich abzugeben. Von dem M. 92 betragenden Massenbestand des alten Kartells sollen die noch bestehenden Verbindungen der Mitgliederzahl an den beteiligten Gewerkschaften verteilt werden. Nachdem der Vorsitzende noch zum besseren Besuch der Wahlvereinsversammlungen, zum Beitritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf die „Kollstimmne“ aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

### Gliesenleger.

**Bochum.** Die Sperre über die Firma Werrings-Loer wurde am 13. Februar mit vollem Erfolge beendet. Der Tarif wurde dem neuen anerkannt. Die Streikenden haben nun vollständig die Arbeit wieder aufgenommen. Während der Dauer der Sperre ist von den Streikenden keiner abtrünnig geworden. Die von Werrings-Loer herangezogenen Streikbrecher wurden bis auf zwei wieder abgelehnt. Noch am vorangegangenen Sonntag lehnte W. Verhandlungen über die kritischen Punkte ab. Da er jedoch seinen Ernst bekam, während die Arbeit drängte, ließ ihn schließlich nichts weiter übrig, er mußte sich zu Verhandlungen herbeilassen und Zugeständnisse machen. Der Arbeitsgebetend für das Baugewerbe, dem W. bisher nicht angehört, benutzte die Sperre als günstige Gelegenheit und zog ihn in seinen Bann; er wurde Mitglied.

## Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 9. bis 15. Februar 1908 sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung Walsdorf (St. Pauli) M. 75.

Zuschüsse erhielten: Wosen M. 1000, Wilmersdorf 500, Wilmshagen 500, Samsburg 500, Grubenberg 300, Friedrichberg 300, Ebn M. 300, Götze 300, Stuttgart 300, Dornmund 300, Fürstwalde 300, Mühlentberg 300, Schwerin i. Mecklenb. 300, Ransow 300, Weisenberg 300, Gennin 200, Groß-Reetzendorf 200, Gasse 200, Spandau 200, Teichitz i. d. Neumark 200, Wälschburg 200, Karlsruher i. B. 200, Weisig 200, Dresden-Striesen 200, Eppeheim 200, Trebenau 200, Duisburg 200, Neumünster 200, Wilmshagen i. d. Mark 150, Nassenheide 150, Landshut 150, Johannisthal 150, Wilmshagen i. d. Mark 150, Söden-Reudorf 150, Stammheim 150, Rautbach 150, Hamm i. Westf. 100, Hohenhausen 100, Hainstadt 100, Eilenburg 100, Götlin 100, Wernschheim i. Hessen 100, Wittenberg 100, Kregin a. d. Saale 100, Gutzgen 100, Genthin 100, Hilbers 100, Wilm i. Bdg. 60, Fehrbellin 60, Potsdam 60, Eggersdorf 30. Summa M. 11908.

Mit n. g. den 15. Februar 1908.

Karl Klotz, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

**Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Baueinstürzen, Abentagen von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.**

**Wubenheim.** Von „mehreren Kollegen“, die aus uns unerklärlichen Gründen ihre Namen verschwiegen, wird berichtet: Am 1. Februar ereignete sich in der Porland-Gemeinschaft Wubenheim ein bedauerlicher Unfall. Es waren dort bei dem Bauunternehmer Nicolaus Wagner mehrere Männer mit dem Aussehen von eifrigen Trägern beschäftigt, wobei plötzlich gegen 6 Uhr abends die Schalung nachgab und zwei Männer mit in die Tiefe gerissen wurden. Der Maurer kurz aus Wubenheim erlitt innere Verletzungen und einige Gantabschürfungen, dagegen erlitt der Maurer Riger aus Ober-Ingelheim einen Oberschenkelbruch, er mußte sofort ins St. Rochusspital nach Mainz transportiert werden. Der Unfall ist dadurch verschuldet, daß man es unterlassen hatte, ein Schutgerüst unter den Trägern anzubringen. Wäre ein Schutgerüst vorhanden gewesen, so wären die betreffenden Männer nicht 12 m tief gefallen, sondern nur höchstens 2 m.

**\* Das Reichsversicherungsamt hat sich selbst Missetaten gegeben.** In Frankfurt a. M. hat die Bauarbeiterschaft seit langem über frohe Mißstände auf den Arbeitsstätten, besonders aber das Fehlen jeder Schutzvorrichtung bei Abbrüchen, zu klagen, die weder durch die Berufsgenossenschaft noch durch die Polizeibehörde beseitigt wurden. Schließlich wurde eine Eingabe der Bauarbeiterschaftskommission an das Polizeipräsidium, von diesem an das Reichsversicherungsamt weitergegeben. Nun waren die Klagen der Arbeiter gewiß vor die rechte Schlichte gekommen, wird mancher denken; aber ach, das war in diesem Falle wieder einmal verfehlt gedacht. Nach

rethlich halbjähriger Ermittlung war das Reichsversicherungsamt in der Lage, folgende Weisheit von sich zu geben: Die Tiefbau-, sowie auch die Hesse-Baustatische Baugewerkschaftsgenossenschaft hätten eine Nachlässigkeit ihrerseits bestritten. Allerdings seien Fälle vorgekommen, daß Abbrüche den Berufsgenossenschaften gar nicht gemeldet worden sind. Uebrigens täten aber auch so der Arbeitgeber in Bezug auf Bauarbeiterschutz das möglichste, trotz der damit verbundenen hohen Kosten. Andererseits sei aber zu konstatieren, daß die Arbeiter die für sie errichteten Schutzvorrichtungen nicht beachteten und darum den größten Teil der Unfälle sich selbst zuzuschreiben hätten. Offenbar glaubt der Verfasser des Schreibens, daß die Arbeiter aus lauter Vergnügen den Hals brechen. Es seien übrigens im letzten Jahre „nur“ 37 Unfälle bei Abbrüchen gemeldet worden. Außerdem sei für genügende Überwachung gesorgt, da in Frankfurt a. M. sechs bis sieben Bauinspektoren, ein städtischer Kontrollleur und zwei technische Auffichtsbeamte der Berufsgenossenschaft in Tätigkeit seien. Nach alledem glaubte die hohe Behörde sich wie folgt äußern zu können: „Das Reichsversicherungsamt hat keinen Grund, die Berichte der Berufsgenossenschaften in Zweifel zu ziehen, und hat nach Prüfung der Sachlage nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß in Frankfurt a. M. in Bezug auf den Bauarbeiterschutz, die größten Fahrlässigkeiten begangen“ werden oder „unhaltbare Zustände“ bestehen.“

Diese Antwort des Reichsversicherungsamtes, datiert vom 23. Januar d. J., und ein hohn sondergleichen auf die Frankfurter Zustände war der Bauarbeiterschaftskommission nur noch über allem Wahre: sie erteilte den Herren in dem hohen Räte eine Antwort, die ihnen nicht schlecht in die Glieder gefahren sein mag. Schon am 6. Februar war ein Kommissar des Reichsversicherungsamtes, der Geheimrevisor-Generalsrat Professor Hartmann-Berlin, in Frankfurt, um sich dienstlich von dem Sein oder Nichtsein der geschilderten Mißstände zu überzeugen. Der Bauarbeiter wählte nun auch nicht den Weg über die Berufsgenossenschaft, sondern er ging alsbald in das Bureau der Bauarbeiterschaftskommission und ließ sich von dem Kontrollleur derselben informieren und auch an einige der schlimmsten Bauten zur gemeinsamen Besichtigung führen. Das Resultat dieser Kontrolle war, daß Bauarbeiter Hartmann zugehen mußte: es begreifen die größten Fahrlässigkeiten und die Vorschriften der Berufsgenossenschaften werden von den Unternehmern nicht eingehalten. Er erklärte weiter, daß sein Vertrauen zu den Vertretern der Berufsgenossenschaften einen großen Stoß bekommen habe. In der kurzen Zeit der Besichtigung wurden von dem Kommissar des Reichsversicherungsamtes vier Bauten notiert, wofür der Angelei erstattet werden soll. Ferner ließ sich der Kommissar über die Art der Kontrolle von unserem Kontrollleur genau informieren und gab diesem die Versicherung, daß diese Informationsweise zweifellos dazu beitragen werde, die Frage des Bauarbeiterschutzes zu fördern.

Wenn es nur wahr wäre! Wir wollen keineswegs an dem guten Willen des Herrn Geheimrats Hartmann zweifeln, aber das vorgängige Verhalten des Reichsversicherungsamtes und die stillsam bekannnten Widerstände bei den verschiedenen Behörden, lassen den Glauben an einen solchen Umwandlung zum Besseren nicht aufkommen. Jedenfalls darf die Bauarbeiterschaft keinen Augenblick in dem Kampfe um wirklichen Schutz ruhen.

**\* Neue Baupolizei-Verordnungen.** In den letzten Tagen sind für die Städte Hamburg und Leipzig neue Vorschriften zum Schutze der baugewerblichen Arbeiter herausgegeben. Aus beiden Verordnungen werden wir demnächst das Wichtigste mitteilen.

**\* Baunfall vor Gericht.** In Nr. 45 vom Jahrgang 1907 berichteten wir über einen Baunfall in Tilsit, bei dem ein Arbeiter sehr schwer verletzt wurde. Der dort die Arbeiten leitende Polizei-Rechner hatte sich nun vor der Strafkammer zu verantworten wegen fahrlässiger Körperverletzung und Verletzung der Regeln der Baukunst. Wie wir schon im vorigen Jahre berichteten, sollte ein Schuppen im Stadtwald zur Waldwägenabfuhr hergerichtet werden. Maurermeister Stopp, der die Arbeit übernommen hatte, übergab, da er nicht stets zugegen sein konnte, die Leitung dem Angestellten. Die Untermauerung und die anderen notwendigen Arbeiten, so z. B. das Abheben, verließen ganz gut, bis man an die Unterföhrung kam. In diesem Teile des Schuppens war eine Treppe, wo beim Absteigen ganz besondere Sorgfalt verwendet werden mußte. Dies soll der Angestellte unterlassen haben, indem er einen Arbeiter zum Besatzn der Treppe nach oben schickte, obwohl ihn andere Maurer und Arbeiter warnten. Wie es letztere vorausgesehen, so kam es auch am 29. Oktober d. J. Raum war die Treppe losgemacht, so stürzte das Dachgebälk ein und verletzte einen unterstehenden Arbeiter schwer und einen oberstehenden leicht. Der Schwerverletzte hat zehn Wochen krank gelegen und ist noch jetzt arbeitsunfähig. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Für das Verhalten des Herrn Poliers kommt in Betracht, daß ihn die Kollegen dringend auf die Gefahr aufmerksam machten, wenn er ohne Abstützung die Treppe formen ließe. „Die Verantwortungen trage ich“, sagte er; nun mag er sie auch tragen. Der Unternehmer aber beschuldigt diesen unsäglichen Menschen immer noch als Polier.

**\* Submissionen.** In Vorghorst i. B. soll die in Wilsberg belegene Glengießer, die von der hiesigen Gemeinde erworben ist, abgebrochen werden, um auf dem Grundstück eine Schule zu errichten. Dieser Abbruch sollte nun am 15. Februar auf dem hiesigen Aste in den Wilsbergforst verbeigeben werden. Die Kosten hierfür waren vom Kreisbauamt in Vorge-

hensfurt auf M. 2300 veranschlagt worden. Es hatten sich drei Submittenten eingehunden; es forderten Herr. Rud. Vorghorst M. 1400, E. Saerbeck-Vorghorst M. 900, J. Ant. Vorghorst M. 880. Ueber des Resultat wunderte sich sogar der Amtmann, indem er äußerte: „Schließlich kriegen wir noch Geld heraus.“ Wäre es hier nicht sehr angedacht, daß die Baubehörde diesen Abbruch gründlich kontrollieren ließe, hauptsächlich in puncto Bauarbeiterschutz? Denn hieran fehlt es in Vorghorst ganz gewaltig.

Anfang Februar sollten die Arbeiten an einem doppelten Wasserdurchlaß auf der Bahnstraße Schlabin und Grube „König“ bei Neunkirchen auf der Eisenbahnstrecke in der St. Joh. a. M. in Submissionswege vergeben werden. Es lagen sieben Bewerbungen vor, von denen das Höchstangebot auf M. 48 726, das Niedrigstangebot auf M. 17 908 lautete. Die Differenz beträgt also rund M. 31 000, wahrscheinlich mehr, als die Ausführung des ganzen Projektes kostet.

Am selben Tage wurde auf dem Rathaus in St. Joh. a. M. über Vergabe städtischer Arbeiten im Distrikt verhandelt. Hier waren 15 Offerten eingegangen, die zwischen M. 64 000 und M. 148 000 schwankten. Die Differenz beträgt mithin M. 84 000. Die Bewerbungen zeigen, daß die Bewerber gar nicht fähig sind, die Herstellungskosten solcher Arbeiten auch nur ungefähr auszurechnen.

**\* Die größte Brücke Deutschlands.** Ein Miesenerbauer, die größte Brücke Deutschlands, geht seiner Vollendung entgegen. Es ist die im Bau begriffene Reichsbrücke bei Marienwerder, die voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres vollendet werden wird. Die Brücke setzt sich zusammen aus fünf Stromöffnungen von je 300 m Spannweite und aus fünf Stützöffnungen (rechts drei, links zwei) von je 78 m Spannweite. Die elf Pfeiler der Brücke sind in Granitquadern aufgeführt; ihre Fundamente wurden von der Firma Philipp Holzmann in Frankfurt a. M. mittels pneumatischer Vertiefung ausgeführt. Die Stromöffnung der Stromöffnungen gelang in Form von Halbparabeln zur Durchföhrung. Die Ueberbrückung der Stromöffnungen erfolgt mittels Fachwerk-Trägerkonstruktion. Die in der Stromöffnung begriffenen Konstruktionsarbeiten sind für zwei Stromöffnungen und für vier Stützöffnungen bereits vollendet. Die Kosten des ganzen Bauwerks sind auf zehn Millionen Mark veranschlagt. Die Brücke wird nach ihrer Vollendung den Verkehr der Hauptbahn und dem Wagenverkehr auf der Strecke Schmettau-Neubrandenburg dienen. Sie wird auf eine Entfernung von nahezu 100 km des Flußlaufes der Weichsel zwischen Gröden und Dirschau die erste und einzige Uebergangsbrücke über die Weichsel sein.

## Ans. Unternehmernkreisen.

**\* Unter Freund Schmiedehaus in Essen wird geschwiegt.** In einem kleinen Artikel über die Tarifverträge unserer Kollegen in Rheinland-Westfalen scheint er sich zunächst zu wundern über die schöne Einigkeit der „christlichen“ und „sozialdemokratischen“ Arbeiterorganisationen in der Aufstellung der Forderungen. Und da ihm bei dem Bekanntwerden dieser Tarife der Gedanke aufgeblickt sein mag, daß er mit seinen Schatzmachergesellen viel zu der Einigkeit der Arbeiter beigetragen hat, schreift er nun wahre Buzelbäume vor Lust oder — Ingrimm. Daß die Arbeiter in einigen Gegenden — wahrscheinlich hat er den Mainan im Auge — das Recht beanspruchen, Versammlungen während der Arbeitszeit abzuhalten, ist ihm ein interessanter Scherz. Daß dieser „keine Scherz“ seit zweieinhalb Jahren in den Verträgen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe als ein Recht der Arbeiterorganisationen anerkannt ist, hätte der Herr Betriebsdirektor doch leicht erfahren können. Die Forderung der Arbeiter, den Stundenlohn um 5 % zu erhöhen, nennt Schmiedehaus höflich ein „Loch von Weichselnheit“, worauf die „richtige Antwort“ sei, „daß die Löhne der Arbeiter herabgesetzt werden“. Nur immer ausgegriffen, Fremdenbau, wenn Sie die Macht haben. Aber vergessen Sie nicht: Nach ist süß! Nach diesen kommen andere Zeiten, und so gutmütig die Arbeiter auch sind, den Streich würden sie dem „Arbeitgeberverband“ und seinem Schmiedehaus nicht vergessen.

**\* Lügenpeter.** In einem fulminanten Begrüßungsartikel zu der diesjährigen Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Hannover verdrückt die „Arbeitgeber-Zeitung“ für das Baugewerbe (Gesamtheide) folgende Lüge: „Unsere Generalversammlung in Hannover hat schwerwiegende Dinge zu beraten, und zu beschließen; doppelt schwerwiegend, weil auf beiden Seiten der freien Gewerkschaften gerade in letzter Zeit überall ein falsches Spiel getrieben und die maßlose Erbitterung aufgehäuft wird, in den irreföhrten, verbeigten Arbeitermassen.“ Der Artikelverfasser ist entweder ein Hanswurst, der im Vertrauen auf seine Verantwortungslosigkeit in einem unbewachten Augenblick allerlei Unfug ausüben zu dürfen glaubt, oder aber ein demagogischer Schatzmacher, der mit wohl berechneter Absicht seine gewissenlosen Fegereien verübt. Mag der Nicht auftreten und sagen, wo die freien Gewerkschaften ein falsches Spiel getrieben haben!

## Ans. anderen Berufen.

**\* Karl Klotz.** Auf der Durchreise nach Kiel ist Mittwoch, den 12. Februar, infolge Winterstürzes der erste Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Genosse Karl Klotz, in Hamburg gestorben. Er ist im Jahre 1847 in Berlin geboren, nahm später seinen Wohnsitz in Stuttgart und betrieb von dort aus sehr eifrig die Organisierung der Tischler Deutschlands, die er im Jahre 1888 in dem deutschen Tischlerverband zusammenführte. Im Jahre 1893 vollzog sich unter der Führung von Klotz der Zusammenschluß verschiedener Holzarbeiterorganisationen zu dem deutschen Holzarbeiterverband, dessen erster Vorsitzender K. unmittelbar bis zu seinem Tode war. Bei der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war K. auch Mitglied dieser Körperschaft; ferner gehörte er fünf Jahre, 1898 bis 1903, als Vertreter Stuttgarts dem deutschen Reichstage an, außerdem seit 1891 ununterbrochen dem Stuttgarter Stadgemeinderat und seit 1895 dem württembergischen Landtage.



